

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gesine Schwan

Das deutsche Amerikabild  
seit der Weimarer Republik

Wolfram F. Hanrieder

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen  
in den Nachkriegsjahrzehnten

Hans Vorländer

Nach dem Neokonservatismus  
der Neoliberalismus?

Neuere politisch-ideologische Strömungen  
in den USA

B 26/86  
28. Juni 1986

**Gesine Schwan**, geb. 1943; seit 1977 Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin; Fellow am Woodrow Wilson International Center for Scholars (Washington) und am Robinson College (Cambridge); seit 1985 Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft.

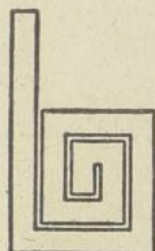
Veröffentlichungen u. a.: Leszek Kolakowski. Eine Philosophie der Freiheit nach Marx, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1971; (zus. mit Alexander Schwan) Sozialdemokratie und Marxismus, Hamburg 1974; Sozialismus in der Demokratie?, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1982; diverse Artikel zur Partizipation, SPD und Deutschlandpolitik.

**Wolfram F. Hanrieder**, Professor für politische Wissenschaft an der University of California in Santa Barbara.

Veröffentlichungen u. a.: West German Foreign Policy 1949—1963, 1967; The Stable Crisis. Two Decades of German Foreign Policy, 1970; Fragmente der Macht. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, 1981; (Mithersg.) Economic Issues and the Atlantic Community.

**Hans Vorländer**, Dr. phil., geb. 1954; Studium der Politikwissenschaft, Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaften in Bonn und Genf; 1980 Promotion; 1981—1984 Dozent für Innen-, Rechts-, Deutschland- und Europapolitik an der Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung, Gammersbach; seit 1984 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität/Gesamthochschule Essen; 1984/1985 John F. Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University, Cambridge (Mass.), USA.

Veröffentlichungen u. a.: Verfassung und Konsens. Der Streit um die Verfassung in der Grundlagen- und Grundgesetz-Diskussion der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1981; (Hrsg. zus. mit K. Holl und G. Trautmann) Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986; (Hrsg.) Verfall oder Renaissance des Liberalismus? Beiträge zum deutschen und internationalen Liberalismus, München 1986 (i. E.); zahlreiche Aufsätze zur Verfassungstheorie und Verfassungspolitik, zu Problemen der Europäischen Integration und zur Theorie und Geschichte des Liberalismus.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Das deutsche Amerikabild seit der Weimarer Republik

## I. Der unwiderstehliche Einfluß Amerikas

Seit ihrer Entstehung haben die Vereinigten Staaten im Bewußtsein der Deutschen eine wichtige Rolle gespielt. Sie galten den Deutschen als negatives oder positives Symbol. Im Zuge des Ersten Weltkrieges jedoch, in den die Amerikaner entscheidend eingriffen und in dessen Folge ihr wirtschaftlicher und politischer Aufschwung sich den Europäern unverkennbar zeigte, verstärkte sich das Interesse der Deutschen für die Vereinigten Staaten noch einmal merkbar. Um die Bedeutung des deutschen Amerikabildes — oder eher *der* Amerikabilder, wie wir sehen werden — zu verstehen, muß man sich daher das enorme wirtschaftliche und politische Gewicht vor Augen führen, das Amerika in diesem Zeitraum in der Wahrnehmung der Deutschen gewonnen hat: Gegenüber einer Weltmacht hat man andere Gefühle oder Ressentiments als gegenüber einer kleineren Macht — man verspricht sich etwas von ihr oder

man fürchtet sie; es ist schwieriger, ihr gegenüber einen nüchternen Blick zu bewahren.

Dies gilt um so mehr, als sich der Einfluß Amerikas nicht auf einzelne ökonomische oder politische Handlungen beschränkt. Von ihrem Ursprung her sind die Amerikaner den Europäern zu sehr verwandt, als daß diese gegenüber der sozialen, wirtschaftlichen, technologischen oder kulturellen Entwicklung Amerikas gleichgültig bleiben könnten. Was in Amerika geschieht, ist von Europa ausgegangen und bezeichnet die Richtung, in die Europa selbst seine Entwicklung nehmen könnte. Der neue Kontinent hat den alten überholt — das ist unangenehm, vielleicht sogar demütigend, vielleicht auch ermutigend, auf jeden Fall ist es aber für die Zukunft Europas wichtig. Und es handelt sich dabei um einen indirekten und deshalb oft geradezu unwiderstehlichen Einfluß.

## II. Indikatoren und Faktoren des deutschen Amerikabildes

Es ist daher einsichtig, daß auch das Amerikabild der Deutschen nicht nur — vielleicht sogar eher weniger — von der Entwicklung, von den Tatsachen in Amerika selbst abhängt, sondern vor allem von der Haltung der Deutschen gegenüber ihrer eigenen Gegenwart, ihrer Vergangenheit und ihrer Zukunft bestimmt ist. Daher muß man auch eher von *den* Amerikabildern in der Mehrzahl sprechen. Die wichtigsten Faktoren, die diese Bilder modellieren, sind zum einen die verschiedenen politischen, sozialen, ökonomischen und ideologischen Positionen, denen die Deutschen anhängen, zum anderen die wichtigsten Ereignisse in den deutsch-amerikanischen Beziehungen während der Periode der Weimarer Republik.

In bezug auf die *Politik* entscheidet vor allem die Haltung zur liberalen Demokratie darüber, wie man die Vereinigten Staaten wahrnimmt. Es versteht sich von selbst, daß die antidemokratische

Rechte ebenso wie die kommunistische Linke die USA von vornherein unter einem pejorativen Blickwinkel betrachtet. Hinsichtlich der *sozialen* Zugehörigkeit sind es vor allem jene, die sich durch den Fortschritt der Industrialisierung und der Modernisierung bedroht fühlen, die den amerikanischen Einfluß fürchten und sich ihm entgegenstellen: Das soziale Leben in den Vereinigten Staaten erscheint ihnen leer, anonym, entfremdet. In bezug auf die *Wirtschaft* stellt natürlich das kapitalistische System die Wasserscheide dar. Eine solche eindeutige Trennlinie gibt es für die *ideologischen* Positionen nicht; jedenfalls ist es schwieriger, sie genau zu bezeichnen. *Ein* Kristallisationspunkt zur Entscheidung über das Für oder Wider ist wahrscheinlich die Tradition des Rationalismus und des Empirismus, d. h. die Rationalität der wissenschaftlichen, kulturellen und sozialen Kommunikation sowie der Pragmatismus.

Ein Blick auf die vier Indikatoren: die liberale Demokratie, die Industrialisierung und Modernisierung, den Kapitalismus und die Mischung von Rationalismus und Pragmatismus zeigt sicherlich, daß hier differenziert werden muß; darüber hinaus sind die Trennungslinien zwischen den verschiedenen Positionen nicht klar: Es kann zu Verbindungen oder zu partiellen Koalitionen zwischen Haltungen kommen, die auf den ersten Blick nichts miteinander gemein haben. Reaktionäre Vertreter aus dem Adel, für die etwa Graf Keyserling<sup>1)</sup> steht, können beispielsweise ihre Verachtung für die Vereinigten Staaten mit der ideologischen Gegnerschaft verbinden, die Kommunisten und orthodoxe Marxisten den USA entgegenbringen — natürlich aus sehr unterschiedlichen Motiven. Und auch die Tatsache, zum Bürgertum zu gehören, entscheidet noch nicht über das Amerikabild: Das Bildungsbürgertum, das sowohl gegenüber der liberalen Demokratie als auch gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft distanziert bleibt, bringt dem „oberflächlichen“, „materialistischen“ und „kulturlosen“ Amerika Mißtrauen und Furcht entgegen; das liberale und im technischen Bereich tätige Bürgertum sieht hingegen dort seine Zukunft. Die vier Indikatoren gelten im übrigen nicht nur für Amerika, sondern für den Westen im allgemeinen, wenn auch für die angelsächsische Welt im besonderen. Daher kann es nicht überraschen, daß so manches Amerikabild zuvor am Beispiel Großbritanniens model-

liert worden war, das unter dem Gesichtspunkt der politischen Machtfülle und der wirtschaftlichen Bedeutung vor dem Krieg den Platz Amerikas eingenommen hatte. Großbritanniens Niedergang führt dazu, daß man seine Ängste und Hoffnungen nun auf den Neankömmling auf der europäischen politischen Szene richtet.

Schließlich tragen eine Reihe von Ereignissen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen zur Entstehung und manchmal auch zur Veränderung der Bilder bei, die man sich in Deutschland von Amerika macht: Dazu gehören vor allem die Politik des Präsidenten Wilson und sein Scheitern in Versailles, die Frage der Reparationen und vor allem der Dawes-Plan, die Heraufkunft des sogenannten Fordismus und des Amerikanismus seit 1924 und schließlich der Börsenkrach in New York von 1929. Insbesondere haben die Enttäuschung über Wilson, aber auch eine Welle des Pro-Amerikanismus seit 1924 heftige Reaktionen hervorgerufen.

Kann man angesichts der genannten unterschiedlichen Indikatoren und Faktoren sowie ihrer möglichen vielfachen Verbindungen im Zuge unterschiedlicher politischer Ereignisse überhaupt einigermaßen beständige und repräsentative Amerikabilder zeichnen? Ich will dies im folgenden versuchen, indem ich typische Korrelationen herausstelle, ohne damit den Anspruch zu erheben, die ganze Weimarer Szene darzustellen.

### III. Wohlwollende Amerikabilder

#### 1. Der Vorrang der liberalen Demokratie

Auf der politischen Ebene sind es vor allem die Liberalen und die Mehrheit der Sozialdemokraten, die Amerika positiv gegenüberstehen. Ihnen gilt Präsident Wilson wegen seines Ideals der Demokratie als positives Symbol; sie teilen seine Grundsätze des Völkerrechts. Karl Kautsky, der die Vereinigten Staaten vor dem Krieg als das „liberalste Land in der ganzen kapitalistischen Welt“<sup>2)</sup> bezeichnet hat, stellt eine wesentliche Verwandtschaft zwischen dem Programm Wilsons und dem der Sozialdemokraten heraus<sup>3)</sup>. Da

Wilson jedoch zur Bourgeoisie gehört und Präsident eines kapitalistischen Landes ist, muß man diese Verwandtschaft über das demokratische Ideal hinaus rechtfertigen: So wird Wilson zum Vertreter der großen Mehrheit der antikapitalistischen Massen in Amerika.

Die Liberalen, die selber zum Bürgertum gehören, brauchen hingegen solche Rechtfertigungen nicht<sup>4)</sup>. Der Unterschied zwischen Sozialdemokraten bzw. Sozialisten einerseits und Liberalen andererseits wird auch in der Enttäuschung über den Versailler Vertrag deutlich: Während die Sozialisten Wilsons Niederlage in den Kategorien

<sup>1)</sup> Vgl. Hermann Graf von Keyserling, *Amerika — der Aufgang einer neuen Welt*, Stuttgart—Berlin 1930.

<sup>2)</sup> Karl Kautsky, *Der amerikanische Arbeiter*, zitiert nach: Ernst Fraenkel (Hrsg.), *Amerika im Spiegel des deutschen politischen Denkens*, Köln 1959, S. 221.

<sup>3)</sup> Vgl. Peter Berg, *Deutschland und Amerika 1918—1929*. Über das deutsche Amerikabild der zwanziger Jahre, in: *Historische Studien*, (1963) 385, S. 21.

<sup>4)</sup> Vgl. ebd., S. 21 f.

einer materialistischen Interpretation erklären können, in der das kapitalistische System und die ökonomischen Interessen die Handlungsfreiheit des einzelnen Politikers von vornherein einschränken, fühlen sich die Liberalen persönlich ent- und getäuscht. Sie haben all ihre Hoffnung in diesen Politiker gelegt und sehen sich nun von Wilson geradezu persönlich düpiert. Um sein Verhalten zu erklären, greifen sie auf psychologische und moralische Kategorien zurück; sie werfen ihm vor, seine Prinzipien verraten zu haben, noch schärfer: scheinheilig zu sein<sup>5)</sup>.

Die Anklage der Scheinheiligkeit, der Hypokrisie, findet sich übrigens als traditioneller Vorwurf bei jenen wieder, die gegenüber Amerika generell Feindseligkeit empfinden. Ihnen zufolge dienen alle vorgebrachten Vorstellungen von Moral und christlichem Idealismus in Amerika in Wahrheit dazu, einen ökonomischen Materialismus zu verschleiern, der skrupellos seine Vorteile verfolgt. Diejenigen dagegen, die mit Amerika sympathisieren, sprechen nicht von Scheinheiligkeit, sondern von Gegensätzen zwischen idealistischen und materialistischen, zwischen pazifistischen und imperialistischen Kräften in Amerika. Solche Gegensätze seien in einem Land von der Ausdehnung eines Kontinents nicht überraschend. Zugleich unterstreichen die Sympathisanten, daß dieses Land nicht nur die schlimmsten Mißbräuche hervorbringt, sondern auch die schärfsten Kritiker dieser Mißbräuche<sup>6)</sup>.

Festzuhalten ist immerhin, daß sowohl Sozialdemokraten als auch Liberale die Demokratie und das liberale Recht in Amerika über ihre ideologischen Reserven und politischen Enttäuschungen stellen. Sie werden es sein, die die amerikanische Hilfe im Laufe der Dawes- und Young-Pläne begrüßen werden. Sie sind es auch, die mit Blick auf die beiden politischen Pole — die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten — die Orientierung der deutschen Politik gen Westen unterstützen werden, Locarno mehr als Rapallo.

## 2. Amerikanisches Wirtschaftswunder und Fordismus

Dieser Vorrang, der dem politischen Liberalismus eingeräumt wird, findet sich auf der *ökonomischen* und *sozialen* Ebene einerseits bei den Gewerkschaftsführern, andererseits bei den Unternehmern, Ingenieuren und den Technikern wieder: „Wenn es für den Neuaufbau der Wirtschaft ir-

gendwo in der Welt ein Objekt des Studiums gab, so waren dies die Vereinigten Staaten von Amerika.“<sup>7)</sup> Mit dieser Feststellung leitet eine Gruppe von Gewerkschaftsführern, die Amerika im Jahre 1925 besuchten, einen Bericht über ihre Reise ein, die sie unternommen hatten, um die Gründe für das sogenannte amerikanische Wirtschaftswunder sowie die sozialen und ökonomischen Bedingungen der Arbeiter aus der Nähe zu betrachten. Dieser Bericht gehört in den Kontext einer reichhaltigen Literatur von Reiseberichten unter anderem über technische und wirtschaftliche Erkundungsreisen, die seit dem Ende des Krieges veröffentlicht worden waren und die vor allem seit dem Dawes-Plan im Jahre 1924 eine Welle des begeisterten Amerikanismus auf der einen und scharfe antiamerikanische Reaktionen auf der anderen Seite auslösten.

Mit der festen Absicht, die Augen offenzuhalten und sowohl die negativen als auch die positiven Aspekte der amerikanischen Wirklichkeit festzuhalten, begaben sich die Gewerkschafter auf die Reise. Beeindruckt sind sie vor allem vom hohen Lebensstandard in den USA. Dessen Ursprung sehen sie nicht nur im natürlichen Reichtum des neuen Kontinents, sondern vor allem in der Arbeitsorganisation, in der Technik, in der Massenproduktion und in der Tatsache, daß die großen Unternehmer selbst den makroökonomischen Wert eines hohen Lohnniveaus der Arbeiter erkannt haben<sup>8)</sup>. Darüber hinaus fällt ihnen die größere soziale Mobilität der amerikanischen Gesellschaft auf: Die Trennung zwischen den sozialen Gruppen und Schichten ist weit weniger deutlich als in Deutschland, der Umgang zwischen Arbeitern und Unternehmern ist weniger autoritär, die sozialen Stufen sind noch nicht versteinert, denn nur das Geld zählt für das gesellschaftliche Ansehen; und schließlich sind die amerikanischen Frauen in ihrer Emanzipation erheblich weiter gelangt als die deutschen<sup>9)</sup>.

Hier zeigt sich deutlich, wie charakteristische Erscheinungen Amerikas sowohl negativ als auch positiv bewertet werden können: Während die Massenproduktion und die fast ausschließliche Bedeutung des Geldes für das soziale Ansehen im Bildungsbürgertum und bei vielen Intellektuellen Abscheu erregen, stellen sie in der Sicht der Gewerkschafter zumindest auch Vorteile dar; sie erlauben es, die Lebensbedingungen eines großen

<sup>7)</sup> Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer, Berlin 1926, S. 5.

<sup>8)</sup> Ebd., S. 251 f.

<sup>9)</sup> Ebd., S. 94, 128, 135, 194.

<sup>5)</sup> Ebd., S. 23, 25 f.

<sup>6)</sup> Vgl. Ernst Jäckh, Amerika und Wir, 1929—1951, Stuttgart 1951, S. 29—33.

Teils der Bevölkerung zu verbessern und begünstigen die soziale Mobilität. Hier wird der Unterschied offensichtlich zwischen der Perspektive derer, die zu gewinnen hoffen, und derer, die durch die neuen sozialen und ökonomischen Tendenzen in Amerika zu verlieren glauben.

Auf der anderen Seite kritisieren die Gewerkschafter den antisozialen Charakter der damaligen amerikanischen Rechtsprechung und sind betroffen über die diesbezügliche öffentliche Indifferenz. Die Verschwendung in vielen Unternehmen erscheint ihnen schädlich, und sie erkennen am Horizont die Gefahr einer Überproduktionskrise<sup>10)</sup>. Aber sie fügen hinzu, daß es Amerikaner sind, die diese Probleme und Mißbräuche am systematischsten und am klarsichtigsten analysieren und kritisieren<sup>11)</sup>. Diese Kritik zeugt den Gewerkschaftern zufolge von einem gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtsein, nach dem man bei deutschen Unternehmern lange suchen müßte<sup>12)</sup>. In ihrer Zusammenfassung unterstreichen die Gewerkschafter, daß von einem sozialen Frieden in Amerika keine Rede sein kann und daß ihre Beobachtungen sie nicht mit dem Kapitalismus versöhnen konnten. Ihrer Meinung nach haben die amerikanischen Gewerkschaften jedoch gezeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft nicht einem fatalen Naturgesetz folgt, das man ohne weiteres hinnehmen müßte. Im Gegenteil: Man kann im Schoße des Kapitalismus selbst die Situation der Arbeiter deutlich verbessern<sup>13)</sup>.

Dies ist das typische Bild der Reformisten: Sie gehen aus von einer Apriori-Sympathie für die amerikanische Freiheit; sie suchen und schätzen den ökonomischen und sozialen Fortschritt und versuchen, die Erfahrungen für ihre eigene Strategie fruchtbar zu machen, ohne jedoch die Mißbräuche und Gefahren einer unbegrenzten ökonomischen Freiheit zu übersehen.

Auf der Seite des Bürgertums, der Unternehmer, Ingenieure und Techniker findet man ein symmetrisches Bild; deren Einwände stehen zu den gewerkschaftlichen komplementär. Das amerikanische Wirtschaftswunder fasziniert sie wegen des enormen materiellen Aufschwungs und wegen der außergewöhnlichen Profite, aber auch, weil es eine Lösung für die soziale Frage anzubieten scheint, die allzu viele soziale Maßnahmen und vor allem den Sozialismus vermeidet. Henry Ford und sein sogenannter Fordismus, den er in sei-

nem 1923 in Deutschland erschienenen Buch „Mein Leben und mein Werk“ propagiert, dienen ihnen als Modell. Seine Idee der perfekten Organisation und der Standardisierung der Produktion, die eine Massenproduktion ermöglichen, welche die Kosten und die Preise radikal zu kürzen erlaubt und zugleich die Erhöhung der Löhne und der Profite gestattet, stellt sich ihnen als Lösung der sozialen Frage dar. Sie schätzen Fords Gegnerschaft gegen soziale Hilfen im Falle der Arbeitslosigkeit und der Not und seine Methoden, die Arbeiter so zu befriedigen, daß die Gewerkschaften überflüssig werden<sup>14)</sup>. Sie beziehen (und damit unterläuft ihnen ein Mißverständnis) seine Idee des „Service“ auf die preußische Tugend des „Dienstes“ und nähern sich so der Spenglerschen Formel vom „preußischen Sozialismus“<sup>15)</sup>. Kurz: Sie verlangen, daß Deutschland sich amerikanisieren solle — der Amerikanismus ist ihnen zufolge die Losung für Deutschland<sup>16)</sup>. Weniger sagt ihnen zu — und hier zeigt sich, daß ihr Bild dem der Gewerkschafter und der sozialistischen Reformen komplementär ist —, daß Ford die Erhöhung der Gehälter nicht nur als zentrales Element jeder effektiven Unternehmenspolitik preist, sondern auch als Motor der Volkswirtschaft<sup>17)</sup>. Hier wird eine Nachfragepolitik propagiert, die eher zum Instrumentenkasten der Sozialdemokraten gehört.

Charlotte Lützens, eine sozialistische Soziologin, die zu den wichtigsten Amerikaspezialisten dieser Zeit zählt, formuliert einige Jahre später von systematisch-marxistischer Warte aus eine scharfsinnige Kritik dieses von deutschen Kapitalisten gepriesenen Amerikanismus. In ihrem Artikel „Die Amerikalegende“<sup>18)</sup> bezeichnet sie das Bild eines liberalen Kapitalismus, der die unterschiedlichen Interessen mit Hilfe der Rationalisierung der Produktion und mit Hilfe kooperativer Methoden auf der Unternehmensebene harmonisieren würde, als eine Legende, die nur dazu diene, die Arbeiter vom Sozialismus abzubringen. Diese Legende hat jedoch ihr zufolge nicht nur den Fehler, daß deren Anhänger den Börsenkrach im Jahre 1929 nicht erklären können, da sie die Abschaffung aller kapitalistischer Krisen und die Interessenharmonisierung gepredigt hatten; ihr Problem liegt darüber hinaus darin, daß jene den

<sup>10)</sup> Ebd., S. 140 f., 253.

<sup>11)</sup> Ebd., S. 72.

<sup>12)</sup> Ebd., S. 73.

<sup>13)</sup> Ebd., S. 95, 253.

<sup>14)</sup> Vgl. Peter Berg (Anm. 3), S. 99 f.

<sup>15)</sup> Vgl. Oswald Spengler, Preußentum und Sozialismus, in: Politische Schriften, München—Berlin 1934.

<sup>16)</sup> Vgl. Peter Berg (Anm. 3), S. 96—112.

<sup>17)</sup> Ebd., S. 104 f.

<sup>18)</sup> Charlotte Lützens, Die Amerikalegende, in: Sozialistische Monatshefte vom 16. 1. 1932, S. 45—50.

deutschen Arbeitern nahelegen könnten, die Amerikaner nicht nur in bezug auf die Produktionsrationalisierung, sondern auch hinsichtlich des hohen Lohnniveaus nachzuahmen. Von diesem Augenblick an aber, so Charlotte Lützens, erscheint die Standardisierung der Produktion, die zuvor in den strahlendsten Farben gemalt worden war, plötzlich in einer dunklen Tönung, weil ihre Ergebnisse angeblich eine kalte Atmosphäre unpersönlicher und fremder Aggressivität in die sozialen Beziehungen der Deutschen tragen würden. Nach Charlotte Lützens spiegelt dieses Bild der Vereinigten Staaten nur die Interessen und Ängste derer wider, die es zeichnen: „So schiebt man Amerika unter, was wesentlich das eigene Problem ist. Vielleicht tut man niemals etwas anderes, wenn man ein fremdes Volk betrachtet.“<sup>19)</sup>

In dieser Kritik der amerikanischen Standardisierung erkennt Charlotte Lützens im übrigen ein Zusammentreffen kapitalistischer Interessen mit denjenigen einer Gruppe wichtiger Intellektueller, die ihrerseits geradezu ein Phantom des kulturellen und sozialen Lebens in den Vereinigten Staaten beschwören: Ihr Antiamerikanismus sei weit entfernt von der amerikanischen Wirklichkeit; er übertreibe die Unterschiede zwischen Europa und Amerika und sei lediglich das Resultat ihrer Furcht, das kulturelle und gesellschaftliche Prestigemonopol, das sie in Deutschland noch innehaben, zu verlieren.

Bevor ich mich in einem nächsten Schritt diesem antiamerikanischen Amerikabild zuwende, ist es jedoch geboten, die Argumente derjenigen Intellektuellen etwas näher zu betrachten, die mit Amerika sympathisieren.

### 3. Sympathie modernistischer Intellektueller

Die Zahl der Intellektuellen, die mit dem kulturellen und gesellschaftlichen Leben in Amerika sympathisieren, ist nicht sehr groß. Ihnen gefällt die natürliche und klare Einfachheit des Lebensstils, die Solidarität und der Sinn für Verantwortung, den sie in der Gemeinde und der Nachbarschaft vorfinden, ein grundsätzliches und weitverbreitetes Wohlwollen in allen persönlichen Beziehungen. Anstatt sich in ausweglosen Spekulationen zu verlieren, beweise die intellektuelle Neugier der Amerikaner einen bewundernswerten praktischen Sinn und eine unerschöpfliche Jugend, eine optimistische Aktivität, die bereit sei, zu kämpfen und Risiken einzugehen. Den Amerikanern eigne eine vorzügliche Urteilsfähigkeit, ihr Pragmatismus helfe ihnen, dort zum Handeln überzugehen, wo

<sup>19)</sup> Ebd., S. 49.

sich die Europäer mit dem Nachdenken begnügen<sup>20)</sup>.

Einige empfehlen den Deutschen, diese Haltung und Einstellung zu übernehmen, um die geistige und politische Zerrissenheit, die für Weimar so typisch sei, zu überwinden<sup>21)</sup>.

Der berühmte Literaturkritiker Alfred Kerr gehört zu jener kleinen Schar intellektueller Amerikasymphathisanten. Er begeistert sich für New York, aber auch für Kalifornien: „Du spürst in Kalifornien nicht nur die Wonne des blauen Himmels (der bekanntlich lacht): sondern die Wonne letzt-errungenen Menschenfortschritts; und letztersonnener Arbeitsmöglichkeit.“<sup>22)</sup> In bezug auf New York notiert er: „Eine neue Liebe lebt in meinem Herzen: sie heißt New York“; und er erläutert: „Aber ich liebe Bahnen, die eilen; Wannen, die sich füllen; und Lifts, die gehn“<sup>23)</sup>. In bezug auf den typischen Amerikaner schreibt er: „Der wagnisernsteste Mensch ist heute der Yankee. Beispiellos als Plänefasser. Beispiellos als Durchführer. Held ohne Pathos. (Dabei sanft . . . im Vergleich mit uns).“<sup>24)</sup>

Im Vorwort zu seinem Buch „Yankee-Land“ wendet er sich gegen die gerade beginnende Welle des Antiamerikanismus vieler Intellektueller und stellt fest: „Europa schimpft. Seltsam, wie seine Menschen doch erpicht sind, Yankees zu werden. Wie durchaus keiner zurück will in die alte Heimat . . . Es muß doch einen Grund haben.“ Und: „Dies Buch betrachtet Amerika nicht unter dem Gesichtspunkt: ‚Aber Upton Sinclair!‘ (Ich betrachte Venedig nicht unter dem Gesichtspunkt: ‚Aber wie schmutzig‘).“<sup>25)</sup>

Wenn Alfred Kerr Upton Sinclair erwähnt, macht er nicht zufällig eine Anspielung auf Bert Brecht. Kerr hatte keine Vorliebe für Brecht, der aber für Upton Sinclair. Doch Brecht hatte Amerika nicht immer mit dem Blick dieses amerikanischen Amerikakritikers gesehen. Begonnen hatte er als leidenschaftlicher Anhänger des neuen Kontinents. Im Laufe seines Lebens wechselte er jedoch vom Pro-Amerikanismus zum Anti-Amerikanismus. Mit dem Nachvollzug dieser Entwicklung können wir zur Darstellung jener übergehen, die in den Vereinigten Staaten vor allem eine Gefahr für Deutschland und damit einen Gegner sehen.

<sup>20)</sup> Vgl. Earl R. Beck, *Germany Rediscovered America*, Florida State University Press, Tallahassee, Florida 1968, S. 247–253.

<sup>21)</sup> Vgl. Peter Berg (Anm. 3), S. 136.

<sup>22)</sup> Alfred Kerr, *Yankee-Land*, Berlin 1925, S. 6.

<sup>23)</sup> Alfred Kerr, *New York und London. Stätten des Geschicks*, Berlin 1923, S. 96 und S. 98.

<sup>24)</sup> Alfred Kerr, *Yankee-Land* (Anm. 22), S. 41 f.

<sup>25)</sup> Ebd., S. 8.

## IV. Die Gegner Amerikas

### 1. Intellektuelle Kulturkritik an Amerika

Am Ende des Ersten Weltkrieges teilt Bert Brecht in bezug auf Europa die Enttäuschung und den desillusionierten Pessimismus zahlreicher *Intellektueller* seines Alters. 1920 notiert er: „Wie mich dieses Deutschland langweilt! Es ist ein gutes mittleres Land, schön darin die blassen Farben und die Flächen, aber welche Einwohner! Ein verkommener Bauernstand, dessen Rohheit aber keine fabelhaften Unwesen gebiert, sondern eine stille Vertierung, ein verfetteter Mittelstand und . . . matte Intellektuelle! Bleibt: Amerika!“ An anderer Stelle heißt es: „Deutschland, du Blondes Bleiches Nimmerleinsland! Voll von Seeligen! Voll von Gestorbenen! Nimmermehr, nimmermehr schlägt dein Herz, das Vermodert ist, das du verkauft hast Eingepökelt in Salz von Chile und hast dafür Fahnen erhandelt! Oh Aasland, Kummernisloch! Scham würgt die Erinnerung und in den Jungen, die du Nicht verdorben hast, Erwacht Amerika!“<sup>26)</sup>

Auch Brechts Zeitgenosse Gottfried Benn bringt seine Enttäuschung über Europa und seine Hoffnung auf die Jugendlichkeit Amerikas und dessen sogenannte Männlichkeit plastisch zum Ausdruck: „Alaska Europa dieser Nasenpopel auf einer Konfirmandennase, wir wollen nach Alaska gehen. Der Meermensch, der Urwaldmensch, der alles aus seinem Bauch gebiert, der Robben frißt, der Bären totschißt, der den Weibern manchmal was reinstößt: der Mann.“<sup>27)</sup>

Amerika, das er erst 1935 zum ersten Mal besuchen wird, bedeutet für Bert Brecht zunächst das Symbol der Kraft, einer kämpferischen Mentalität, des sportlichen und fairen Duells (Brecht schwärmt für das Boxen), der Nüchternheit, des technischen Fortschritts, des Sinns für das Praktische, der Effektivität, des Optimismus, der Nonchalance, der Großzügigkeit, des kalten und undurchdringlichen „Poker-face“, des starken Individuums, das sich nicht durch die Gesetze gebunden fühlt<sup>28)</sup>. Aber ab 1926, als die Amerikabegeisterung in Deutschland auf ihrem Höhepunkt ist, beginnen diese zuvor bewunderten Seiten Amerikas eine negative Bedeutung anzunehmen. Er hat inzwischen die Biographien großer amerikanischer Kapitalisten gelesen und sich der kommunistischen Linken genähert; er beginnt mit der Lek-

türe des „Kapital“ von Karl Marx, beobachtet das rasante Wachstum der großen Städte (New York, Chicago usw.), und das Bild des Dschungels, das früher durchaus positive Assoziationen eines un-sentimentalen Kampfes weckte („Im Dickicht der Städte“), erhält nun immer erschreckendere Züge. Amerika wird zum Symbol der Grausamkeit und der sozialen Kälte, der Entfremdung, der Oberflächlichkeit („Girl“, „Keep Smiling“), der Herrschaft des Geldes und der Ware (Reklame), der christlichen Heuchelei, die nur dem Profit dient (z. B. bei der Heilsarmee), des Verbrechens, kurz: des Kapitalismus<sup>29)</sup>.

Dieses Bild verdunkelt sich für Brecht mehr und mehr, und im Laufe der dreißiger Jahre hat die Sowjetunion Amerika als Symbol des Fortschritts und der Humanität ersetzt, ohne daß Brecht daraus allerdings für sein eigenes Leben Folgerungen ziehen würde: Emigrieren wird er in die USA, nicht in die Sowjetunion. Aber Hollywood, überhaupt Kalifornien, wo er während des Krieges lebt, widert ihn nicht nur an, weil die Kunst wie eine einfache Ware behandelt wird. Die Tatsache, daß die Natur dort erst das Ergebnis menschlicher Arbeit und Technik ist, geht ihm gegen den Strich. Ohne künstliche Bewässerung gäbe es keine überbordende Vegetation, sondern nur die Wüste, die man dort zuvor fand. Diese „Natur“ ist nicht „natürlich“, sie ist „produziert“, und Brecht sucht überall ihre Preisschildchen. Dies sei ein künstliches Paradies, auch eine Ware. „Kein Wunder, daß etwas unedles, infames, würdeloses allem Verkehr von Mensch zu Mensch anhaftet und von da übergegangen ist auf alle Gegenstände, Wohnungen, Werkzeuge, ja auf die Landschaft selber.“<sup>30)</sup>

Diese Bemerkungen tragen natürlich die Züge der Enttäuschungen eines Emigranten, und sie wurden erst in den vierziger Jahren notiert, also erst nach dem Ende der Weimarer Republik; aber wenn man sie etwa mit der Kalifornien-Begeisterung Alfred Kerrs vergleicht, so zeigen sie deutlich, daß vor allem bei den Intellektuellen die jeweilige subjektive Perspektive das Amerikabild stark beeinflusst. In den fünfziger Jahren wird Brecht endgültig Partei nehmen: „Die Fehler der Russen sind Fehler von Freunden, die Fehler der Amerikaner sind Fehler von Feinden.“<sup>31)</sup>

Mit dem halb marxistischen, halb romantischen Verdikt, das Bert Brecht über Amerika im allge-

<sup>26)</sup> Vgl. Helfried W. Seliger, *Das Amerikabild Bertold Brechts*, Bonn 1974, S. 51 f.

<sup>27)</sup> Vgl. ebd., S. 52.

<sup>28)</sup> Vgl. ebd., S. 52, 55, 80, 160, 181 f.

<sup>29)</sup> Vgl. ebd., S. 88, 101, 105, 131, 145, 157, 199.

<sup>30)</sup> Vgl. ebd., S. 223.

<sup>31)</sup> Vgl. ebd., S. 242.



meinen und den künstlichen Charakter der „produzierten“ kalifornischen Landschaft im besonderen spricht, hat dieser Linksintellektuelle viel mit den Rechtsintellektuellen seiner Zeit, mit dem Bildungsbürgertum überhaupt gemeinsam. Ihnen bedeutet der Amerikanismus den Verlust aller Tradition, die vollständige Nivellierung. Die Individuen, die Personen verlieren sich in der Masse, die persönlichen Beziehungen fallen der Sucht nach dem materiellen Erfolg zum Opfer, die moralischen Werte finden sich durch den einzigen Wert des Geldes verdrängt, alles ist standardisiert, es gibt keinen freien Willen, keine Seelentiefe mehr. Die Wirtschaft und die Technik beherrschen alles: Das Denken steht allein im Dienst der Praxis und der materiellen Interessen, alle Theorie wird auf diese Weise pervertiert; der Mensch wird zur Maschine, zur Wahlmaschine, zu einem Produktionsapparat. Anstelle von Personen finden sich in Amerika nur Roboter<sup>32)</sup>: „Ist es noch schwer, die einander ausschließende Gegensätzlichkeit der beiden Kontinente zu erkennen — die europäische Welt der Charaktere, der plastischen Symbole und des im Volkstum wurzelnden Gemeinschaftsgeistes, der die Musik zum Sprechen, den Stein zum sinnvollen Ebenbilde und das Leben zum tausendfältigen Gleichnis zwingt? — und wiederum: Ein Amerika der Maschinenmenschen, das aus dem einen Grundprinzip des Erfolges eine Wertordnung von beleidigender Dürftigkeit ableitet und das Leben seiner ewigen Geheimnisse beraubt?“ So fragt Adolf Halfeld für viele Antiamerikaner in seinem Buch „Amerika und der Amerikanismus“<sup>33)</sup>.

Diese Klischees nehmen die Entgegensetzung zwischen Kultur und Zivilisation auf, die Oswald Spengler bereits am Beispiel der Römer und Griechen aufgestellt hatte: Amerika, ganz allgemein der Materialismus des Westens, spielt die Rolle der Römer, Deutschland und Europa diejenige der Griechen. Dabei verwenden die Rechtsintellektuellen das Vokabular der politischen Romantik und des nationalistischen Konservatismus mit allen antiliberalen, antiindustriellen und antikapitalistischen Ressentiments, die man bei der politischen deutschen Rechten kennt. In seiner gründlichen Studie des deutschen Amerikabildes der zwanziger Jahre kommt Peter Berg zu folgendem Resümee: „Im gesamten Bürgertum, ungeachtet seiner engeren Parteizugehörigkeit, besteht so eine

aus dem Empfinden einer tiefen wesensmäßigen Verschiedenheit entspringende, kritische Einstellung gegenüber Amerika.“<sup>34)</sup>

## 2. Der Vorwurf des Dollarimperialismus

Im *wirtschaftlichen* Bereich wächst die Opposition gegen die Vereinigten Staaten ab 1924, d. h. seit dem Dawes-Plan. Man beginnt, den Einfluß des amerikanischen Kapitals, das durch verschiedene Regelungen dieses Plans auf den deutschen Markt drängt, zu fürchten. Parallel zu den Amerika- und Fordbegeisterten, die wir zunächst vorgestellt haben, gibt es nun auch jene Deutschen, die beklagen, daß ihr Land zur Beute des „Dollar-Imperialismus“ wird. In dieser Hinsicht gehen die extreme Linke und die extreme Rechte zusammen.

In einer Reichstagsrede beklagt die kommunistische Abgeordnete Clara Zetkin Deutschlands „Kolonisierung“, die von Frankreich, Großbritannien und Amerika betrieben werde. Sie erhält den Beifall auch der Rechten<sup>35)</sup>. Allein aufgrund ihres Geldes werden in dieser Sicht die Amerikaner die zukünftigen Herren der Welt sein, und keine Moral, die sie ansonsten predigen, wird ihren gierigen Imperialismus bremsen. Die ökonomische Analyse, die diesem Bild die theoretische Grundlage liefert, kommt von der sozialistischen und kommunistischen Linken. In der marxistischen Analyse von Arthur Salz verhält sich der amerikanische Imperialismus in Europa genauso wie in Lateinamerika. Die Notwendigkeit, Mehrwert zu schaffen, zwingt zum expansionistischen Dollar-Imperialismus<sup>36)</sup>. Auf dieser Folie verdient der Hinweis der reformistischen Gewerkschafter in ihrem Amerikabericht Beachtung, daß die Amerikaner in der Entwicklung eines Binnenmarktes einen Weg gefunden hätten, ihr Kapital auch ohne Imperialismus profitabel werden zu lassen, und zwar durch die Erhöhung der Löhne. Diesen Gewerkschaftern zufolge hätte diese Entwicklung daher gerade gezeigt, daß die Amerikaner eben nicht zum Expansionismus und zur Unterwerfung fremder Märkte gezwungen seien<sup>37)</sup>.

Die deutsche Kritik am Dollar-Imperialismus gewinnt zusätzliche politische Wirkung und Popularität durch eine marxistische Analyse, die von amerikanischen Sozialisten unter dem Titel „Dol-

<sup>32)</sup> Vgl. Peter Berg (Anm. 3), S. 141.

<sup>33)</sup> Adolf Halfeld, Amerika und der Amerikanismus. Kritische Betrachtungen eines Deutschen und Europäers, Jena 1927, S. 37, zitiert nach Peter Berg (Anm. 3), S. 140.

<sup>34)</sup> Vgl. Peter Berg (Anm. 3), S. 152.

<sup>35)</sup> Vgl. Anm. 3, S. 86, Anm. 107.

<sup>36)</sup> Arthur Salz, Der Imperialismus der Vereinigten Staaten, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, (1923) 50, S. 565—616.

<sup>37)</sup> Vgl. Amerikareise deutscher Gewerkschafter (Anm. 7), S. 255.

lar-Diplomatie“ veröffentlicht wird und im Jahre 1927 in Deutsch erscheint<sup>38</sup>). Nicht nur der Linken, sondern auch der Rechten dient sie als Kronzeuge gegen den amerikanischen Imperialismus, den die Rechte vor allem in bezug auf den Versailler Friedensvertrag und die ungerechte Reparationslast attackiert. Die amerikanische Studie enthülle den skrupellosen Expansionismus der Vereinigten Staaten und zeige, daß Deutschland sich unter ihrer Herrschaft bald in der Situation Lateinamerikas befinden werde<sup>39</sup>).

Aber während die Linke im Dollar-Imperialismus vor allem das ökonomische System des Kapitalismus brandmarkt, aus dem Imperialismus und Ausbeutung notwendig folgten, betont die Rechte in diesem Zusammenhang den Verlust der nationalen Unabhängigkeit und die Zerstörung der deutschen Kultur durch die „amerikanischen Barbaren“. Es wäre interessant, die ökonomischen Ideen, die dieser nationalistischen Kulturkritik zugrunde liegen, genauer zu verfolgen.

### 3. Das politische System der Amerikaner: Korruption, Heuchelei, außenpolitische Unberechenbarkeit

Für Amerikaner wie für Nicht-Amerikaner steht im Zentrum des politischen Systems der Vereinigten Staaten die Freiheit; gleichwohl ist sie eng an Eigentum, Wirtschaft, Handel, kurz an materielle Interessen gebunden. Diese Interdependenz ideeller und materieller Aspekte der amerikanischen Freiheit ist es, die Mißtrauen, Kritik, ja Verachtung bei einer großen Zahl von Deutschen hervorruft. Überwiegend in der Tradition der Philosophie des deutschen Idealismus aufgewachsen, haben sie sich angewöhnt, Staat und Freiheit als etwas zu betrachten, das von der Sphäre der materiellen und egoistischen Interessen abgehoben sein müßte. Die amerikanische Nonchalance, das

Gute mit dem Nützlichen zu verbinden, schokiert sie in folgedessen. Korruption und Heuchelei erscheinen ihnen als die zentralen Merkmale dieser entarteten politischen Freiheit. So setzen sie oft die sogenannte deutsche, d. h. die „ehrliche“ Freiheit der „heuchlerischen“ der Amerikaner und der Angelsachsen überhaupt entgegen, welche die großen humanitären Werte allein in den Dienst der politischen Macht und des wirtschaftlichen Profits stellten<sup>40</sup>). Max Weber unterstreicht die Tatsache, daß die amerikanischen Parteien allein materielle Interessen verfolgten, also keine Gesinnungsparteien seien. Zugleich hebt dieser hochrangige Gelehrte jedoch hervor, daß das amerikanische politische System, dieses System der „Partei-bosse“, für den Präsidentenposten unabhängige und intelligente Kandidaten hervorbringe, weil es dieser Typ von Menschen sei, der die Zustimmung der Bevölkerung gewinne<sup>41</sup>).

Ein Teil der deutschen Rechten sieht übrigens in Amerikas Hochschätzung der humanitären Werte und der Naturrechte, zu denen die Freiheit gehört, ein Hindernis für eine Politik, die dem wahren Bedürfnis der Völker eher entspreche: eine Politik, in der das Recht der Jugend und der Macht entscheiden müßte<sup>42</sup>).

In der Folge dieses Gedankens finden wir häufig den Vorwurf, daß die Amerikaner unfähig seien, eine Synthese zwischen den von ihnen proklamierten Idealen und den Notwendigkeiten der Realpolitik zu finden. Man kritisiert ihre „sprichwörtliche“ Naivität, ihre Moralisererei ohne politische Weisheit und ohne Weltkenntnis. Diese Nachteile, so heißt es, würden noch durch das demokratische System verstärkt, welches der wankelmütigen öffentlichen Meinung einen viel zu großen Einfluß auf die Politik einräume, wodurch diese letztlich unberechenbar werde<sup>43</sup>).

## V. Gab es während der Weimarer Republik einen Antiamerikanismus in Deutschland?

Bevor wir auf diese Frage antworten, ist es geboten, den Begriff „Antiamerikanismus“ genauer zu

bestimmen. Sicher kann man darunter nicht eine spezifizierte Kritik der Geschichte bzw. des politi-

<sup>38</sup>) Scott Nearing/Joseph Freeman, Dollar-Diplomatie. Eine Studie über amerikanischen Imperialismus. Übers. von Paul Flohr, mit einem Geleitwort v. Karl Haushofer, Berlin 1927.

<sup>39</sup>) Vgl. Peter Berg (Anm. 3), S. 90—96.

<sup>40</sup>) Vgl. Adolf von Harnack, Wilsons Botschaft an die deutsche Freiheit, in: Die deutsche Freiheit. Fünf Vorträge, gehalten am 18., 22. und 25. Mai 1917 im Abge-

ordnetenhaus in Berlin, Gotha 1917; vgl. auch Ernst Troeltsch, Spektator-Briefe, Tübingen 1924; Ferdinand Tönnies, Kritik der öffentlichen Meinung, Berlin 1922.

<sup>41</sup>) Max Weber, Politik als Beruf, München—Leipzig 1926, S. 42—46.

<sup>42</sup>) Vgl. Arthur Moeller van den Bruck, Das Recht der jungen Völker, Berlin 1932.

<sup>43</sup>) Vgl. Hermann Graf von Keyserling (Anm. 1).

schen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder kulturellen Lebens in den Vereinigten Staaten verstehen. Ich nenne Antiamerikanismus eine sehr häufig halb rationale, halb emotionale Ablehnung dessen, was man für das Wesen Amerikas hält: eine Apriori-Negation, die sich auf Klischees stützt, die wie alle Klischees Anhaltspunkte in der Wirklichkeit finden, die man aber im einzelnen der Prüfung durch Fakten oder durch Überlegungen, die sie relativieren könnten, nicht aussetzt. Aber was ist denn das Wesen Amerikas? Was ist der sogenannte Amerikanismus?

Vor dessen näherer Bestimmung erscheint es nützlich, sich in Erinnerung zu rufen, daß die Amerikaner sich selbst auf den Amerikanismus als das Wesen ihres nationalen Lebens berufen, der ihnen als Symbol für ihre Weltmission dient: Es ist das Symbol der Freiheit und der Humanität, im Bild: der „Stadt auf dem Berge“, womit sie auf Jerusalem anspielen<sup>44</sup>).

Seit ihrer Gründung ist in den Vereinigten Staaten dieser missionarische Wunsch oder auch diese missionarische Anmaßung, der Menschheit als Wegweiser für Humanität und Fortschritt zu dienen, lebendig. Nach dem Ersten Weltkrieg wird er durch einen außergewöhnlichen wirtschaftlichen und politischen Aufschwung unterstrichen und erhält so in Europa ein zusätzliches Gewicht, erscheint den Europäern damit verstärkt als Hoffnung, als Bedrohung oder als Anmaßung. Dies erklärt z. T. die Heftigkeit der Gefühle, von denen die Kritik an Amerika begleitet wird.

Um das „Wesen“ Amerikas, wie es in den zuvor dargestellten Amerikabildern wiedergegeben wird, begrifflich genauer zu bestimmen, werde ich im folgenden zwei Amerikanismen zeichnen: einen positiven und einen negativen. Es wird sich zeigen, daß beide einander ergänzen.

### 1. Der positive Amerikanismus

Hier handelt es sich um eine Art zu leben, zu denken und zu handeln, deren Eckpfeiler die individuelle Freiheit ist, welche sich eng an Gleichheit, Menschenrechte und Humanismus gebunden findet und in einer tiefen Religiosität (puritanischer und calvinistischer Herkunft) begründet ist, aus der sowohl das soziale Verantwortungsbewußtsein als auch die wirtschaftliche Aktivität entspringen. Die Verbindung von moralischen

<sup>44</sup>) Vgl. die kritische Interpretation von Martin Kilian: Die Genesis des Amerikanismus. Zum Verhältnis von amerikanischer Ideologie und amerikanischer Praxis 1630—1789, Frankfurt—New York 1979.

Überzeugungen und materiellen Aktivitäten, von Idealismus und pragmatischem Realismus ist die Quelle eines außergewöhnlichen Pioniergeistes, einer jugendlichen Dynamik, eines Optimismus, eines Glaubens an den Fortschritt, die es u. a. dank des reichen Landes erlauben, die ökonomischen und technologischen Mechanismen zu erfinden, welche ein materiell zufriedenstellendes und sozial glückliches Leben begründen können.

In Amerika zählen nicht philosophische Spekulationen weit ab von der Realität, nicht die theoretische Reflexion als l'art pour l'art, sondern solche Ideen, aus denen praktische Resultate hervorgehen, zählt der Erfolg. Grundlage von allem ist die Arbeit. Jeder ist der Meister seines Geschicks. Um Erfolg zu haben, nimmt man die Wirklichkeit, wie sie ist, ohne Vorurteil und ohne Sentimentalität.

Das Wesen des politischen Systems ist es, die Freiheit durch die Garantie des Privateigentums zu sichern. Politik gilt als ein schlichtes Geschäft. Das befreit sie von ideologisch überladenen, vergifteten und dadurch unlösbaren Konflikten. Dank der demokratischen Kontrolle der Regierung bringen sich sowohl die materiellen Interessen als auch die grundlegenden moralischen Überzeugungen des amerikanischen Volkes zur Geltung. Die politische Freiheit begünstigt die Frauenemanzipation, die bereits weiter fortgeschritten ist als in Europa.

Die Vereinigten Staaten — das ist der ermutigende Wegweiser für den Gang in eine freiere, reichere, interessantere, harmonischere Zukunft.

### 2. Antiamerikanismus als negativer Amerikanismus

Hier handelt es sich um eine Art zu leben, zu denken und zu handeln, deren Eckpfeiler zwar die individuelle Freiheit ist, die aber lediglich dazu dient, das Privateigentum gegen die benachteiligten Massen zu schützen. Infolge ihrer wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung bringt sie eine Massengesellschaft hervor, in der die Individuen zu atomisierten Egoisten werden, in der Gleichheit, Brüderlichkeit und die christlichen Ideale nur die Wirklichkeit des sozialen Darwinismus, der Grausamkeit und der Kriminalität verschleiern, dies vor allem in den großen Städten. Das Geld, der Markt, der materielle Erfolg herrschen uneingeschränkt. Man findet ringsum nur intellektuelle und psychische Nivellierung; die Konformität des geistigen Lebens und der Gefühle zeigt sich überall, der Geist wird pervertiert und im Dienst der materiellen, praktischen und

technischen Interessen verklavt. Die Menschen leben oberflächlich dahin, die Tiefe der Seele und der Sinn für das Irrationale und das Geheimnis des Schicksals gehen ihnen ab, die Jagd nach dem Erfolg zerstört alle persönlichen Gefühle, der Roboter ersetzt die Persönlichkeit, die christliche Moral bleibt naiv und ganz überwiegend heuchlerisch, der zur Schau gestellte Optimismus der Bevölkerung beweist eine naive Arroganz, ihr Aktivismus zeugt vom Verlust aller Traditionen und aller politischen Weisheit, das keep-smiling ist Ausdruck der Oberflächlichkeit und der Typisierung aller menschlichen Beziehungen.

Die Innenpolitik der Vereinigten Staaten, der jede höhere ideelle Begründung abgeht, die allein durch materielle Interessen beherrscht wird, zeichnet sich durch Serien von Korruptionen und durch das Doppelspiel von moralisierenden Slogans und der Jagd nach materiellen Vorteilen aus. Ihre Außenpolitik entbehrt jeglicher historischer Erfahrung und Weisheit, wie die Europäer sie haben, und die Launen der wechselnden öffentlichen Meinung zerstören jede politische Kontinuität. Die Frauen haben allen individuellen Charme verloren. Sie sind kalt, und ihr make-up zeigt, daß sie zu Stereotypen erstarren.

Die Vereinigten Staaten — das ist das Land des politischen und ökonomischen skrupellosen Imperialismus, der die Existenz und die nationale, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Unabhängigkeit Europas und Deutschlands bedroht.

In der Zeitung „Blut und Boden“ fordert daher ein Autor der Rechten die Deutschen wie die anderen europäischen Völker auf, diesem Amerika, „dieser modernen Seelenprarie gegenüber die Berglandschaft der eigenen Art zu behaupten“<sup>45)</sup>.

### 3. Antiliberale Leit motive des Antiamerikanismus

Gibt es nun zwischen diesen beiden Amerikanismus-Definitionen einen Mitteltyp, einen „objektiven“? Wahrscheinlich wäre dies ein Typ, der von der individuellen, im Privateigentum begründeten Freiheit ausginge und die Beziehungen zwischen den Elementen dieser Freiheit, im positiven wie im negativen Sinne, zeichnete; der die Ideale wie deren Entartungen zeigte, der den sozialen Mißbräuchen in Amerika die vielfältigen amerikanischen Initiativen gegenüberstellte, diese Mißbräuche zu beheben.

Der Unterschied, der zwischen dem positiven und dem negativen Amerikanismus besteht, liegt da-

<sup>45)</sup> Vgl. Peter Berg (Anm. 3), S. 143.

rin, daß die Anhänger des ersten gewöhnlich die negativen Folgen oder die dunklen Seiten im Leben der Vereinigten Staaten nicht bestreiten, sie jedoch relativieren und erklären und dabei zugleich ihre Apriori-Sympathie für den amerikanischen Eckpfeiler: die individuelle Freiheit und alles, was aus ihr folgt, durchscheinen lassen. Die Kräfte, die in Deutschland eine solche Sicht hegen und verbreiten, sind die reformistischen Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die prorepublikanischen, eindeutig demokratischen Liberalen, die technischen und wirtschaftlichen Berufe und eine kleine Zahl modernistischer Intellektueller.

Die Vertreter des negativen Amerikanismus, also die Anti-Amerikanisten, praktizieren eine solche Relativierung nicht. Sie lehnen die Prämisse des Amerikanismus selbst ab, also die individuelle Freiheit, die auf dem Privateigentum aufbaut, und die industrielle kapitalistische Wirtschaft, die daraus folgt. In Deutschland gehören dazu vor allem die feudalistisch-reaktionäre Rechte, das nationalistische rechte Bürgertum, das Bildungsbürgertum einschließlich der meisten Intellektuellen, aber auch die Kräfte der antiliberalen Linken: die Kommunisten und die streng orthodox-marxistischen Linkssozialisten.

Ihr gemeinsamer Nenner ist der Antiliberalismus. Sie sind zugleich antidemokratisch und antikapitalistisch. Die Rechte ist es aus nationalistischen, anti-egalitären, anti-industriellen, anti-technischen, anti-rationalistischen, anti-individualistischen Motiven, die aus der politischen Grundidee einer organischen Gesellschaft folgen. Die Linke ist es auch aus anti-individualistischen Motiven, aber im Gegensatz zur Leitidee einer egalitär-kollektivistischen Gesellschaft; sie ist weder anti-industriell noch anti-rationalistisch noch anti-technisch. Dies schließt einen gewissen Romantizismus vor allem bei den Links-Intellektuellen nicht aus, welche sich hier mit den Intellektuellen der Rechten treffen.

Handelt es sich hier um einen spezifisch deutschen Befund?

Wahrscheinlich nicht, wenn man die extreme Rechte und die extreme Linke in Betracht zieht, die auch in anderen europäischen Ländern antiliberal eingestellt ist. Die Tatsache jedoch, daß der größte Teil des deutschen Bürgertums — aufgewachsen in der Tradition des deutschen Idealismus und vielfach im Staatsdienst tätig — anti-amerikanische Ressentiments pflegt, scheint doch einen „Sonderfall“ darzustellen. Im bekannten Historikerstreit um die Frage, ob die Deutschen

einen „Sonderweg“ gegangen seien, meint Karl Dietrich Bracher, daß man nicht von einem „Sonderweg“, wohl aber von einem „Sonderbewußtsein“ der Deutschen sprechen könne. Die Spuren

dieses Sonderbewußtseins in der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft zu verfolgen, ist, wie mir scheint, auch politisch von großem Interesse. Dazu abschließend einige Überlegungen.

## VI. Deutsche Amerikabilder bis zur Gegenwart

### 1. Wechselhafte deutsch-amerikanische Bemühungen

Seit dem Ende der Weimarer Republik sind mehr als fünfzig Jahre vergangen. Tief einschneidende Ereignisse und Erfahrungen haben in dieser Zeit die deutsche Geschichte und das Bewußtsein der Deutschen hinsichtlich Amerikas geprägt: die Machtergreifung der Nationalsozialisten und das darauf folgende, zwölf Jahre währende totalitäre Regime, in dessen Namen Verbrechen ungekannten Ausmaßes begangen worden sind und dessen Propaganda sich seit der deutschen Kriegserklärung 1941 scharf gegen die USA richtete; das erneute kriegsentscheidende Eingreifen der Amerikaner auf dem alten Kontinent; ihre Anklage deutscher Kriegsverbrecher und ihr politisches Umerziehungsprogramm nach 1945; die Entstehung des Kalten Krieges, der Marshall-Plan, die amerikanische Hilfe für Berlin während der Blockade und die Teilung Deutschlands; in Westdeutschland daraufhin ein weitverbreiteter Proamerikanismus als Kehrseite eines militanten Antikommunismus, in Ostdeutschland im Gegenzug die Fortsetzung des kommunistischen Antiamerikanismus als Antikapitalismus und Antiimperialismus; im folgenden der 68er Protest in der Bundesrepublik, zunächst gegen den Krieg der USA in Vietnam, zunehmend überhaupt gegen die als imperialistisch verurteilte Politik der Amerikaner in der Dritten Welt; die Entspannungspolitik und die fortschreitende Ablösung des Antikommunismus durch einen Anti-Antikommunismus; eine neu aufkommende Diskussion unter Historikern über den deutschen „Sonderweg“ und in einem breiteren Publikum über die nationale Zukunft der Deutschen überhaupt; schließlich im Spektrum der GRÜNEN und bei Teilen der SPD die erneute Infragestellung der Westintegration der Bundesrepublik, weil sie den nationalen Interessen der Deutschen entgegenstehe — dies sind einige Anhaltspunkte im heftigen Auf und Ab der Beziehungen zwischen Deutschen und Amerikanern in den vergangenen fünfzig Jahren.

Bei aller Komplexität dieser Beziehungen steht doch fest, daß die Bedeutung der Amerikaner für die deutsche Politik seit dem Zweiten Weltkrieg um ein Vielfaches zugenommen hat, sowohl objektiv als auch in der subjektiven Einschätzung der Deutschen. Schon deswegen ist es wichtig, sich über die inzwischen entstandenen deutschen Amerikabilder Klarheit zu verschaffen, denn daß diese auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen einwirken, versteht sich von selbst. Da sie überdies einen Indikator für die Einstellung der Deutschen zur westlichen liberalen Demokratie darstellen — dem gemeinsamen normativen und politischen Nenner der westlichen Demokratien gegenüber den kommunistisch regierten Staaten —, würde eine genauere Erforschung dieser Bilder auch Aufschluß darüber geben können, in welchem Maße die Deutschen sich dem politischen Westen zugehörig fühlen oder ob sie eher eine dritte, vermittelnde Position zwischen Ost und West, eine neue Art Sonderweg, anstreben.

Freilich kann eine angemessene Analyse der Amerikabilder hier nicht in Schlußbemerkungen angefügt werden, zumal für die Nachkriegszeit deren umfassende und systematische historisch-theoretische Erforschung noch aussteht. Möglich erscheint aber immerhin der Hinweis auf einige Konstanten und einige Neuerungen, die beim Überblick über die diversen Amerikabilder seit der Weimarer Republik auffallen und deren historischer Nachzeichnung und politischer Auswertung nachgegangen werden sollte.

### 2. Antiamerikanismus und Proamerikanismus seit der Zeit des Nationalsozialismus

Entgegen möglichen Annahmen war das deutsche Amerikabild in der Zeit des Nationalsozialismus weder bei Hitler selbst noch bei den Nationalsozialisten generell, noch erst recht bei der deutschen Diplomatie einheitlich, was auch darauf zurückzuführen sein mag, daß die USA in Hitlers Vorstellungen keine wichtige Rolle spielten. Positiv schätzte Hitler die USA insofern ein, als sie für

ihn zeitweilig ein wertvolles Potential nordischer Rasse darstellten und er Roosevelts Politik zunächst zur Rechtfertigung seiner eigenen diktatorischen Maßnahmen ins Feld führte. Freilich sind diese „Würdigungen“ auf dem Hintergrund einer prinzipiellen Ablehnung der Vereinigten Staaten zu sehen: Sie waren für Hitler das Sinnbild der feigen und schwächlichen liberalen Demokratie, der Herrschaft des Judentums, der ungesunden Rassenmischung, der Plutokratie und des ausbeuterischen Kapitalismus, der Korruption, der politischen Dummheit und Schwäche, der Oberflächlichkeit. Nicht nur sein schließlicher Haß gegen Roosevelt, sondern auch wichtige Elemente seiner Anti-Amerika-Propaganda, von denen er sich Massenwirksamkeit versprach, kamen in seiner Rede zur Kriegserklärung am 11. Dezember 1941 zum Ausdruck. Er verglich seine Laufbahn mit der des amerikanischen Präsidenten: „Roosevelt war reich, ich war arm. Roosevelt machte im Weltkrieg Geschäfte, ich vergoß mein Blut. Roosevelt spekulierte und scheffelte Millionen, ich lag im Kriegslazarett. Roosevelt stützte sich auf die Macht einer kapitalistischen Partei, ich führte eine Volksbewegung ...“<sup>46)</sup>.

Nach dem deutschen Zusammenbruch trugen drei Faktoren zur Verbreitung eines sympathisierenden Amerikabildes bei:

— die Großzügigkeit materieller Hilfe, die die deutsche Bevölkerung von der amerikanischen Besatzungsmacht im Lande und aus den USA selbst erfuhr — man denke an den Marshall-Plan und an die noch persönlicher empfundenen Care-Pakete;

— das Erlebnis der Solidarität während der Berliner Luftbrücke, aufgrund dessen die Amerikaner aufrichtig als Freunde und Verteidiger deutscher Lebensinteressen bezeichnet und akzeptiert wurden;

— die Aufklärungs- und Fürsprechertätigkeit namhafter ehemals emigrierter und nach 1945 zurückgekehrter Wissenschaftler wie Golo Manns und vor allem Ernst Fraenkels, der sich in Forschung und Lehre in Berlin weitgehend auf die Verbreitung eines wirklichkeitsnahen Verständnisses des amerikanischen politischen Lebens konzentrierte und dabei angesichts seiner ehemaligen gewerkschaftlichen Berater- und Rechtsanwaltstätigkeit nicht zufällig immer wieder auf des-

sen soziale Ausgestaltung durch Roosevelts New Deal hinwies. Amerika galt als Beispiel der Freiheit, weil es sein Ideal mit politischem Realismus trotz aller Korruptionsniederungen durchhielt und weil es sich zunehmend um sozialen Ausgleich bemühte.

Freiheit, Großzügigkeit, Stärke, Realismus und Effektivität — dies waren Merkmale Amerikas, die nun in den Vordergrund traten.

Freilich hielten sich daneben weiterhin die beiden Grundvorbehalte der Deutschen gegenüber den USA durchaus am Leben: deren angeblicher Mangel an Tradition und kultureller Tiefe sowie ihre sozialen, vor allem rassenpolitischen Ungerechtigkeiten. Diese „Vorbehalte fanden jedoch auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges keine Resonanz. Heute stellt sich allerdings mehr und mehr die Frage, ob der Stolz vieler Deutscher, deren Bildungsschicht sich den Amerikanern ja kulturell und politisch weitgehend überlegen gefühlt hatte, durch das amerikanische Umerziehungsprogramm zur Demokratie nicht tiefer und traumatischer getroffen worden ist, als angesichts des auch moralischen Zusammenbruchs nach 1945 ursprünglich angenommen worden war.

Jedenfalls gewinnt man diesen Eindruck bei der Beobachtung, daß von einem sich links verstehenden Bildungsmilieu in den sechziger Jahren mit zunehmendem Widerhall der moralische Vorwurf Amerikas gegen das nationalsozialistische Deutschland als Faschismus- und Gewaltvorwurf an Amerika zurückgegeben wurde. Westliche Politik bedeutete nun Herrschaft, bedeutete Gewalt: „Politik und Verbrechen“ seien nur zwei Seiten einer Medaille, der Staat fungiere als Mörder, das Modell terroristischer Politik finde sich in Chicago<sup>47)</sup>.

Der Begriff des „latenten Faschismus“, der gerade auch für die USA verwendet wird, begann den des spezifischen deutschen Nationalsozialismus zu verdrängen. Reinhard Lettau veröffentlichte mit Erfolg seine Sammlung „Täglicher Faschismus: Amerikanische Evidenz aus sechs Monaten“<sup>48)</sup>. Herbert Heckmann und Rolf Hochhuth setzten unter linken politischen Vorzeichen eine Bildungs-, Kultur- und Sozialkritik fort, für die in der Weimarer Republik ein Vertreter der politischen Rechten, Adolf Halfeld, Pate gestanden hatte. Die neueste Version dieser fundamentalen moralischen Verurteilung Amerikas findet sich in

<sup>46)</sup> Zitiert nach James V. Compton, Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg—Hamburg 1968, S. 25.

<sup>47)</sup> Hans Magnus Enzensberger, Politik und Verbrechen, Neun Beiträge, Frankfurt 1964.

<sup>48)</sup> Erschienen München 1971.

dem von Günter Grass kürzlich geprägten Begriff des „Gulag-Kapitalismus“<sup>49)</sup>. Wie zur Zeit Weimars treffen sich „rechts“ und „links“ wieder in einem verabsolutierten Antikapitalismus.

In der vor einiger Zeit neu propagierten Losung von der „Selbstbehauptung Europas“ — die, wie gezeigt, bereits in Weimar von der kulturellen Rechten ausgegeben worden war — finden sich die traditionellen deutschen Anti-Amerikanismen wieder zusammen:

Die Vereinigten Staaten betreiben wesentlich eine im kapitalistischen System begründete imperiale Weltpolitik, setzen ökonomische Macht, Krieg und Gewalt ohne Rücksicht auf Alliierte und Gegner in ihrem Weltmachtinteresse ein, ihr demokratisches System bewahrt nicht vor der praktischen Preisgabe der nur ideologisch vorgeschützten westlichen Werte und führt in ihrer internationalen Politik über die Einwirkung der öffentlichen Meinung zu unberechenbaren Schwankungen. Kulturell droht die Amerikanisierung Europas durch Coca-Cola, MacDonaldis und billige Hollywood-Produktionen wie „Rambo“ den kostbaren Schatz der verschiedenen europäischen Traditionen zu nivellieren. Ein Verständnis für die Furcht davor — wie überhaupt für die differenziertere Psychologie und Politik der Europäer — vermögen die Amerikaner nicht aufzubringen. Auffälligerweise werden solche Losungen vor allem von Politikern und Literaten, weniger von Wissenschaftlern vorgetragen.

<sup>49)</sup> Vgl. Hilton Kramer, Die intellektuelle Opposition im Westen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 4. 1986, S. 25.

### 3. Bedeutung und Gefahr deutscher Fehleinschätzungen in historischer Perspektive

Das ebenfalls traditionelle Pendant auf amerikanischer Seite, ein Überdruß an europäischer „Degeneration“ und „Engstirnigkeit“, gewinnt offenbar auch wieder an Terrain. „Denken Sie bitte daran“, erinnerte kürzlich ein amerikanischer Politiker seine deutschen Zuhörer, „daß die Vereinigten Staaten schließlich von Europäern gegründet worden sind, die von Europa die Nase voll hatten“. Die Bemerkung verweist auf die lange Geschichte, die das deutsch-amerikanische und das europäisch-amerikanische Verhältnis schon durchlaufen hat, wobei seit dem 19. Jahrhundert die Kernfrage sich immer wieder an die Europäer richtete, welche Stellung sie angesichts der beiden Weltmächte Amerika und Rußland bzw. Sowjetunion einnehmen wollten.

Diesen geschichtlichen Horizont ins Gedächtnis zurückzurufen, scheint mir für die Deutschen, denen sich diese Frage besonders brisant stellt, von großer Bedeutung. Im 20. Jahrhundert haben sie Amerika zweimal gründlich mißverstanden und unterschätzt, z. T. mit denselben „Argumenten“, wie sie heute wieder vorgetragen werden. Das Verhängnis liegt dabei darin, daß die Apriori-Verurteilung Amerikas die rationale Auseinandersetzung mit den Fakten und die argumentative, spezifizierte Einschätzung von Politik und Gesellschaft in Amerika verdrängt. Ich meine, viel ist im europäischen wie im deutschen Interesse daran gelegen, mit aller Anstrengung Vorurteile und emotionale Klischees abzulösen durch eine möglichst genaue Kenntnis und rationale Analyse der amerikanischen Weltmacht und ihrer Politik.

# Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den Nachkriegsjahrzehnten

## I. Die formative Phase: Das erste Jahrzehnt

Eine wesentliche Zielsetzung — vielleicht ein Paradoxon — der alliierten und besonders der amerikanischen Politik gegenüber der Bundesrepublik Anfang der fünfziger Jahre bestand darin, daß die Westdeutschen frei werden sollten und gleichzeitig nicht frei. Die Deutschen sollten frei sein hinsichtlich der persönlichen Grundrechte und der Verfassungsgarantien, die den Kern einer demokratischen politischen Ordnung bilden; nicht frei sollten sie sein in bezug auf die Formulierung und Durchführung einer unabhängigen Außenpolitik. In ihren frühen Jahren besaß die Bundesrepublik weder die Macht noch die Legitimierung zur Gestaltung einer eigenen Außenpolitik. Als sie 1949 geschaffen wurde, war sie kein souveräner Staat (das wurde sie erst 1955, als die Bundesrepublik der NATO beitrug, und selbst dann blieben Einschränkungen bestehen); und die Alliierte Hochkommission, die auf die Militärgouverneure des Besatzungsregimes folgte, kontrollierte in allen wesentlichen Belangen die politischen und ökonomischen Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten und besaß außerdem die Befugnis, innere politische und wirtschaftliche Entwicklungen zu reglementieren oder wenigstens zu überwachen. Die Bonner Regierung besaß daher in der Innen- wie in der Außenpolitik nur eine begrenzte und provisorische Autorität. Das erste und unverzichtbare außenpolitische Ziel der Bundesrepublik war es deshalb, das Recht auf eine eigene Außenpolitik zu gewinnen.

Wenngleich die Westmächte, besonders die Vereinigten Staaten, bereit waren, als Gegenleistung für Westdeutschlands Bereitschaft zur Wiederaufrüstung politische und ökonomische Konzessionen zu machen, ließen es diese Konzessionen doch nicht zu, daß Bonn eine unabhängige

---

*Leicht gekürzter Vorabdruck aus dem Ende Juni im Westdeutschen Verlag erscheinenden Sammelband „Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte, herausgegeben von Frank Trommler.*

Außenpolitik verfolgte, weil die diplomatisch-politischen, wirtschaftlichen und militärischen Instrumente dieser Politik voll in die Strukturen des westlichen Bündnisses eingebettet waren. Im Deutschlandvertrag (1952) und in den Pariser Verträgen (1954) tauschte Bonn die Wiederaufrüstung für die Wiederherstellung der legalen Souveränität und die westliche Verpflichtung ein, die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen und die Bonner Regierung als einzige legitime Vertretung Gesamtdeutschlands anzuerkennen. Doch die Elemente der legalen Souveränität, die man der Bundesrepublik zugestand, wurden zugleich in den internationalen Organisationen, denen sich Deutschland anschloß, eingefroren: Der Hauptnutzen lag dabei für Bonn eher im Bereich der Gleichberechtigung als in dem der Unabhängigkeit.

Die Beschränkungen, die der Bundesrepublik durch internationale Organisationen und vertragliche Verpflichtungen erwachsen, waren das Ergebnis bewußter Politik, denn den Kern der Nachkriegs-Europapolitik Washingtons bildete eine Strategie des Doppel-Containment: das In-Schach-Halten der Sowjetunion mittels Eindämmung und das In-Schach-Halten der Bundesrepublik mittels integrativer westlicher Bündnisstrukturen. Jedes entscheidende Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Europas resultiert daraus: die Wiederaufrüstung und der politische und wirtschaftliche Aufbau der Bundesrepublik innerhalb der Beschränkungen der internationalen Organisationen, die Entwicklung der NATO von einem locker organisierten Beistandspakt zu einem integrierten Militärbündnis, die amerikanische Unterstützung für die westeuropäische Integration und die aus diesen Fakten resultierende Zementierung der Teilung Deutschlands und Europas. Solange die beiden Komponenten der amerikanischen Doppelseindämmungspolitik sich gegenseitig stärkten, stand Amerikas Europa-Diplomatie auf festem Boden; in späteren Jahren, als sich zwischen den beiden Komponenten Spannungen



und Widersprüche entwickelten, wurden die deutsch-amerikanischen Beziehungen zunehmend problematisch — ein Thema, das uns später noch beschäftigen wird.

### Die Wendung zum Westen

Aus der Sicht der deutschen Regierung und insbesondere Bundeskanzler Konrad Adenauers war die „Verwässerung“ des Zugewinns an Souveränität — ein Begriff, der in den Nachkriegsjahrzehnten durch politische und wirtschaftliche Interdependenz ohnehin seine Gültigkeit einbüßte — durch den Beitritt zu integrativen Organisationen im Grunde nicht zu beanstanden. Seine Einschätzung der Prioritäten ließ ihn in die gleiche Richtung tendieren. Für Adenauer war die Substanz des Zieles des politischen Wiederaufbaus die Integration der Bundesrepublik in eine fest geknüpfte westeuropäische Gemeinschaft — und dieses Kernziel konnte selbst mit der Einschränkung der deutschen Handlungsfreiheit erlangt werden, solange das den Anspruch auf Gleichberechtigung bewerkstelligte. Tatsächlich wäre es für Bonn viel schwieriger gewesen, von den Westmächten Konzessionen zu gewinnen, wenn die gewährten Elemente der „Souveränität“ nicht einer internationalen Überwachung unterworfen worden wären. Die Schaffung integrativer westeuropäischer und atlantischer Strukturen hatte somit einen entscheidenden Einfluß auf den raschen politischen und ökonomischen Wiederaufbau Westdeutschlands. Sie etablierten Mechanismen für die Kontrolle der Bundesrepublik, und sie machten den deutschen Gleichberechtigungsanspruch für die Westmächte, insbesondere Frankreich, weniger riskant. Umgekehrt schuf der zunehmende Druck, Westdeutschland politische und wirtschaftliche Konzessionen zu gewähren, einen kräftigen Antrieb zur Errichtung integrativer Strukturen, die zur Überwachung der Bundesrepublik dienen konnten. In dieser Wechselbeziehung war Adenauers integrative Europapolitik eine wesentliche Vorbedingung eines erfolgreichen politischen und ökonomischen Wiederaufbaus. Die Verfolgung des Ziels der Sicherheit — zumal es mittels einer engen Anlehnung an den Westen und der Entscheidung für die Wiederbewaffnung verwirklicht wurde — war dementsprechend nicht nur mit dem Ziel des politischen Aufbaus vereinbar, sondern dessen Voraussetzung. Das Streben nach Sicherheit und das Ziel des politischen Wiederaufbaus mit der Bedeutung, die Adenauer dem Wiederaufbau beimaß, standen in einem Komplementärverhältnis zueinander.

Die beißende Charakterisierung Adenauers als „Kanzler der Alliierten“ durch die sozialdemokratische Opposition war demnach unangemessen, denn worum es ging, war nicht eine Absprache zwischen der deutschen Regierung und den Alliierten auf Kosten der deutschen Interessen, sondern vielmehr Adenauers Zustimmung zu einem Kurs der westlichen Diplomatie, den er selbst bevorzugte. Für ihn fielen Wahl und Notwendigkeit zusammen. Die Doppel-Eindämmungs-Politik Amerikas wurde ergänzt durch eine deutsche Selbst-Eindämmung: Adenauer, der die politische Reife und Umsicht seiner Landsleute mit tiefer Skepsis betrachtete, war entschlossen, sie an den Westen zu binden und auf diese Weise seine Nachfolger daran zu hindern, eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu verfolgen. Außerdem konnte der prowestliche Kurs, den die deutsche Regierung einschlug, auf die politische Zustimmung und die Wahlunterstützung der Bürger der Bundesrepublik zählen, schon deshalb, weil Adenauers Politik rasche Fortschritte in Richtung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der politischen Rehabilitation versprach. Wenngleich die Wiederbewaffnung nicht populär war, so wurde sie doch weithin und richtig als der Eckpfeiler von Adenauers Westpolitik erkannt, die es der Bundesrepublik ermöglichte, unverzüglich wirtschaftliche und politische Vorteile zu gewinnen.

Tatsächlich ergänzten einander ökonomischer und politischer Wiederaufbau in hohem Maße. Eine schwache westdeutsche Wirtschaft hätte eine Belastung für die westliche Allianz bedeutet, da sie die politische Stabilität untergraben und Ansatzpunkte für sowjetische Manöver geboten hätte. Wegen der integrativen Elemente der westlichen Allianz hätten massive wirtschaftliche Schwierigkeiten eines Bündnispartners den ganzen Block geschwächt, was wiederum negative Konsequenzen für die militärische Dimension der amerikanischen Eindämmungspolitik gehabt hätte. Die Spannungen des Kalten Krieges schufen im Westen eine Atmosphäre, aus der Sympathie für das deutsche Streben nach Wiederherstellung einer lebensfähigen Wirtschaft erwuchs.

Die Erzielung eines wirtschaftlichen Wiederaufschwungs wurde durch Bonns Politik der politischen Rehabilitation ergänzt und untermauert und war dadurch auch mit der Sicherheits- und Wiederaufrüstungspolitik verkoppelt. In ebenso politischen wie ökonomischen Unternehmen wie dem Schuman-Plan (und später in der EWG) wurden zugleich politische und ökonomische Ge-

winne durch eine koordinierte Strategie erreicht, in der deutsche Forderungen im Namen der europäischen und atlantischen Einheit vorgetragen werden konnten, nicht im Namen eines diskreditierten deutschen Nationalismus. Die Entschlossenheit der deutschen Regierung, den Binnen- und den internationalen Handel zu liberalisieren, war langfristig politisch ebenso wie ökonomisch vorteilhaft, weil damit das Engagement Bonns für den politischen Internationalismus unterstrichen wurde. Indem Bonn auf den traditionellen Protektionismus verzichtete, verwarf es die ökonomische Ergänzung des politischen Nationalismus — eine Politik, die von Washington nachdrücklich unterstützt wurde. Sicherheit/Wiederbewaffnung, politische Rehabilitation und wirtschaftlicher Wiederaufbau waren interdependent und ergänzten und verstärkten sich also gegenseitig, wie es sich deutlich in den verschränkten Bestimmungen der Pariser Verträge widerspiegelt.

Auf diese Weise ergab sich während der 1950er Jahre, im formativen Stadium der Entwicklung der Bundesrepublik, eine frappante Übereinstimmung zwischen den Grundsätzen der inneren Wirtschaftsordnung Deutschlands und denen der von den USA gelenkten und von den Institutionen der westeuropäischen Integration ergänzten internationalen Wirtschaftsordnung. Die deutsche Neigung zu niedrigen Inflationsraten, Budgetdisziplin und Handelsliberalisierung wurde von den Vereinigten Staaten geteilt; das Währungssystem von Bretton Woods kam Ende der 1950er Jahre mit der freien Konvertierbarkeit der Währungen zur vollen Entfaltung und leitete eine Periode des Gleichgewichts zwischen vergangener Dollarknappheit und zukünftiger Dollarschwemme ein; Unternehmen wie der Schuman-Plan und die EWG trugen Deutschland ebenso politischen wie ökonomischen Nutzen ein. Außerdem waren die Auffassungen Washingtons und Bonns über Mittel und Wege zur Eindämmung der Sowjetunion ebenso wie die Persönlichkeiten deutscher und amerikanischer Staatsmänner zu jener Zeit einander ähnlicher als danach je wieder.

In wenig augenfälliger, aber grundsätzlicher Weise stellten diese Entwicklungen die Stabilisierung der amerikanischen Einflußsphäre in West- und Mitteleuropa sicher und gewährleisteten damit ebenso die Realisierbarkeit der Doppel-Eindämmungs-Politik Washingtons. Anders als ihre ostdeutschen Landsleute gewannen die Westdeutschen die Überzeugung, daß ihre Supermacht ihnen nicht nur Sicherheitsgarantien biete, son-

dern ihnen auch den Weg zur politischen, wirtschaftlichen und vielleicht sogar moralischen Rehabilitation weise und erleichtere. Militärische Siege sind für den Besiegten immer hart. Doch auf den amerikanischen militärischen Sieg über Deutschland am Ende des Zweiten Weltkrieges folgte bald eine subtilere, abgemessenere Eroberung, die durch wirtschaftliche Anreize, politisches Drängen und diplomatische Überredung bewerkstelligt wurde. Es ist nicht möglich und auch nicht nötig, über das genaue Zusammenspiel der Motive hinter der amerikanischen Politik zu spekulieren — altruistische Erwägungen, aufgeklärtes Eigeninteresse, Hegemoniestreben oder das Kalkül, die Deutschen als Verbündete gegen die Sowjetunion zu gewinnen; die Tatsache bleibt bestehen, daß in jenen Jahren die Grundlagen für bemerkenswert stabile deutsch-amerikanische Beziehungen gelegt wurden, die in beiden Ländern eine solide Unterstützung bei Regierungs- und Oppositionsparteien gewinnen sollte. Die Durchdringung Westeuropas durch die transatlantische imperiale Macht, die mittels der konstruktiven und unwiderstehlichen Invasionen der amerikanischen Wirtschaftskraft und des American way of life bewerkstelligt wurde, schuf für die USA eine Einflußsphäre, die ebenso umfassend war wie jene, die die Rote Armee der Sowjetunion sich in Osteuropa gesichert hatte. Um es noch deutlicher zu sagen: 1955 hatte sich Amerikas Politik des Doppel-Containment sowohl hinsichtlich seines sowjetischen als auch seines deutschen Aspekts als erfolgreich erwiesen. Die Sowjetunion war innerhalb der politischen und geographischen Einflußgrenzen, die sie am Ende des Zweiten Weltkrieges gewonnen hatte, eingedämmt, und die Bundesrepublik war sicher im westlichen Bündnissystem eingebettet.

Angesichts der Grundsätze einer demokratischen Ordnung, die in der Bundesrepublik galten, und der Möglichkeiten, die sie dem Ausdruck politischen Willens durch freie Wahlen boten, erfolgte die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Bündnis unter politischen und moralischen Bedingungen, die grundsätzlich von jenen verschieden waren, unter denen die Deutsche Demokratische Republik Teil des östlichen Blocks der sozialistischen Staaten wurde. Doch realpolitisch betrachtet waren die Konsequenzen der Integration beider deutschen Staaten in ihre jeweiligen Allianzen im Kalten Krieg ähnlich, und sie verstärkten einander: Die Teilung Deutschlands und damit Europas wurde zu einem entscheidenden stabilisierenden Element in der globalen Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staa-

ten und der Sowjetunion, die keine der beiden Seiten grundsätzlich in Frage zu stellen gewillt war, weil auf diese Weise das regionale und das globale Kräftegleichgewicht gestört worden wäre.

### Front gegen Osten

Bundeskanzler Adenauer war sich dieser Realitäten voll bewußt, und seine langfristige Wiedervereinigungspolitik für Deutschland stützte sich auf zwei zentrale Voraussetzungen: Erstens, daß Washington und Moskau den Schlüssel zur deutschen Frage besaßen; und zweitens, daß im Laufe der Zeit das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Blöcken im Kalten Krieg sich zugunsten des Westens verschieben würde, wodurch Verhandlungen aus einer Position der Stärke möglich würden, in denen die Sowjetunion veranlaßt werden könnte, die deutsche Frage in einer Weise zu lösen, die für den Westen annehmbar wäre. Die erste dieser Annahmen war richtig, die zweite falsch — falsch vor allem, weil die Sowjetunion sich zu einer vollwertigen Nuklearmacht entwickelte und dadurch weniger unter politischen Druck gesetzt werden konnte.

Aus der ersten Voraussetzung folgte, daß Bonn innerhalb der westlichen Allianz politischen Einfluß benötigen würde, um für die Sache der deutschen Wiedervereinigung die Unterstützung der Westmächte, besonders der USA, zu gewinnen, und um sicherzustellen, daß der Westen die deutsche Frage nicht in einer Globallösung des Kalten Krieges preisgeben würde. Es war Adenauer klar, daß bei den Westmächten der Gedanke an ein vereinigtes Deutschland erhebliche Befürchtungen auslöste. Deshalb erforderte Bonns Wiedervereinigungspolitik einen zunehmenden deutschen Einfluß innerhalb des westlichen Bündnisses, damit die rechtliche und moralische Verpflichtung der Westmächte, die Wiedervereinigung zu unterstützen und die Bonner Regierung als die einzige legitime Vertretung Deutschlands anzuerkennen, auf der politischen Ebene gefestigt werden konnte. Doch die einzige Weise, in der Bonn seine Position innerhalb des westlichen Bündnisses zu stärken vermochte, bestand darin, daß es zu einem unentbehrlichen Partner darin wurde. Diese Partnerschaft jedoch richtete sich gegen die Sowjetunion und war deshalb kaum geeignet, den Kreml zu einer Lösung der deutschen Frage in einem für den Westen akzeptablen Sinne zu bewegen. Dementsprechend war Adenauers Moskau-orientierte Wiedervereinigungspolitik weitaus passiver und negativer als seine Washington-orientierte Politik — sie war lediglich

ein formalistisches und phantasieloses Anhängsel seiner Westpolitik. Ihrem Wesen nach war es eine Politik der in rechtliche Begriffe gekleideten Politik der Verneinung, mit der sich Bonn weigerte, die Deutsche Demokratische Republik und die Oder-Neiße-Linie — kurz, die existierende Lage der Dinge in Mittel- und Osteuropa — anzuerkennen.

Beide Lager im Kalten Krieg hielten es für politisch ratsam, die deutschen Wiedervereinigungsbestrebungen zumindest verbal zu unterstützen. Doch weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion wünschten ein vereinigtes Deutschland, das tatsächlich freie Hand gehabt hätte, seine Außenpolitik zu gestalten, weil dies das Kräftegleichgewicht in Europa gestört und damit negative Auswirkungen auf den Zusammenhalt beider Bündnisssysteme gehabt hätte. Die Sicherung der Bündnistreue und des Machtpotentials des jeweiligen Teils von Deutschland, das sich bereits unter der Kontrolle der beiden Lager im Kalten Krieg befand, versprach für jede Seite einen massiven Kräftezuwachs. Nachdem es der Sowjetunion mißlungen war, den westdeutschen Beitritt zur NATO zu verhindern, wechselte sie über zu einer ‚Zwei Deutschland‘-Politik, die in der Bereitschaft des Kreml Ausdruck fand, diplomatische Beziehungen mit Bonn anzuknüpfen. Spätestens 1955 hatte die Sowjetunion den Status quo in Mitteleuropa anerkannt, und von diesem Zeitpunkt an war es ihr zentrales Ziel, die bestehende Lage politisch und vertraglich zu festigen — ein Prozeß, der beinahe zwei Jahrzehnte später in Bonns Ostverträgen und den Abkommen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki gipfelte.

Dieser Schwenk in der Moskauer Deutschlandpolitik hatte wichtige Konsequenzen für die westliche Basis der Bonner Wiedervereinigungspolitik — eine Basis, von der Adenauer befürchtete, sie werde in dem Maße geschwächt, wie die Westmächte sich bemühten, von der scharfen Konfrontation des Kalten Krieg abzurücken in Richtung einer entspannteren Periode der Koexistenz. Nach 1955 beschränkten sich die wichtigsten Wiedervereinigungsbemühungen Bonns zwangsläufig darauf, der Sowjetunion und Ostdeutschland die De-jure-Anerkennung der existierenden Lage zu verweigern — gab es doch wenig Hoffnung, die Wiedervereinigung selbst herbeizuführen —, und Bonn erwartete von seinen Verbündeten, daß sie diese Verweigerungspolitik diplomatisch unterstützten. Auf verbaler Ebene wurde diese Unterstützung geleistet, besonders

von den USA. Doch Adenauer blieb argwöhnisch, da ihm das fundamentale Paradoxon der deutschen Frage voll bewußt war.

Die Polaritäten von Spannungen, Interessen und Macht waren nicht dazu angetan, die deutsche Wiedervereinigung herbeizuführen; das war die Lehre, die man aus der internationalen Konstellation der Periode vor 1955 ziehen mußte. Doch das

entstehende nukleare Gleichgewicht des Schreckens, die sich allmählich wandelnden Einschätzungen der sowjetischen Bedrohung, der Gaullistische Druck auf das westliche Bündnis und die generelle Veränderung der Konstellation von Macht und Interesse aus einer bipolaren in eine multipolare Struktur waren gleichermaßen ungünstig für die Aussichten auf Wiedervereinigung.

## II. Übergänge und Widersprüche: Das zweite Jahrzehnt

In der zweiten Phase der Entwicklung der Bonner Außenpolitik — in dem Jahrzehnt zwischen Ende der 1950er und Ende der 1960er Jahre — bestand das zentrale Dilemma der westdeutschen Außenpolitik in der Notwendigkeit, schwierige Entscheidungen zwischen Washington und Paris zu treffen, oder noch prägnanter ausgedrückt: das Dilemma, zwischen Sicherheitsinteressen und dem Bestreben, eine lebensfähige europäische Gemeinschaft aufzubauen, wählen zu müssen. Die Konstellation gegenseitiger Ergänzung, die in den 1950er Jahren zwischen den Zielen der Sicherheit sowie denen des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus bestand — die auf Bonns Bereitschaft zur Wiederbewaffnung beruhte und die zur Grundlage der Integration der Bundesrepublik in die westliche Allianz wurde —, begann in den 1960er Jahren abzubröckeln. Es entwickelten sich Spannungen zwischen Bonns an Washington orientierter Sicherheitspolitik und seiner an Paris orientierten Europapolitik; die Verbindungen zwischen der deutschen Sicherheitspolitik und der Wirtschaftspolitik waren zwar noch ebenso eng wie im ersten Jahrzehnt, wurden aber politisch problematisch; die Wirtschafts- und Währungskontroversen innerhalb der atlantischen Allianz erforderten schwieriges und kostspieliges diplomatisches Manövrieren; und die Übereinstimmung zwischen der amerikanischen und der deutschen Währungspolitik begann zu schwinden. Diese Spannungen innerhalb des westlichen Bündnisses beeinflussten nicht nur Bonns Westpolitik, sondern auch seine Ostpolitik, da Washington und Paris eine voneinander abweichende Politik gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa verfolgten und Bonn Schwierigkeiten hatte, seine starre Ostpolitik an die mehr auf Verständigung ausgerichtete Haltung der Westmächte anzupassen. Weder Washington noch Paris verfolgten ein außenpolitisches Programm, das voll mit den deutschen Interessen übereinstimmte, wodurch

Bonn gezwungen wurde, zwischen Alternativen zu wählen, die beide wesentliche Mängel aufwiesen.

### Vor der Wahl zwischen Washington und Paris

Gewiß begannen die Differenzen zwischen Washington und Paris nicht mit General de Gaulles Rückkehr an die Macht im Jahr 1958; sie hatten Adenauer von Anfang an vor ernsthafte Probleme gestellt. Während Washington den Beitritt der Bundesrepublik zum westlichen Militärbündnis und ein integriertes Westeuropa rasch herbeizuführen suchte, verhielt sich Frankreich verständlicherweise reserviert und bemühte sich, den westdeutschen Einfluß in diesen internationalen Organisationen zu beschränken. Wenngleich diese Lage gelegentlich für Bonn mißlich war, ließ sie sich doch noch bewältigen, solange die westliche Allianz einigermaßen eng zusammenhielt, solange die Vereinigten Staaten Frankreich mit ‚schmerzlichen Überprüfungen‘ der amerikanischen Außenpolitik drohen konnte und solange Bonn seine Interessen im Namen eines integrierten westlichen Bündnisses zu fördern vermochte. Doch diese Probleme der frühen Jahre waren nur ein Vorgeschmack auf das viel ernstere Dilemma, vor das sich Bonn später gestellt sah, nachdem Charles de Gaulle 1958 wieder an die Macht gelangt war und als eine Parteinahme Bonns zugunsten der Vereinigten Staaten oder zugunsten Frankreichs die sich entwickelnden Spannungen innerhalb der atlantischen Allianz verschärfte.

Wenngleich die Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA in Sicherheitsfragen in den 1960er Jahren ebenso unauflöslich blieb wie in den 1950ern, war sie doch zunehmenden Belastungen ausgesetzt. Während der 1960er Jahre fand, als die amerikanische nukleare Überlegenheit sich angesichts der Entwicklung des sowjetischen nuklearen strategischen Potentials zu verringern begann,

innerhalb der NATO eine intensive Debatte über militärische Doktrinen statt, die sich im wesentlichen um die Frage drehte, wie sich die Glaubwürdigkeit der amerikanischen nuklearen Verpflichtung gegenüber Westeuropa aufrechterhalten ließ, wenn die Vereinigten Staaten allmählich selbst verwundbar würden.

Dieses Problem (das bis zum heutigen Tag besteht) besaß besondere Bedeutung für die Bundesrepublik wegen ihrer exponierten geographischen und politischen Position und weil Bonn in zunehmendem Maße von dem NATO-Abschreckungspotential abhängig wurde, das der Kontrolle der Deutschen entzogen war. Außerdem strebte die Kennedy-Administration eine flexiblere amerikanische strategische Doktrin an, die dazu bestimmt war, die strategischen und taktischen Optionen Washingtons zu vermehren und die eine Verstärkung der konventionellen Streitkräfte seitens der europäischen NATO-Verbündeten erforderte. Diese Doktrin des ‚flexible response‘, die eine flexiblere und damit glaubwürdigere ‚abgestufte‘ Skala von westlichen Reaktionen schaffen sollte und 1967 zur offiziellen NATO-Doktrin wurde, verlangte höhere deutsche Verteidigungsausgaben, wengleich die Betonung auf konventionelle Aufrüstung in Europa mit Zurückhaltung betrachtet wurde, weil dies die Glaubhaftigkeit der amerikanischen Bereitschaft, den nuklearen Schild vor die europäischen NATO-Mitglieder zu stellen, zu untergraben schien. Obwohl die Bundesrepublik — die nach dem französischen Austritt im Jahre 1966 zum Hauptpfeiler der NATO wurde — zu ihrer transatlantischen Sicherheitsbeziehung keine realistische Alternative besaß, wurde im Laufe der 1960er Jahre zunehmend klar, daß die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik nicht mehr so stark übereinstimmten, wie dies in den 1950er Jahren der Fall gewesen war.

Doch ein Optieren für Paris (das in Sicherheitsfragen nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden konnte) bedeutete ein Optieren für ein französisches außenpolitisches Programm, das in einer Reihe von Fragen größter Wichtigkeit, einschließlich der zukünftigen Gestalt der europäischen Ordnung, deutschen Zielen widersprach. Adenauer wie de Gaulle zogen eine ‚klein-europäische‘ Integrationsstruktur vor; doch de Gaulle stellte sich gegen eine echte politische Integration, weil dies die nationale Unabhängigkeit Frankreichs eingeschränkt hätte, und er erwartete von der Bundesrepublik, daß sie Frankreichs Bestreben, seine Stellung in der Weltpolitik wiederzuge-

winnen, wirtschaftlich und politisch unterstützen würde. De Gaulle wollte den wirtschaftlichen Nutzen des Gemeinsamen Marktes, ohne dafür einen politischen Preis zu zahlen; Adenauer war bereit, einen wirtschaftlichen Preis für politischen Nutzen zu zahlen. De Gaulle suchte eine europäische Basis für seine weltpolitischen Ambitionen; Adenauer suchte eine atlantische Basis für seine europäischen Ambitionen.

Die Konflikte, die sich während der späten 1950er und der frühen 1960er Jahre zwischen den anglo-amerikanischen Mächten und Frankreich entwickelten, komplizierten die Verwirklichung von Adenauers Ziel der Integration der Bundesrepublik in eine eng verbundene westeuropäische Gemeinschaft ganz außerordentlich. Während die USA der unentbehrliche Partner der Sicherheitspolitik blieben, war de Gaulle, der unentbehrliche Partner für die Europapolitik der Bundesrepublik, zur Verdrängung des anglo-amerikanischen Einflusses auf dem Kontinent entschlossen. Dies bedeutete, daß sich in den 1960er Jahren Widersprüche zwischen der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und seiner Europapolitik entwickelten — anders als in den 1950er Jahren, als die gegenseitige Ergänzung der Bonner Atlantik- und seiner Europapolitik den Eckpfeiler von Adenauers außenpolitischem Programm bildete. Doch nun gab es praktisch nicht eine deutsche Außenpolitik, sondern zwei. Die erste war die Außenpolitik Adenauers, die zu dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963 führte und es de Gaulle ermöglichte, den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit stillschweigender deutscher Einwilligung zu verhindern. Die zweite außenpolitische Richtung wurde von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und Außenminister Gerhard Schröder vertreten, die einen flexibleren Kurs befürworteten und eher die anglo-amerikanische Position unterstützten, nicht nur bezüglich der EWG und der atlantischen Allianz, sondern auch hinsichtlich einer phantasiereicheren Ostpolitik.

Als Ludwig Erhard im Herbst 1963 die Nachfolge Adenauers antrat, verschlechterten sich die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und den Vereinigten Staaten deutlich. De Gaulles Programm stand im klaren Widerspruch zu Kernelementen der deutschen Außenpolitik, und dies zu einer Zeit, als der neue Bundeskanzler französischen Vorhaben viel weniger positiv gegenüber stand, als dies bei Adenauer der Fall gewesen war. Die Krise von 1965 über die politische Zukunft und die Vergrößerung der

EWG fand Bonn in Frontstellung gegen Paris (wenngleich letztlich die Position der Bundesrepublik in der EWG dadurch gestärkt wurde), und der deutsch-französische Gegensatz in politischen Grundsatzfragen wurde weiter verschärft durch Zusammenstöße im handels- und währungspolitischen Bereich. Doch auch Erhards Beziehungen zu Washington waren gestört. Das glücklose Projekt der multilateralen Atomstreitmacht (MLF), die militärisch-strategisch wertlos und in erster Linie dazu bestimmt war, den europäischen NATO-Mitgliedern den Schein nuklearer Verfügungsgewalt zu geben, ohne sie in Wirklichkeit zu gewähren, führte zu ernsthaften Spannungen zwischen Bonn und Washington, als die Johnson-Administration das Projekt 1965 abblies.

Auch Wirtschafts- und Währungskontroversen innerhalb der atlantischen Allianz zwangen die Bonner Regierung, Entscheidungen zu treffen, die sie zu vermeiden wünschte. Zwischen den Europäern und Amerikanern stand ein breites Spektrum umstrittener Fragen: die Ausweitung des gemeinsamen Marktes, der Plan der europäischen Gemeinschaft zur Errichtung eines gemeinsamen Währungsgebietes und die politisch-strategischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa insgesamt. Angesichts des Niedergangs der wirtschaftlichen Hegemonie Amerikas im Verhältnis zu Europa und Japan zeigten Amerikas Verbündete, besonders Frankreich, zunehmend Unzufriedenheit über die amerikanischen politischen und ökonomisch-monetären Privilegien und begannen, auf Strukturveränderungen (wie etwa das internationale Währungssystem von Bretton Woods) zu drängen, innerhalb deren diese politischen und ökonomischen Regelungen getroffen worden waren. Zahlreich waren auch Washingtons Beschwerden über Praktiken der EWG, doch sie konzentrierten sich weitgehend auf drei miteinander verbundene Bereiche: die Präferenzabkommen der Gemeinschaft mit einer zunehmenden Zahl von Staaten, die mehr oder weniger das Meistbegünstigungsprinzip verletzen; die protektionistische Agrarpolitik der Gemeinschaft; und die Tatsache, daß die großen landwirtschaftlichen Überschüsse der Gemeinschaft auf traditionelle Märkte der Vereinigten Staaten geworfen wurden, besonders im Fernen Osten und in Nordafrika. Die Europäer waren demgegenüber der Auffassung, das zentrale wirtschaftliche Problem sei nicht die Handels-, sondern die Geldpolitik, zumal die USA gegenüber der Gemeinschaft ständig eine positive Handelsbilanz aufwiesen. Aus europäischer Sicht handelten die Vereinigten Staaten unverantwort-

lich und auch eigensüchtig, indem sie keine Maßnahmen trafen, um ihren chronischen Zahlungsbilanzproblemen abzuweichen und einen wesentlichen Teil der sich daraus ergebenden Anpassungsbelastung auf ihre europäischen Partner abwälzten.

All dies brachte die Deutschen in eine mißliche Lage. Frankreich forderte die Unterstützung der Bundesrepublik für die gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft, da dies der Eckpfeiler des beim Eintritt in das System der Gemeinschaft geschlossenen französisch-deutschen Wirtschaftspaktes war, der vorsah, daß Frankreich ein Arrangement des freien Zugangs für deutsche Industrieprodukte akzeptierte und dafür im Agrarsektor Vorteile erlangte. Die Vereinigten Staaten wiederum bestanden auf finanzieller Unterstützung durch die Bundesrepublik, was den Devisenausgleich für Militärausgaben, Rüstungskäufe in den USA und andere Vereinbarungen zur Lastenteilung innerhalb der NATO einschloß, um die Spannungen zu mindern, die sich zwischen den drei zentralen Grundsätzen des Bretton-Woods-Systems entwickelt hatten — der Dollar-Gold-Parität, der festen Wechselkurse und der freien Konvertierbarkeit der Währungen.

Die Fiktion, daß Bretton Woods nach wie vor funktioniere, ließ sich ohnehin nur deshalb aufrechterhalten, weil die Deutsche Bundesbank sich 1967 verpflichtete, Dollars nicht in Gold einzutauschen, und weil sie es im allgemeinen vermied, diese Ordnung, das Bretton-Woods-Monetärsystem, zu erschüttern, wie es Frankreich zu politischen Zwecken tat. Doch obwohl die Bundesrepublik in den 1960er und den frühen 1970er Jahren mehr unternahm als jeder andere Staat, die Vereinigten Staaten gegen dauernde Angriffe auf den Dollar abzuschirmen, waren die Differenzen zwischen Bonn und Washington über monetäre Fragen grundsätzlicher Natur, denn sie entsprangen gegensätzlichen Auffassungen davon, was verantwortliche Währungs- und Haushaltspraktiken sind. Es hatte sich eine Beziehung beiderseitiger Abhängigkeit entwickelt: Die USA lieferten der Bundesrepublik Sicherheitswerte (worin Washington eine der Hauptursachen seiner Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten erblickte), und die Bundesrepublik revanchierte sich mit direkter und indirekter finanzieller Unterstützung, bis die formellen Ausgleichsregelungen 1976 ausliefen.

#### **Kleine Schritte nach Osten**

Das zentrale Dilemma der bundesrepublikanischen Ostpolitik in den 1960er Jahren bestand

darin, daß Bonn nicht in der Lage war, die politischen und die rechtlichen Aspekte dieser Politik in Einklang zu bringen. Den Deutschen war klar, daß die internationalen Entwicklungen (in Westeuropa wie in Osteuropa, in Washington so gut wie in Moskau) eine Revision der sterilen Bonner Ostpolitik erforderten, doch die legalistischen Beschränkungen, die man dieser Politik in den 1950er Jahren auferlegt hatte, waren in zunehmendem Maße hinderlich geworden und standen einer angemessenen Reaktion auf die politischen Erfordernisse der 1960er Jahre im Wege — eine Behinderung, die auch erklärt, warum sich Bonns Ostpolitik nicht auf die seiner Hauptverbündeten einstellen konnte.

Aus deutscher Sicht war die amerikanische Diplomatie zu ‚konservativ‘, die französische zu innovativ. Washingtons Europapolitik erschien als zu konservativ in dem Sinn, daß sowohl die Kennedy- als auch die Johnson-Administration eine Verständigung mit der Sowjetunion anstrebte, die einen betont bilateralen Charakter hatte und indirekt zur Stabilisierung des europäischen Status quo tendierte. Die amerikanische Koexistenz-Politik stützte sich auf die Annahme, daß das gemeinsame nukleare Risiko und die gemeinsame politische Verantwortung der beiden Supermächte eine Stabilisierung des nuklearen militärischen Kräfteverhältnisses verlangten und daß die beiderseits angestrebte Stabilität der europäischen Ordnung das Weiterbestehen der sowjetischen ebenso wie der amerikanischen Einflußsphäre auf dem Kontinent erforderlich machte. Für Washington war die allmähliche Auflockerung des Warschauer Paktes (ein Prozeß, der im August 1968 teilweise zum Stillstand kam) weniger ein Grund zur Befriedigung als ein Anlaß zur Sorge. Die Fragmentierung des sowjetischen Imperiums in Osteuropa könnte unter Umständen den Kalten Krieg eskalieren und bestenfalls zu einer Auflösung der relativ stabilen und erträglichen europäischen Nachkriegsordnung — kurz, zur Demontage der amerikanischen Doppel-Eindämmungs-Politik — führen.

Die Kennedy-Administration hatte ungeachtet deutscher Bedenken die NATO-Strategie verändert, legte hinsichtlich der Frage der deutschen Einheit wenig Entschlossenheit an den Tag und erstrebte offenbar eine Verständigung mit der Sowjetunion in Europa, notfalls auch auf Kosten deutscher Interessen. Die Politik der Johnson-Administration gab auch Anlaß zur Sorge. Der Präsident persönlich schien in europäischen Angelegenheiten verunsichert und generell uninteres-

siert; und Washington war in zunehmendem Maße mit Vietnam sowie mit der Ausarbeitung einer Rüstungskontrollregelung mit der Sowjetunion beschäftigt. Dies alles machte die Regierung Johnson für die Bundesrepublik zu einem politisch wie psychologisch fernen Verbündeten. Die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten einer Legitimierung der Teilung Europas und Deutschlands — das zentrale außenpolitische Ziel der Sowjetunion in den 1960er Jahren — zustimmen würden, war für Adenauer ebenso wie für Erhard ein Alptraum und blieb eine ständige Sorge während der Amtszeit der Regierung Kiesinger/Brandt, wenngleich bei letzterer bereits Uneinigkeit in der deutschen Frage deutlich wurde.

Während die amerikanische Politik wegen ihrer impliziten Bereitschaft, den europäischen Status quo zu zementieren, für Bonn zu ‚konservativ‘ war, erschien die französische Politik als zu innovativ und dynamisch, da sie letztlich die Auflösung der amerikanischen und der sowjetischen Einflußsphäre in Europa zum Ziel hatte. Angesichts seines Mißtrauens Amerika gegenüber fühlte sich Adenauer gezwungen, Unterstützung für Bonns starre Ostpolitik in Paris zu suchen, obwohl de Gaulle die Oder-Neiße-Linie 1959 anerkannt hatte (eine Voraussetzung seiner Initiativen gegenüber Osteuropa) und obwohl der Bundeskanzler sicherlich gewußt haben muß, daß de Gaulle sich nur für eine solche Lösung der deutschen Frage einsetzen konnte, die hinter einer tatsächlichen Wiedervereinigung zurückblieb. Gewiß wünschte de Gaulle eine Entschärfung der deutschen Frage; er sah in ihr die Hauptursache (und Rechtfertigung) der Präsenz der Supermächte in Europa, eine Ursache, die bei einer Lösung der deutschen Frage entfiel und zur Auflösung der beiden Militärbündnisse des Kalten Krieges führen sowie den Rückzug von Amerikanern und Sowjets aus Europa beschleunigen würde. ‚Europa vom Atlantik bis zum Ural‘ unter Führung Frankreichs sollte an die Stelle der Zweier-Hegemonie treten, die Amerika und Rußland der europäischen Nachkriegsordnung aufgezwungen hatten. Doch bei seiner Annäherung an Osteuropa und die Sowjetunion ging de Gaulle sehr viel weiter, als es der Bonner Regierung angemessen erschien, und die grundlegende Veränderung der französischen Politik gegenüber der Sowjetunion mit der implizierten französisch-sowjetischen Verständigung hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die französisch-deutschen Beziehungen, die ohnehin schon in den Bereichen der

transatlantischen und europäischen Politik angespannt waren.

Kurz, die Politik Washingtons untergrub die politischen Dimensionen der Ostpolitik Bonns, da sie die Zementierung der bestehenden Einflusssphären in Europa in sich schloß und deren zukünftige Legitimierung voraussehen ließ; die französische Politik untergrub die rechtliche Dimension der Bonner Ostpolitik, da Paris, anders als Bonn, die osteuropäischen Staaten als vollwertige diploma-

tische Partner behandelte und dazu die auf die NATO gestützte Sicherheitspolitik der Bundesrepublik mißbilligte. Während die deutsch-amerikanischen Beziehungen der Nachkriegszeit in den 1960er Jahren durch einen Reifungsprozeß gekennzeichnet waren, wiesen sie auch zunehmende Belastungen auf, die sich über ein breites Spektrum von militärisch-strategischen, ökonomisch-monetären und politischen Problemen erstreckten.

### III. Reibungen im Wandel: Die siebziger Jahre

In den 1970er Jahren veränderte sich das globale wie das regionale Kräfteverhältnis, wodurch für die deutsch-amerikanischen Beziehungen neue Möglichkeiten ebenso wie neue Probleme entstanden. Die Ursprünge dieser Veränderungen lagen in den 1960er Jahren und (teilweise) in der unmittelbaren Nachkriegszeit, doch ihre Manifestationen wurden erst in den 1970er Jahren deutlich sichtbar und schufen ein erheblich unterschiedenes internationales Umfeld für die deutsch-amerikanische Diplomatie, was auch für die innenpolitischen Grundlagen der deutsch-amerikanischen Beziehungen Konsequenzen hatte.

Da war, vor allem anderen, der relative Niedergang der amerikanischen Macht. Am Ende des Zweiten Weltkriegs und zu Beginn des Kalten Kriegs besaßen die Vereinigten Staaten unanfechtbare wirtschaftliche Hegemonie; sie kontrollierten das internationale Währungssystem, das sie geschaffen hatten; sie standen auf dem Gipfel des internationalen Prestiges und politischen Einflusses; und sie besaßen eine unverwundbare nukleare Streitmacht, die die Sicherheit Amerikas und seiner Verbündeten garantierte. Drei Jahrzehnte später mußten die USA ihre wirtschaftliche und monetäre Vormachtstellung mit Westeuropa und Japan teilen, waren gezwungen, den sowjetischen Paritätsanspruch hinsichtlich des nuklearen Potentials anzuerkennen und hatten wegen Schwächen in ihrer Außen- und Innenpolitik einen Schwund an Prestige und Einfluß erlitten.

Mit diesen Entwicklungen sowie mit dem wachsenden Selbstbewußtsein Westeuropas verband sich die Erkenntnis auf beiden Seiten des Atlantiks, daß die amerikanischen und westeuropäischen Interessen nicht mehr so stark übereinstimmten, wie dies in der Nachkriegszeit der Fall gewesen zu sein schien — eine Erkenntnis, die

sich in einer Anzahl von äußerst wichtigen Aspekten der deutsch-amerikanischen Beziehung widerspiegelte.

#### **Ost-West-Entspannung, deutsche Ostpolitik und die politische Ordnung Europas**

Der Regierung Brandt/Scheel, die im Herbst 1969 die Macht übernahm, war klar, daß eine deutsche Annäherung an den Osten und die Koordination der deutschen Diplomatie mit den Entspannungsbemühungen der Westmächte die formelle Anerkennung des europäischen Status quo durch Bonn voraussetzte. Durch die Einstellung der westdeutschen Außenpolitik auf die Dynamik der Entspannungspolitik — daß herausragende außenpolitische Ziel des Warschauer Paktes ebenso wie des atlantischen Bündnisses — hoffte Bonn, eine konstruktivere Haltung gegenüber dem Osten aufzubauen, mit den internationalen Entwicklungen Schritt zu halten, die diplomatischen Einflußmöglichkeiten zu erweitern und damit die diplomatische Ost-West-Konstellation mitzubestimmen, in der politische, strategische und wirtschaftliche Fragen zusammengekoppelt waren. Aus historischen und geographischen Gründen sowie wegen der ständigen Frage der deutschen Einheit waren die Bestrebungen und Hoffnungen, die in einer westlichen Entspannungspolitik Ausdruck fanden, für die Bundesrepublik besonders bedeutsam; die Regierung Brandt war bereit, den unentbehrlichen Beitrag zu ihrem Erfolg zu leisten — durch das Akzeptieren des europäischen Status quo.

Die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel trug auch zur Ergänzung ihrer Sicherheitspolitik bei — nicht etwa, weil sie die strategische Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA oder ihr Engagement für die NATO verminderte, sondern weil



die Bereitschaft Bonns, den territorialen Status quo zu akzeptieren, die deutschen Sicherheitsprobleme bei deren politischen Wurzeln packte. Im Gegensatz zu den 1950er und 1960er Jahren, als die Sicherheitspolitik Bonns den Ost-West-Konflikt widerspiegelte und eher verschärfte, überwand die neue Ostpolitik diese krassen Widersprüche. Indem sie die aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden territorialen und politischen Realitäten anerkannte, ließ die Bundesrepublik ihre Sicherheitspolitik und ihre Ostpolitik ineinandergreifen, entwickelte damit auch eine konstruktivere Haltung zur Rüstungskontrolle und paßte die westdeutsche Außenpolitik der Dynamik der Ost-West-Entspannung an.

Die Anpassung der deutschen Diplomatie an die Entspannungspolitik der Westmächte Anfang der 1970er Jahre war jedoch nicht leicht. Wenngleich die Bonner Ostpolitik anderen dynamischen westlichen Initiativen gegenüber dem Osten nachfolgte und nicht vorgriff, zeigte doch die anfängliche Reaktion ihrer Partner (besonders in Washington) den Deutschen, daß ihr eigenes Vorgehen ein prekäres Gleichgewicht von Initiative und Zurückhaltung verlangte. Eine zu geringe Bereitschaft, die Ost-West-Verständigung zu unterstützen, hatte ihnen in der Vergangenheit Vorwürfe der Obstruktion eingebracht (insbesondere, wenn Bonn sich in Fragen der Rüstungskontrolle unbeweglich zeigte); eine zu große Begeisterung für die Entspannung weckte Befürchtungen, daß Bonn seine Verbindungen zum Westen schwächen würde, um die Chancen für die deutsche Einheit zu verbessern. Der Verdacht, die Bundesrepublik sei eine tatsächliche oder potentielle revisionistische europäische Macht, die bereit wäre, den Status quo aus den Angeln zu heben, wenn sich eine Gelegenheit dazu böte, lag dicht unter der Oberfläche von vielen politischen, militärstrategischen und wirtschaftlichen Problemen, die zwischen Bonn und anderen Ländern umstritten waren.

Die Deutschen waren wohl die Hauptnutznießer der Entspannung, weil ihre Erwartungen hinsichtlich der Erleichterung menschlicher Kontakte zwischen den beiden deutschen Staaten zumindest teilweise erfüllt wurden und es der Bundesrepublik gleichfalls gelang, ihr internationales Prestige und ihren diplomatischen Einfluß zu erhöhen. Demzufolge blieb die Bundesrepublik während der 1970er Jahre der Entwicklung einer europäischen Ordnung verpflichtet, die diese Gewinne sichern und ausweiten würde, und sie neigte dazu, die Entspannung als einen teilbaren Prozeß zu

betrachten, der gegenüber außereuropäischen Störungen abgeschirmt werden sollte. Andererseits waren sowohl die USA als auch die Sowjetunion, aus je unterschiedlichen Gründen, von den Resultaten der Entspannung enttäuscht; ihr Engagement für den Neuaufbau einer europäischen politischen Ordnung war, wiederum aus unterschiedlichen Gründen, fraglich; und die USA bemühten sich, die Bonner Regierung davon zu überzeugen, daß der Entspannungsprozeß unteilbar und mit der globalen Ost-West-Auseinandersetzung verbunden sei.

### **Wirtschafts- und Währungsbeziehungen**

Die 1970er Jahre brachten nicht nur unterschiedliche Interpretationen von Bedeutung und Ergebnissen der Entspannung, sondern auch eine ganze Serie von Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik in ökonomischen und monetären Fragen.

Die Weltwährungskrise vom Sommer 1973 bildete den Höhepunkt der ökonomisch-monetären Kontroversen zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern des Gemeinsamen Marktes, die sich in den 1960er Jahren entwickelt hatten. Die Krise kündigte eine seit langem überfällige Umstrukturierung des Weltwährungssystems an und betraf sowohl in starkem Maße die wirtschaftliche, strategische und politische Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik als auch die Frage, welchen Teil dieser Rolle die Verbündeten bereit waren, weiterhin zu finanzieren. Die Notwendigkeit, diesen Rahmen zu verändern, stellte sich um so dringlicher angesichts des wachsenden Vorrangs ökonomisch-monetärer über militärstrategische Angelegenheiten und angesichts zunehmender wirtschaftlicher Interdependenz sowie der besonderen politischen und ökonomischen Schwierigkeiten, die sich aus der Erweiterung der europäischen Gemeinschaft und ihrer begrenzten integrativen Dynamik ergaben.

Wenngleich diese Entwicklungen die deutsche diplomatische Position stärkten, weil sie Elemente der Macht in eine Richtung verschoben, in der die Hauptquelle des deutschen Potentials lag, waren ihre politischen, ökonomischen und psychologischen Auswirkungen besonders störend, nachdem Helmut Schmidt 1974 die Kanzlerschaft von Willy Brandt übernommen hatte — weniger wegen des Wechsels in der deutschen Führung, als deshalb, weil die deutsche Ostpolitik ihre dramatischen Höhepunkte überschritten hatte und die weltweite Rezession wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund schob. Mitte und Ende der 1970er

Jahre standen die Westeuropäer nicht mehr so stark im Bann der dramatischen „großen Politik“ der vorangegangenen Jahre; vielmehr waren sie mit den mehr technischen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben beschäftigt, vor die sie sich gestellt sahen: Wirtschaftswachstum und Währungsstabilität, Sicherheit der Versorgung mit Energie und anderen Rohstoffen, eine konstruktive Politik gegenüber der Dritten Welt und die Umgestaltung von EG-Strukturen zwecks Durchführung dringend notwendiger Reformen und Eingliederung neuer Mitgliedstaaten. Bei all diesen Aufgaben, die koordinierte und somit sorgfältig abgemessene Schritte verlangten, wurde deutlich, daß die Wirtschaftspolitik eine stetige, grundlegende und vielleicht entscheidende Rolle spielte, wobei sich der Bundesrepublik große Möglichkeiten boten, Wirtschafts- und Währungspotential in politischen Einfluß umzumünzen.

### Die militärisch-strategische Dimension

Ende der 1960er Jahre näherte sich die Sowjetunion der Parität im Potential an Langstreckenraketen mit den Vereinigten Staaten. Das zwang Washington dazu, den Automatismus seiner Kernwaffengarantie gegenüber Europa einzuschränken. Auf deutscher Seite bestand weniger Anlaß, die amerikanische Verpflichtung gegenüber Europa in Frage zu stellen — nicht nur wegen einer veränderten Einschätzung der Bedrohung durch die Sowjetunion, sondern auch, weil die (durch die NATO symbolisierte) transatlantische Sicherheitspartnerschaft in vieler Hinsicht zu einer bilateralen deutsch-amerikanischen Übereinkunft geworden war. Als die amerikanische Sicherheitspolitik und Bündnisdiplomatie in die weniger kompetente Regie der Carter-Administration überging, und als die deutsche Politik von dem bestimmteren und schärferen Stil Helmut Schmidts geprägt wurde, kamen politische Differenzen — in die Sprache der strategischen Doktrinen gekleidet — jedoch rasch wieder zutage.

In einem sehr erheblichen Ausmaß drehte sich die neu entstehende Debatte der späten 1970er Jahre über die transatlantische Sicherheit um die immerwährend störrische Frage der Vorverteidigung und das damit verwandte Problem der „konventionellen Pause“. Gewiß erneuerte Präsident Carter die amerikanische Verpflichtung auf das Prinzip der Vorverteidigung, und er schloß auch den Einsatz taktischer Kernwaffen nicht prinzipiell aus. Die zentrale Frage jedoch — der Zeitpunkt einer taktischen nuklearen Reaktion —

blieb so unklar wie je zuvor. Da viele deutsche Militärs taktische Kernwaffen als ein essentielles Glied in der Eskalationskette von einer konventionellen Reaktion bis zu einem strategischen nuklearen Schlagabtausch zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten betrachteten, sah man in der amerikanischen Ambivalenz hinsichtlich der Frage, wann (oder sogar ob) taktische Kernwaffen eingesetzt würden, eine massive Gefährdung für die Gesamtheit der NATO-Eskalations-Leiter, was zu einem Abkoppeln der amerikanischen Kernwaffengarantie für Europa führen würde.

Während die europäischen NATO-Mitglieder und vor allem die Bundesrepublik die Auffassung vertraten, ihre Sicherheitsinteressen seien am besten durch die Drohung gewahrt, Kernwaffen in einem frühen Stadium eines konventionellen Krieges einzusetzen, wünschten die USA, daß dieser Augenblick so lange wie möglich hinausgeschoben würde. Während europäische Strategen amerikanische taktische Kernwaffen als das essentielle Glied zwischen den strategischen Kernwaffen der Vereinigten Staaten und dem amerikanischen Potential auf einem europäischen Kriegsschauplatz betrachteten, die ein Symbol für Washingtons Entschlossenheit darstellten, für seine europäischen Verbündeten das Risiko der Eskalation einzugehen, galten taktische Kernwaffen in den Augen amerikanischer Strategen als eine Art Reserve für den Fall, daß die konventionelle Verteidigung der NATO versagte, sowie als ein Mittel zur Begrenzung des Konflikts auf den Kontinent und zur Verhinderung einer Eskalation. Während Amerikas NATO-Partner an der vordersten Verteidigungslinie keine Strategie akzeptieren konnten, die eine längere konventionelle Kriegführung auf Kosten ihrer Bevölkerung und ihres Territoriums bedeutete, mußten die USA die potentielle nukleare Vernichtung Amerikas in Rechnung stellen und waren deshalb bestrebt, den Einsatz von Kernwaffen hinauszuzögern.

Diese unterschiedlichen Perspektiven, die sich aus der Tatsache ergaben, daß die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten und Westeuropas nicht deckungsgleich waren, wurden besonders verdeutlicht durch die Aufregung innerhalb der NATO angesichts von Präsident Carters Schwanken bei der Entscheidung über die Entwicklung und Aufstellung von Neutronenwaffen, da einige europäische Strategen solche Sprengköpfe mit verstärkter Strahlung, die wirksam gegen Panzer und gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt werden konnten, als einen Ausgleich für die Schwäche der

NATO im Bereich der konventionellen Streitkräfte ansahen. Auch wirkte es keineswegs beruhigend auf die Deutschen, als amerikanische Journalisten Auszüge aus dem Presidential Review Memorandum 10 veröffentlichten, worin sich neben anderen Optionen ein Vorschlag an Präsident Carter fand, man sollte Westeuropa vielleicht nicht entlang der Grenze zwischen West- und Ostdeutschland, sondern entlang Weser und Lech verteidigen. Zwar hatten NATO-Planer schon seit langem die militärische Praktikabilität einer Verteidigung Europas an der Grenze der Bundesrepublik zur Deutschen Demokratischen Republik und zur Tschechoslowakei in Frage gestellt, jedoch war es politisch zwingend notwendig, den Deutschen zu versichern, daß ihre geographische Lage sie nicht dazu verurteilen würde, das erste (und vielleicht einzige) Opfer eines konventionellen Krieges zu werden.

### Die Frage des eurostrategischen Gleichgewichts

Ende der 1970er Jahre wurde die zwanzig Jahre alte Frage des Kernwaffengleichgewichts zwischen Ost und West in Europa, die ein Jahrzehnt lang geruht hatte, erneut mit den dreißig Jahre alten Fragen der Vorneverteidigung, des Zeitpunkts einer amerikanischen nuklearen Reaktion und des Charakters der amerikanischen Kernwaffenverpflichtung gegenüber Europa verbunden. Gegen Ende der Carter- und zu Beginn der Reagan-Administration wurde die Annahme, das Streben nach Entspannung und das nach Abschreckung ergänzten einander — sie bildete das Kernstück der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik in den 1970er Jahren —, in Frage gestellt. Das Hauptproblem betraf das eurostrategische (Mittelstreckenkerntreffen) Gleichgewicht zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. Dieses Gleichgewicht wurde durch die Aufstellung einer großen Zahl von sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen verschoben, auf die seitens der NATO im Dezember 1979 mit dem sogenannten ‚Doppelbeschluß‘ geantwortet wurde, der die Aufstellung von 572 modernisierten amerikanischen Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern ab Ende 1983 vorsah, wenn nicht ein Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion diese Aufstellung unnötig machte.

Hier ist nicht der Ort, sich mit der technischen Komplexität und der politischen Kontroverse im Zusammenhang mit der Frage des eurostrategischen Gleichgewichts auseinanderzusetzen. Doch diese Kontroverse, so wichtig sie als solche bereits ist, gewinnt auf beiden Seiten des Atlantiks eine

Bedeutung, die weit über ihr militärtechnisches Gewicht hinausgeht und sich auf grundsätzliche Fragen über die künftige Gestalt der transatlantischen Allianz und der europäischen politischen Ordnung erstreckt. Deutsche Haltungen zur Frage des eurostrategischen Gleichgewichts wurden in einer Art und Weise gebildet oder auch verfestigt, die sich auch auf benachbarte Bereiche der deutsch-amerikanischen Beziehungen erstreckten und diese auf Jahre hinaus beeinflussen werden. Die komplizierten technischen Diskussionen über Rüstungskontrollmaßnahmen sowie die äußerst emotionalen Reaktionen, die diese Diskussionen oft hervorrufen, stehen in enger Beziehung zu grundlegenden politischen Haltungen (in der Bundesrepublik ebenso wie in den Vereinigten Staaten) zum Charakter des Ost-West-Konflikts, zur Form einer erstrebenswerten regionalen und globalen politischen Ordnung und zu den Prämissen, die den deutsch-amerikanischen Beziehungen zugrunde liegen. Die Tatsache, daß Sicherheitsfragen in den achtziger Jahren erneut zu Hauptproblemen des atlantischen Bündnisses geworden sind, wird damit verständlich, daß diese Probleme, sogar noch mehr als in den 1960er Jahren, politische Ziele widerspiegeln und vorankündigen, die weitaus tiefer gehen als ein numerisches Abwägen des regionalen oder globalen militärischen Gleichgewichts.

Vor allem anderen zeigte vielleicht die Debatte über die eurostrategischen Raketen, daß es bei der Bevölkerung der westlichen Länder keinen breiten Konsens mehr gab hinsichtlich des Charakters und der Intensität der sowjetischen Bedrohung sowie der angemessenen westlichen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion und den politischen Herausforderungen, vor die sich der Westen in den 1980er Jahren gestellt sieht. Viele Westdeutsche waren zwar überzeugt, daß die deutschen Sicherheitsinteressen eine fortdauernde Unterstützung der NATO durch die Bundesrepublik erforderten, sie waren aber nicht daran interessiert, daß zusätzliche Kernwaffen auf ihrem Territorium in Stellung gebracht würden: Im Verhältnis zu ihrer Größe enthielt die Bundesrepublik bereits mehr Kernwaffen als jedes andere Land der Welt; die Sowjetunion erklärte wiederholt, sie betrachte die geplante Aufstellung neuer Mittelstreckenkerntreffen als eine gefährliche Bedrohung, was zu einer Erhöhung der Ost-West-Spannungen führen würde; und es bestand der hartnäckige Verdacht, der durch Erklärungen aus Washington genährt wurde, daß die USA die nukleare Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion anstrebten und daß die Aufstellung von Raketen, mit denen

die Sowjetunion aus Westeuropa getroffen werden könnte, ein Mittel zur Verwirklichung dieser Absicht darstelle. Dies alles unterstrich das zentrale Paradoxon der Haltung der Westeuropäer zu ihrer transatlantischen nuklearen Schutzmacht: Sie scheinen gleichermaßen zu fürchten, daß die Vereinigten Staaten zum Einsatz von Kernwaffen greifen würden — und daß sie es nicht täten. Ebenso stark scheinen sie einen Mangel an Umsicht seitens der Vereinigten Staaten zu fürchten — wie auch einen Mangel an amerikanischer Entschlossenheit. Sie machen sich Sorgen über eine amerikanische Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion, doch befürchten sie auch die Möglichkeit des amerikanischen Unilateralismus und eines amerikanischen Rückzugs aus Europa.

Bedenkt man die Beunruhigung der Deutschen durch die Frage der eurostrategischen Raketen und deren breitgefächerte politische Rückwirkungen, so kann es kaum überraschen, daß diese Beunruhigung sich nicht nur in maßvollen, sondern auch in schrillen Tönen äußerte. Die Amerikaner müssen unbedingt verstehen, daß die eher zurückhaltende Einstellung, die viele Europäer gegenüber ihrem transatlantischen Partner gewonnen haben, sie nicht schon deshalb enger an Moskau heranrücken oder sie zu unzuverlässigen Bündnispartnern werden läßt.

In der Bundesrepublik gibt es ein weites und tiefes Reservoir des guten Willens gegenüber den Vereinigten Staaten, das die unscharfen und durchlässigen Grenzen des Alters, des sozioökonomischen Status und des politischen Bewußtseins überspannt. Doch die Übertragung dieses guten Willens in die praktische Politik, die letztlich den Charakter der deutsch-amerikanischen Beziehungen bestimmt, erfolgt nicht automatisch. Sie verlangt Umsicht und Pflege auf beiden Seiten des Atlantiks, insbesondere bei Sicherheitsfragen, die für die jeweiligen nationalen Interessen als zentral gesehen werden. Die meisten Europäer sind nicht ‚neutralistisch‘ oder ‚anti-amerikanisch‘, doch ihr Vertrauen in die amerikanische Diplomatie muß ständig in der alltäglichen Praxis der amerikanischen Außenpolitik neu verdient werden. Verdient werden muß es auch in der Praxis der amerikanischen Innenpolitik, denn viele Europäer verbinden ihre Beurteilung der Außenpolitik Washingtons mit ihrer Einschätzung des innenpo-

litischen Prozesses in den USA; ihre langfristigen Erwartungen hinsichtlich der politischen Verlässlichkeit und Umsicht ihres transatlantischen Partners entspringen ebenso sehr ihrer Auffassung von der zukünftigen innenpolitischen Ordnung Amerikas wie ihrer Auffassung von der gegenwärtigen amerikanischen Diplomatie.

Wenn die Bundesrepublik dazu beitragen möchte, eine europäische Ordnung zu schaffen, die deutschen Interessen entspricht, und dabei nicht die Unterstützung Amerikas verlieren will, dann muß die deutsche Diplomatie die Tatsache akzeptieren, daß die innenpolitischen Grundlagen für eine konsequente, langfristige Europapolitik in den Vereinigten Staaten nicht mehr so gesichert sind wie in den vorangegangenen Jahrzehnten, und daß Washington höchstwahrscheinlich daran festhalten wird, seine Außen-, militärisch-strategische und Wirtschaftspolitik nicht nur in der Auseinandersetzung mit Gegnern, sondern auch gegenüber seinen Verbündeten mittels einer verkoppelten ‚Linkage‘-Politik zu vertreten.

Wenn die USA die Entwicklung der europäischen Ordnung in konstruktiver Weise beeinflussen möchten, dann muß die amerikanische Diplomatie die Unvermeidlichkeit dieser Entwicklung ebenso akzeptieren wie die unumgänglichen Neuerungen, die sie begleiten werden. Was erforderlich ist, und was viele Europäer begrüßen würden, ist eine Umstrukturierung der politischen Landschaft Amerikas, in der ein aufgeklärter, verantwortlicher ökonomischer Konservatismus von Rüstungsbesessenheit abgekoppelt und mit einer Haltung in militärisch-strategischen Fragen zusammengefügt wird, die ihre zentrale Rolle für die amerikanische Sicherheit hinnimmt, aber sich ihrer geringfügigen Bedeutung im Alltagsgeschäft der amerikanischen Diplomatie bewußt ist. Ohne eine solche Umstrukturierung wird es schwierig sein, Verbündete in Europa davon zu überzeugen, daß die amerikanische Politik einer ausgereiften Inrechnungstellung gemeinsamer und widersprechender Interessen Ausdruck gibt. Der Boden, der in den 1980er Jahren überquert werden muß, ist steinig, aber es ist auch ein gemeinsamer Boden, der nicht völlig unabgesteckt bleiben muß, selbst wenn jede Seite eine etwas unterschiedliche Richtung einschlägt.

# Nach dem Neokonservatismus der Neoliberalismus?

## Neuere politisch-ideologische Strömungen in den USA

### Abschied vom Neokonservatismus?

Man muß nicht gleich die Existenz einer Gruppe von neokonservativen Intellektuellen für einen von interessierter Seite gepflegten „Mythos“ halten<sup>1)</sup>, um Zweifel an Kohärenz, Dauerhaftigkeit und anhaltendem politischen Einfluß des Neokonservatismus anzumelden. Der Anschein spricht gegen die Zweifel, konzentrieren sich doch Medien und wissenschaftliche Abhandlungen seit geraumer Zeit auf die Publizisten, Sozialwissenschaftler und Denker, die — wie es Peter Steinfels im Titel seines Buches nannte — „die amerikanische Politik verändern“ und die — wie es deutsche Kritische Theoretiker formulieren — die Diagnose und Deutung gesellschaftlicher Krisenphänomene zu einem „Paradigma“ verdichten, das das praktische Handeln politischer Eliten bestimmt<sup>2)</sup>.

Unbestritten ist, daß die amerikanischen Neokonservativen die Parameter der innenpolitischen Diskussion der USA verschoben haben. Sie haben dabei nicht die Politik, jedoch die politischen Legitimations- und Rechtfertigungsmuster zugunsten restaurativ-konservativer Politiken der Reagan-Administration verändert. Eine paradigmatische Generalisierung neokonservativer Positionen aber verfährt zu abstrakt und übersieht so

<sup>1)</sup> Vgl. Seymour Martin Lipset, *Most Jews Are Still Both Democrats and Liberals. Forget the talk of conservatism, „neo“ or otherwise*, in: *The Washington Post National Weekly Edition* vom 14. Januar 1985, S. 22.

<sup>2)</sup> Peter Steinfels, *The Neoconservatives. The men who are changing America's politics*, New York 1979; Helmut Dubiel, *Was ist Neokonservatismus?*, Frankfurt 1985, S. 11; ähnlich auch Jürgen Habermas, *Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik*, in: ders., *Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V*, Frankfurt 1985, S. 30—56. Aus der Publizistik in letzter Zeit: Die Koalition von Geist und Macht. Neokonservatismus in Amerika: Wie ehemals liberale Intellektuelle die Wende vollzogen, in: *DIE ZEIT* vom 4. Oktober 1985, S. 65—67; Michael Schwelien, *Die Rocky-Horror-Reagan-Show. Viel spricht dafür, daß der Reaganismus die Amtszeit des Präsidenten überdauern wird. Konservative Herrschaft ohne Ende?*, in: *DIE ZEIT* vom 14. Februar 1986, S. 33—36.

den nur randständigen unmittelbaren politischen Beitrag des Neokonservatismus zur Entstehung des „New Right“, „Moral Majority“ und republikanischen Altkonservatismus umfassenden neuen Gesamtkonservatismus<sup>3)</sup>. Diese Koalition unterschiedlicher Interessen, Trägerschichten und auch divergierender Deutungen politisch-gesellschaftlicher Wirklichkeit ist durch die Person Ronald Reagans synthetisch verbunden, ohne ihre Integrationsfigur aber auch fragil.

Der Neokonservatismus hat den „Reaganismus“ intellektuell hoffähig gemacht, sozusagen den Brückenkopf für „nervös gewordene Liberale“<sup>4)</sup> gebildet, die durch den Radikalismus von „Neuer Linke“ und „Counter Culture“ konservativ geworden und durch den — vermeintlichen — Mißerfolg der sozialen Programmpolitik der Johnsonschen „Great Society“ enttäuscht worden sind. Die intellektuelle und sozialwissenschaftliche Verarbeitung dieser Erfahrungen zu Krisentheorien (mit zum Teil sehr kurzer analytischer Reichweite) hat den Neokonservatismus — besonders in der Bundesrepublik Deutschland — attraktiv werden lassen für das Studium der Probleme und Krisen westlicher, spätkapitalistischer bzw. postindustrieller Gesellschaften.

Bei diesem transatlantischen Bemühen um eine allgemeine Theorie westlicher Gesellschaften, das auf die fast analoge Krisendiagnose neokonservativer und kritisch-theoretischer Positionen zurückgreifen kann, wird indes der spezifisch ameri-

<sup>3)</sup> Zu den Unterschieden der einzelnen „Konservatismen“: Peter Lösche, *Thesen zum amerikanischen Konservatismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 49/82, S. 37—45; Kurt L. Shell, *Die „Neue Rechte“ und die Reagan-Administration*, in: *Amerikastudien*, 29 (1984) 4, S. 417—437; Nigel Ashford, *Das Versagen des Staates. Der amerikanische Neokonservatismus*, in: Iring Fetscher (Hrsg.), *Neokonservative und „Neue Rechte“*. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik, München 1983, S. 35—65.

<sup>4)</sup> Michael Walzer, *Nervous Liberals*, in: ders., *Radical Principles. Reflections of an unreconstructed democrat*, New York 1980, S. 92—106.

kanische Kontext der Neokonservativen ausgeblendet. Daß Neokonservative ursprünglich liberale Demokraten im politischen wie theoretischen Sinne waren — und nach dem Selbstverständnis einiger auch heute noch sind —, ließ die Neokonservativen als herausragende Theoretiker einer ausgehenden Epoche erscheinen, die die inneren Widersprüche des liberalkapitalistischen Zeitalters noch einmal symptomatisch abbildeten. Unter dem Gesichtspunkt der politisch-kulturellen Analyse der Entwicklungen der amerikanischen Gesellschaft aber erscheinen die Krisenphänomene neokonservativer Theoretiker als transitorische Produkte, die den Bruch des liberalen Konsenses, der die fünfziger Jahre innenpolitisch als sozialliberales Politikmodell und außenpolitisch als bipolaren Systemkonflikt von Demokratie und Diktatur dominierte, rückgängig zu machen versuchen. Insofern ist der Neokonservatismus eine intellektuelle Reaktion, keine politisch bewegende Kraft, ein Krisensymptom gemäß Gramscis Aperçu, daß die Krise genau darin besteht, daß das Alte gestorben und das Neue noch nicht geboren ist, und daß während dieses Interregnums eine Reihe von Krankheitssymptomen auftreten<sup>5)</sup>.

Der Neokonservatismus scheint zumindest von seiner Wertorientierung mehr zur „alten“ Ordnung zu gehören. Sein grundsätzliches Dilemma besteht, wie zu Recht herausgearbeitet worden ist, darin, daß er zugleich den Werten einer organischen, an vormodernen Traditionen orientierten Gesellschaft einerseits und der modernen Produktionsweise des liberalen Kapitalismus andererseits verschrieben ist, die calvinistisches Arbeitsethos, bürgerlichen Wertekanon und identitätsstiftende Institutionen wie Familie, Religion etc. zersetzt hat<sup>6)</sup>. Jene Werte des Kapitalismus gehören für die Neokonservativen notwendig zur ideologischen Grundausstattung der amerikanischen Gesellschaft. Ihre Wiederherstellung ist notwendig, um die Krise des Amerikanismus zu überwinden.

Für die Neokonservativen ist der Bruch des liberalen Konsenses zugleich die Erschütterung der globalen, aber vor allem auch kapitalistischen

Sonderstellung der USA unter den westlichen Industriegesellschaften. Diese Sonderstellung wird als eine besondere liberale Tradition der Vereinigten Staaten gedeutet, die ihren Anfang mit der Revolution von 1776 nimmt und ihre Fortentwicklung zu einer sozialintegrativen und handlungsorientierenden „politischen Philosophie“ in den Jahren nach 1932 erfährt. Liberale Tradition und liberale politische Philosophie bilden das Referenzsystem der Neokonservativen, und zwar in restaurativer Absicht.

Wenn den Neokonservativen nun die Neoliberalen gegenübergestellt werden, so wird damit nicht suggeriert, daß die Neoliberalen die Erben des Neokonservatismus sind. Dazu sind beide Erscheinungen zu verschieden. Allerdings sind die Neoliberalen nicht ohne die Neokonservativen denkbar. Mit noch größerer Berechtigung läßt sich sagen, daß neoliberale Positionen nicht auf der politischen Bühne erschienen wären ohne den Aufflug, den die Reagan-Koalition in zwei Präsidentschaftswahlen hervorgebracht hat, und ohne die grundlegenden politischen, sozialen und ökonomischen Wandlungen der Vereinigten Staaten, die zum einen das liberale Konsensmodell der Nachkriegszeit untergraben, zum anderen die „liberale Philosophie“ des New-Deal-Systems delegitimiert haben.

Was Neoliberale von Neokonservativen hauptsächlich unterscheidet, ist ihr Bemühen, eine politische Antwort auf die liberale Krise und eine politische Strategie aus dieser Krise zu finden. Darüber hinaus aber könnte der Neoliberalismus auch ein Paradigma der postindustriellen Gesellschaft abbilden, das sich nicht im Dilemma des Neokonservatismus verfängt, weil es reformierte liberalkapitalistische Konzepte mit postindustriellen Wertorientierungen verbindet. Während die Neokonservativen Verschiebungen im Wertgefüge beklagen, werden gerade diese von Neoliberalen akzeptiert. Eine neoliberale politische Philosophie bricht herkömmliche Ideologien und komponiert einen fragmentierten Ideologiehaushalt: ökonomischer Liberalismus, weltanschaulich-kulturelle Liberalität und postmaterielle Wertorientierungen<sup>7)</sup>.

<sup>5)</sup> Antonio Gramsci, *Selections from the Prison Notebooks of Antonio Gramsci* (hrsg. von Q. Hoare und G. N. Smith), New York 1971, S. 276. Den Neokonservatismus in den politisch-kulturellen Kontext stellen Jakob Schissler, Einleitung: Der Neokonservatismus als Teil der politischen Kultur der USA, in: ders. (Hrsg.), *Neokonservatismus in den USA. Eine Herausforderung*, Opladen 1983, S. 9—22, und Kurt L. Shell, *Neokonservative: Ein neuer Blick auf die Freiheit*, in: CIVIS, 2 (1984) 4, S. 28—36.

<sup>6)</sup> Zu den Widersprüchen Michael Walzer (Anm. 4); Helmut Dubiel (Anm. 2), S. 21 ff.; Jürgen Habermas (Anm. 2), S. 36; Iring Fetscher (Anm. 3), S. 20 ff.

<sup>7)</sup> In der Akzeptanz der „kulturellen Moderne“ liegt die differentia specifica eines Neoliberalismus zum Neokonservatismus. Das übersieht m. E. Helmut Dubiel (Anm. 2), S. 131. Für den französischen Neoliberalismus vgl. Guy Sorman, *La solution liberale*, Paris 1984 (dt.: *Der neue Liberalismus*, Düsseldorf 1986). Zur französischen Diskussion: Roland Höhne/Ingo Kolboom, *Aufstieg, Niedergang und Renaissance des Liberalismus in Frankreich*, in: Hans Vorländer (Hrsg.), *Verfall oder Renaissance des Liberalismus in Europa?*, München 1986; vgl. zum folgenden auch: Hans Vorländer, *Neoliberalismus in den Vereinigten Staaten*, in: liberal, 28 (1986) 1, S. 76—87.

## Wer sind die amerikanischen Neoliberalen?

Es ist fast leichter zu sagen, was der amerikanische Neoliberalismus nicht ist. Der gegenwärtige Neoliberalismus ist weder eine intellektuelle noch eine politische Bewegung. Er wird auch nicht durch eine Partei repräsentiert, er hat kein kohärentes Programm. Die Neoliberalen stellen keine geschlossene Gruppe von Politikern, Journalisten, Intellektuellen oder Wissenschaftlern dar. Die Neoliberalen sind auch keine Fraktion in Senat oder Repräsentantenhaus. Schließlich stehen keine Denkfabriken im Hintergrund, so wie das American Enterprise Institute, die Heritage Foundation, die Hoover Institution oder das Manhattan Institute for Policy Research im konservativ-republikanischen Umfeld. Es gibt auch keine Pendanten zu den Hausorganen der Neokonservativen wie „Commentary“, „The Public Interest“ oder — nun — „The National Interest“.

Und doch ist der amerikanische Neoliberalismus kein Artefakt. Er ist, kurz gesagt, der Versuch demokratischer Politiker, den „alten“ Liberalismus der Roosevelt'schen New-Deal-Koalition „neu“ zu formulieren, um die Demokratische Partei in Präsidentschaftswahlen wieder mehrheitsfähig zu machen. Die Erfahrung der letzten fünf Präsidentschaftswahlen, bei denen vier Republikaner und nur einmal ein — konservativer — Demokrat (Jimmy Carter) erfolgreich waren, hat verschie-

dene demokratische Senatoren, Abgeordnete des Repräsentantenhauses und Gouverneure die Schlußfolgerung ziehen lassen, daß die Attraktivität des New-Deal-Liberalismus — und seiner Fortentwicklung durch die „Great Society“ Johnsons — überholt sei und der Liberalismus den „neuen Realitäten“ der achtziger und neunziger Jahre angepaßt werden müsse.

Paul Tsongas, 1978 als der „junior senator“ von Massachusetts (neben Edward Kennedy) in den Senat gewählt, hatte 1980 erstmals einen „New Liberalism“ angemahnt, der sich vom Liberalismus der sechziger Jahre befreien sollte. Seine Forderung nach dem Bruch mit dem Liberalismus der Vergangenheit erregte vor allem deshalb öffentliche Aufmerksamkeit, weil der als progressiv geltende Tsongas seine Rede vor dem linksliberalen Forum der „Americans for Democratic Action“ hielt, die durch ihr Engagement in der Bürgerrechts- und Studentenbewegung Protagonisten des nun von Tsongas verfeimten Liberalismus der sechziger Jahre waren. Tsongas faßte dann 1981 seine Vorstellungen für einen „New Liberalism“ in einem Buch mit dem programmatischen Titel „The Road From Here. Liberalism and realities in the 1980s“ zusammen, verzichtete aber 1984 aufgrund einer schweren Krankheit auf die Wiederwahl als Senator und zog sich aus der aktiven Politik zurück<sup>8)</sup>.

## Der Erfolg Gary Harts

Auftrieb erhielt der „neue“ oder Neoliberalismus als politische Kraft erst 1984, als sich der demokratische Senator Gary Hart aus Colorado um die Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten gegen Ronald Reagan bewarb und für einen Überraschungssieg zuerst in den New-Hampshire-Vorwahlen, dann in weiteren „primaries“ gegen den großen Favoriten — und schließlich Kandidaten — Walter Mondale sorgte. Gary Hart, bis dahin ein unbeschriebenes Blatt in der Bundespolitik, trat als frischer, unverbraucher, mit seinen Cowboystiefeln und seinem mediengerechten Appeal im Habitus Ronald Reagan nicht unähnlicher Kandidat auf und reklamierte „neue Ideen“ für die Demokraten. Dieser Slogan der „new ideas“ und die Aura des himmelstürmenden Außenseiters machten Gary Hart zum ernsthaften Herausforderer eines Walter

Mondale, der schon vor dem Nominierungsprozeß die ausdrückliche Unterstützung der Gewerkschaften erhalten hatte und als langjähriger Parteipolitiker aus der Democratic Farmer-Labor-Party Minnesotas genau jenen Stil des interessen-gruppengebundenen Politikers „altliberalen“ Zugschnitts verkörperte, den Gary Hart mit seinem Motto der „new ideas“ verabschieden wollte. Mondale war der „alte“ Liberale, Hart konnte als „Neoliberaler“ vor allem junge und aufstiegsorientierte Wähler (die „Yuppies“ = Young Urban

<sup>8)</sup> Paul Tsongas, *The Road From Here. Liberalism and realities in the 1980s*, New York 1981; ders., *Heading Home*, New York 1984. Auch Patrick Moynihan hatte 1967 seine bekannte Rede über die Desillusionen liberaler Sozialreformen vor dem Forum der „ADA“ gehalten. Sie gilt als eine der Geburtsstunden der Neokonservativen.

[Upwardly Mobile] Professionals) für sich gewinnen.

Daß Mondale die demokratische Kandidatur erlangte, lag zum einen daran, daß die demokratischen Nominierungsregeln Mondale als Kandidaten der Koalition aus Gewerkschaften, Farmern und anderen Interessengruppen gegenüber einem Außenseiter wie Hart eindeutig bevorzugten (die Zahl der Wahlmännerstimmen war proportional höher als der Anteil der Wählerstimmen in den Primaries). Zum anderen aber stellten sich auch die mangelnde Erfahrung und offensichtliche Substanzlosigkeit Harts heraus, als dieser auf die in einer Fernsehdebatte von Mondale gestellte der Werbung einer Hamburger-Kette entnommenen Frage nach dem Inhalt seiner „neuen Ideen“ — „where is the beef?“ — keine Antwort zu geben mußte. Der von den Medien nach dem Coup von New Hampshire wesentlich mit aufgebaute Hart wurde schließlich von den Medien in seiner Solidität auch wieder demontiert, weil die von ihm vollzogenen Geburtsdatums-, Namens- und Unterschriftenänderungen zu Charakter Schwächen des Kandidaten aufgebaut wurden, die Zweifel an seiner Befähigung, ein so verantwortungsvolles Amt wie das des Präsidenten bekleiden zu können, aufkommen ließen<sup>9)</sup>.

Wichtig an Harts Primary-Wahlkampf war nicht, daß er letzten Endes erfolglos blieb. Langfristig bedeutender war die Tatsache, daß das „Hart-Phänomen“ überhaupt so erfolgreich sein konnte. Es hat den Schwächezustand der Demokraten bloßgelegt, zugleich aber auch Mittel zur Remedur aufgezeigt. Erste offensichtliche Folge ist, daß Gary Hart nach dem Verzicht Edward Kennedys auf eine Präsidentschaftskandidatur 1988 als derzeitiger Favorit für die Nominierung zum demokratischen Kandidaten gilt. Die Absichtserklärung Harts vom 4. Januar 1986, nicht eine dritte Amtszeit im Senat zu suchen, bestätigt die vorher schon offenkundigen Ambitionen, sich um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten zu bewerben.

Zweitens hat Hart in seinen Primary-Wahlkämpfen eine Attraktivität für junge, aufsteigende, öko-

<sup>9)</sup> Vgl. insbesondere die Ausgabe von Newsweek vom 26. März 1984, S. 20ff. Zum Nominierungsprozeß: Garry Orren, *The Nomination Process: Vicissitudes of Candidate Selection*, in: Michael Nelson (ed.), *The Elections of 1984*, Washington 1985, S. 27—82. Das Outsider-Insider-Verhältnis von Hart und Mondale (und die politische Generationsklüft zwischen ihnen) läßt sich bis zum Demokratischen Konvent 1968 zurückverfolgen, vgl. William Schneider, *What The Democrats Must Do*, in: *The New Republic* vom 11. März 1985, S. 17.

nomisch gut situierte Wähler offenbart, die den Demokraten verlorengegangene Wählergruppen zurückgewinnen kann. Mondale hat ein Drittel der Hart-Wähler nicht für sich mobilisieren können. Sie haben in der Präsidentschaftswahl am 6. November 1984 für Ronald Reagan gestimmt. Jene Wählerschicht, die Reagan aus ökonomischen Gründen gewählt hat, aber mit seinen Positionen in bürgerrechtlichen und sozialen Weltanschauungsfragen (Abtreibung, Religion, Minoritäten etc.) nicht übereinstimmt, läßt sich in Wertorientierung und Wahlverhalten als neoliberal bezeichnen und stellt deshalb für neoliberale Politikrichtungen innerhalb der Demokratischen Partei ein bevorzugt umworbenes Wählerpotential dar.

Schließlich hat Hart mit seinem Anspruch, „neue Ideen“ einer „neuen Generation“ zu vertreten, zugleich die Machtansprüche einer neuen Generation von demokratischen Politikern angemeldet, die im Begriff ist, die durch New Deal oder Great Society geprägten Demokraten vom Schlage eines Thomas P. („Tip“) O'Neill (dem im November 1986 scheidenden Sprecher des Repräsentantenhauses) und eines Edward Kennedy abzulösen. Jene jüngeren Senatoren und Abgeordneten des Repräsentantenhauses sind zumeist in den Jahren nach 1940 geboren, gehören zur sogenannten „Baby Boom Generation“, wuchsen in den fünfziger Jahren auf, sind Kinder der Nachkriegsprosperität und haben einen sicheren mittelständischen Wohlstandshintergrund. Ihre politische Sozialisation vollzog sich in den sechziger Jahren. Von entscheidendem Einfluß waren entweder John F. und Robert Kennedy<sup>10)</sup> oder der Vietnam-Krieg und die drei großen Bewegungen der sechziger Jahre: die Antikriegs-, die Bürgerrechts- und die Frauenbewegung. Zu dieser neuen Generationsgruppe demokratischer Politiker, aus der heraus neoliberale Positionen entwickelt werden, gehören neben den schon genannten die Senatoren Paul Simon aus Illinois, John D. Rockefeller 4th aus West Virginia, Albert Gore Jr. aus Tennessee, Christopher J. Dodd aus Connecticut, Max Baucus aus Montana, Dale Bumpers aus Arkansas, Joseph D. Biden aus Delaware und John F. Kerry aus Massachusetts (der in Vornamen und Aussehen an John F. Kennedy erinnert und 1984 als Nachfolger Tsongas in den Senat gewählt worden ist). Von den Abgeordneten des Repräsentan-

<sup>10)</sup> Paul Tsongas, Gary Hart, Bill Bradley (Senator von New Jersey) und Leon Panetta (Abgeordneter aus Kalifornien) sind Kinder republikanischer Eltern und wurden durch die Kennedy-Erfahrungen Demokraten.



tenhauses ist vor allem Richard A. Gephardt aus Illinois zu nennen. Aus dem Kreis der Gouverneure lassen sich zu dieser Gruppe jüngerer, „neoliberaler“ Demokraten die ehemaligen Gouver-

neure von Arizona und Virginia, Bruce Babitt und Charles R. Robb, sowie Bob Graham (Florida), Bill Clinton (Arkansas) und Michael S. Dukakis (Massachusetts) rechnen.

## Themen der Neoliberalen

Neoliberale Politiker und Positionen werden an machtpolitischem Gewicht zunehmen. Damit werden auch die ideenpolitischen Neuansätze deutlicher. Bislang waren inhaltliche Positionen nur sporadisch und vereinzelt besetzt worden. Gary Hart etwa hatte sich für eine Militärreform (allgemeine Wehrpflicht und Änderung der Beschaffungspolitik des Pentagon) eingesetzt und damit das von den Demokraten nach dem Vietnam-Desaster tabuisierte Thema der nationalen Verteidigung wieder aufgegriffen. Bill Bradley und Richard Gephardt hatten einen Steuerreformplan vorgelegt, der in seinem Zuschnitt (Vereinfachung und Reduzierung der Steuersätze) die steuer- und wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der Demokraten neu zu bestimmen suchte. Paul Tsongas hatte mit den Schlagworten von „compassion“ (Mitgefühl) und „realism“ die Richtung liberaler Diskussion angeben und die Verbindung traditioneller demokratischer Werte und neuer politischer Realitäten herausstellen wollen. Aber zu einer intensiven und kohärenten öffentlichen Diskussion über eine Neuorientierung der Politik der Demokraten war es bis zu den Wahlen des Jahres 1984 nicht gekommen. Der überwältigende Sieg Reagans hat jedoch einen Diskurs über die politische und ideelle Rekonstruktion der Demokratischen Partei in Gang gesetzt, der aus dem Schatten einer randständigen Diskussion in der Zeitschrift „Washington Monthly“ herausgetreten ist und nun sowohl die „liberale“ Tagespresse der Ostküste („New York Times“, „Washington Post“, „Boston Globe“) als auch die einflußreichen Magazine wie „The New Republic“, „The Atlantic“ und „Esquire“ umfaßt. Neoliberale Themen erfreuen sich damit zum ersten Mal größerer publizistischer Verbreitung<sup>11)</sup>.

<sup>11)</sup> Das „Washington Monthly“ ist nur in Insiderkreisen bekannt, nimmt jedoch — nicht ganz zu Unrecht — in Anspruch, als erste Zeitschrift konsequent neoliberale Positionen vertreten zu haben. Der Herausgeber Charles Peters hat auf jeden Fall den Begriff „Neoliberalismus“ in die öffentliche Diskussion eingeführt. Er hat auch ein erstes „Neoliberales Manifest“ veröffentlicht und ein Symposium veranstaltet. Beide sind dokumentiert in Charles Peters/Phillip Keisling (eds.), *A New Road for*

Dabei wird deutlich, daß „Neoliberalismus“ mehr bedeutet als eine instrumentelle Wählermaximierungsstrategie. Im Kontext der amerikanischen Innenpolitik und der sogenannten amerikanischen liberalen Tradition werden Konturen, Absichten und Stellenwert einer „neuen“ liberalen Politikrichtung deutlich, die — von außen betrachtet — so neu nicht ist, gliedert sie sich doch in ihrer ökonomischen Schwerpunktsetzung in den kapitalistischen „mainstream“ der Vereinigten Staaten ein, wobei aber postindustrielle Nuancen der Wertorientierung durchschimmern, die sie von neokonservativen Positionen wieder unterscheiden:

1. Neoliberale wollen Anschluß finden an die zentralen Werte des amerikanischen Mittelstandes (Leistung, Erfolg, Familie etc.). Nach ihrer Auffassung ist der Verlust an Wählern aus dem weißen Mittelstand die Ursache für die Niederlagen in vier der letzten fünf Präsidentschaftswahlen.

America. *The Neoliberal Movement*, Lanham — New York — London 1985. Journalistische Schüler von Peters' „Washington Monthly“ vertreten heute neoliberale Positionen als Redakteure von „The Atlantic“ (James Fallows) und „The New Republic“ (Michael Kinsley). Publizistischen Rückenwind bekommen Neoliberale ferner von Hendrik Hertzberg, Morton Kondracke (beide „The New Republic“), Tom Wicker („New York Times“), David S. Broder („Washington Post“), Robert M. Kuttner („Boston Globe“), Robert M. Kaus („Harper's“). Randall Rothenberg (jetzt „Esquire“) hat in seinem Buch: *The Neoliberals. Creating the New American Politics*, New York 1984, die disparaten Positionen der vom „alten“ Liberalismus abweichenden Politiker zusammengetragen. Das Buch suggeriert eine Konsistenz und Systematik „des“ Neoliberalismus, die so nicht existieren. Das hängt weniger damit zusammen, daß der Neoliberalismus noch jung ist, als vielmehr mit der generellen Theorie- und Ideologieabneigung der amerikanischen Politik. Demokratische Politiker des Südens scheuen das Etikett „liberal“ in jedweder Zusammensetzung, weil es mit dem Ostküstenestablishment in Zusammenhang gebracht wird. Ostküstendemoskraten scheuen das Präfix „neo“, weil es sie zu Konservativen unter progressiven Liberalen stempelt. — Wenn jedoch der Sammelbegriff „Neoliberalismus“ gebraucht wird, so geschieht das in heuristischer Absicht zur Bezeichnung von Positionen und Politikern, die sich von neuen Konservativen ebenso unterscheiden wie von alten Liberalen.

2. Dieser Wählerverlust ist nach ihrer Ansicht darauf zurückzuführen, daß die traditionelle Politik der Demokraten an speziellen Interessengruppen (Gewerkschaften, Farmer, Minderheiten wie Schwarze, Hispanics, Homosexuelle und Frauenbewegung) orientiert gewesen sei, die aufgrund sozioökonomischer Strukturwandlungen nicht mehr den „mainstream“ der amerikanischen Gesellschaft verkörpern.

3. Des weiteren seien die traditionellen Instrumente der Politik der Demokraten staatszentriert gewesen. Mit staatlichen Programmen wurden Sozialversicherungen und staatliche Wirtschaftsstimulanzien geschaffen (New-Deal-Politik) und der Kampf gegen die Armut geführt (Great-Society-Politik). Staatliche Programme aber hätten die Demokraten zur Partei des Geldausgebens und der Interessengruppen werden lassen. Dieser „Interessengruppen-Liberalismus“<sup>12)</sup> sei das Gegen-

stück zu „big government“. Big Government aber bedeute Zentralisierung und Regulierung. Nach der Etablierung des Wohlfahrtsstaates gebühre nun der „Befreiung des Unternehmers“<sup>13)</sup> die Priorität demokratischer Politik.

4. Der Schwerpunkt der Politik der Demokraten muß sich deshalb nach Ansicht der Neoliberalen von der Sozialpolitik auf die Ökonomie verlagern. Ökonomisches Wachstum, freies Unternehmertum und Modernisierung veralteter Industrien durch gezielte Industriepolitik sind die Zielgrößen.

5. Voraussetzung einer neu zu orientierenden Politik der Demokraten sei die Loslösung von traditioneller Klientel und sozialliberal orientierter Politik der Vergangenheit. An die Stelle des „alten“ Liberalismus und seiner politischen Repräsentanten müsse nun ein Neoliberalismus treten.

## Neoliberale und Neokonservative — Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Eine neue politische Agenda der Neoliberalen stößt unweigerlich auf die Kritik der „alten“ Liberalen und der bislang angesprochenen Interessengruppen. Arthur Schlesinger Jr. etwa — Historiker und Chronist des Liberalismus von Roosevelt bis Kennedy und Johnson — hält den neuen Liberalen vor, daß sie der Reaganschen Politik nachliefen, den von den Republikanern gesetzten konservativen Rahmen unkritisch akzeptiert, in die Kassandrarufer gegen das „big government“ eingestimmt, den unregulierten Markt als Problemlösungsinstrument wieder hoffähig gemacht und die aufgeblähten Militärbudgets gutgeheißen hätten. Ganz ähnlich bemerkt Victor Navasky von der traditionell linksliberalen Zeitschrift „The Nation“, daß die Neoliberalen in ihrer Liebe zu den großen Konzernen — die den politischen Prozeß dominierten, die Tagesordnung des Kongresses bestimmten und die Verträge mit dem Pentagon festsetzten — das politische Mitgefühl mit den Armen und den Minderheiten verloren hätten.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums begegnet der Nestor des amerikanischen Neokonservatismus, Irving Kristol, dem Prefix-Zwilling Neoliberalismus mit großer Sympathie und rät

an, gemeinsame Sache zu machen. Kristol versteht die Bindung der Demokraten an die Gewerkschaften ohnehin als „anachronistisch“ und denunziert das Eintreten für Minderheitenrechte als „bohemihaft“<sup>14)</sup>. Sind Neoliberale und Neokonservative miteinander verwandt?

1. Der amerikanische Neokonservatismus ist vor allem eine *intellektuelle Bewegung*, die sich um kultursoziologische und außenpolitische Fragen gebildet hat. Der Neoliberalismus hingegen ist eine noch unstrukturierte Ansammlung von Politikern und *politischen Positionen* mit einer eindeutigen *ökonomischen Zielrichtung*. Der Neoliberalismus hat kein explizites Interesse an kultursoziologischen Fragestellungen wie etwa der Rolle der Religion zur Reintegration und Stabilisierung kapitalistischer Wertorientierungen (Kristol, Daniel Bell)<sup>15)</sup>.

2. Auch das Verhältnis zur *Außenpolitik* ist für die Neoliberalen eher eine Frage des nüchternen Kalküls als des moralischen Impetus. Sie sind nicht durch den Kalten Krieg der fünfziger Jahre geprägt, der zahlreiche Neokonservative ihre ehemals sozialistisch-trotzkistische oder linksliberale

<sup>12)</sup> Der Begriff „Interessengruppen-Liberalismus“ stammt von Theodor J. Lowi, *The End of Liberalism. The Second Republic of United States*, New York 1979<sup>2</sup>, S. 42 ff.

<sup>13)</sup> Charles Peters, *A Neoliberal's Manifesto*, in: ders./Phillip Keisling (eds.) (Anm. 11), S. 193.

<sup>14)</sup> Arthur Schlesinger, Victor le Navasky und Irving Kristol, zitiert in: Charles Peters/Phillip Keisling (eds.) (Anm. 11), S. 177, 179, 181.

<sup>15)</sup> Vgl. Irving Kristol, *Reflections of a Neoconservative*, New York 1983; Daniel Bell, *The Cultural Contradictions of Capitalism*, New York 1978; ders., *The Winding Passage*, New York 1980.

Haltung wenden ließ<sup>16)</sup>. Die Neoliberalen sehen aber auch nicht mehr — wie die Liberalen der Anti-Kriegsbewegung der sechziger Jahre — das amerikanische Engagement in Vietnam als Hinderungsgrund einer im nationalen Interesse einer Supermacht liegenden „kraftvollen“ Verteidigungspolitik an. Nur sind die Neoliberalen zu kühle Pragmatiker, als daß sie wie die republikanischen Falken zur Jagd auf das sowjetische „Imperium des Bösen“ blasen würden. Dem entspricht auch ihre eher zurückhaltende wie realistische Einschätzung einer den Interessen der USA adäquaten Außenpolitik gegenüber Mittel- und Lateinamerika. Sie teilen also nicht die neokonservative Weltsicht einer von der Sowjetunion aggressiv vorangetriebenen und von den USA zu begegnenden Globalisierung des Ost-West-Konfliktes. Die von Tsongas geforderte Anpassung an die „neuen Realitäten“ heißt hier die machtpolitische Einstellung auf die Gleichrangigkeit einer zweiten Supermacht<sup>17)</sup>.

Neokonservative wie auch Neoliberale sind beide keine Isolationisten. Während jedoch die Neokonservativen wegen ihrer aus den Zeiten des Kalten Krieges stammenden bipolaren Weltsicht als konfrontative Internationalisten mit einer Tendenz zum aggressiven Interventionismus (Kristol, Jeane Kirkpatrick) zu bezeichnen sind<sup>18)</sup>, lassen sich Neoliberale als Anhänger eines Konzeptes des kooperativen Internationalismus ansehen. Sie setzen auf internationale Verfahren der Konfliktlösung, halten die Mitarbeit in internationalen Organisationen für unverzichtbar und sind

<sup>16)</sup> Zu diesen Wandlungen, die schon mit dem Hitler-Stalin-Pakt einsetzen, jetzt: Richard H. Pells, *The Liberal Mind in a Conservative Age*, New York 1985.

<sup>17)</sup> Zu den neuen außen- und wirtschaftspolitischen Realitäten Robert S. Reich, *Toward A New Public Philosophy*, in: *The Atlantic Monthly*, Mai 1985, S. 68 ff.

<sup>18)</sup> Über Fragen der Außenpolitik scheinen sich die Positionen der Neokonservativen weiter auszudifferenzieren, um nicht zu sagen: auseinander zu dividieren. Generell sind Neokonservative wertorientiert-internationalistisch. Kristol aber radikalisiert seine Position zunehmend. Im Leitartikel der von ihm herausgegebenen neuen Zeitschrift „*The National Interest*“, 1 (1985) 1, propagiert er die Übertragung des Unternehmerprinzips „Lust am Risiko“ auf den „Krieg der Welten“. Mit seiner roll-back-Strategie scheint er Reagan rechts überholen zu wollen. Schon zuvor war die ehemalige UNO-Botschafterin und Neu-Republikanerin Jeane Kirkpatrick zur Leitfigur für die republikanische Rechte geworden. Sie hatte zwischen antikommunistischen und kommunistischen Diktaturen unterschieden, erstere als autoritäre, letztere als totalitäre Systeme bezeichnet und dazu aufgefordert, „traditionelle Autokratien“ zu unterstützen, auch wenn sie „soziale Ungleichheiten, Brutalität und Armut tolerieren“; vgl. Kurt Shell (Anm. 5), S. 35.

— nicht zuletzt um die amerikanische Reindustrialisierung zu forcieren — für Freihandel, internationalen Wettbewerb und gegen Protektionismus.

3. Der deutlichste Unterschied zwischen neokonservativen und neoliberalen Politikpositionen liegt im Bereich der *Bürgerrechtsfragen* und der sogenannten „*social issues*“ (Schwangerschaftsabbruch, Schulgebet, Rolle der Religion im öffentlichen Leben, Rolle der Frau, Pornographie). Neoliberale sind werteliberal. Sie haben ihre politisch formativen Erfahrungen in den sechziger Jahren gemacht; Rechte von Minderheiten und Erfolge der Frauenbewegung sind für sie allgemein akzeptiert. Die von der neuen Reagan-Administration und insbesondere vom erzkonservativen Justizminister Edwin Meese vorgetragenen Anstrengungen, Quoten- und „affirmative action“-Regelungen für Minderheiten zu Fall zu bringen, teilen Neoliberale, anders als Neokonservative, nicht. Erst recht haben sie nichts gemein mit dem Wertekonservatismus der „New Right“ und der fundamentalprotestantischen, von ländlich-südstaatlichen und unteren Mittelschichten getragenen Bewegung der „Moral Majority“. Sie wehren den Versuchen, das Schulgebet im Klassenzimmer wieder obligatorisch werden zu lassen oder die in gleicher Absicht geforderte „Schweigeminute“ in den Schulen einzulegen. Sie sind gegen ein generelles Verbot der „Pornographie“. Andererseits sind Neoliberale aber bereit, Beschlüssen von Gemeinden, die etwa den Verkauf von „Männermagazinen“ untersagen, Rechnung zu tragen. Hier fühlen sich Neoliberale der amerikanischen Tradition der „neighborhood democracy“ sehr stark verpflichtet, sind also eher als „alte“ Liberale bereit, einen, gesamtstaatlich betrachtet, unterschiedlichen Liberalisierungsgrad von gesellschaftlichen Normen hinzunehmen.

Wenn Neoliberale auch kein (neo-) konservatives Roll-back in Bürgerrechts- und sozialen Weltanschauungsfragen befürworten, so können sie aber auch nicht als Förderer von Minderheitenrechten angesehen werden, wie es die Demokratische Partei — zumindest ihr Ostküstenteil — noch in den sechziger Jahren gewesen ist. Der Etikettierung als „McGovernites“ wollen sie entgehen. Der demokratische Präsidentschaftskandidat von 1972, George McGovern, galt als der Kandidat der Minoritäten-Gruppen innerhalb der Partei; er mußte gegen Nixon eine vernichtende Wahlniederlage hinnehmen. Sein Name wird seitdem von konservativen Republikanern benutzt, um die Demokraten als Klientel-Partei von Minderheiteninteres-

sen hinzustellen. Um dieser politisch wirksamen „Verdächtigung“ zu entgehen und das Image eines zentristischen, um die Belange mittelständischer Vorstadt-Wählerschichten bemühten Politikers zu bestärken, hat beispielsweise der 1986 zur Wiederwahl anstehende „neoliberale“ Gouverneur von Massachusetts, Michael Dukakis, homosexuellen Paaren das Sorge- und Adoptionsrecht für Kinder entzogen, das das als „liberalster“ Bundesstaat der USA geltende Massachusetts der in Boston stark öffentlich in Erscheinung tretenden „gay community“ gewährt hatte.

4. Nicht nur amerikanische Neokonservative verweisen als Grundbedingung demokratischen Regierens in Massengesellschaften auf eine nichtpolitische Rahmenkategorie des Politischen: die Transzendenz<sup>19)</sup>. Die Integration der Gesellschaft, die Regierbarkeit in der Demokratie und die Ethik des Kapitalismus seien ohne sinnstiftende und verbindende Religion nicht möglich. Doch amerikanische Neokonservative können für diesen Zusammenhang auf bis heute lebendige religiöse Traditionen, auf den puritanisch-gemeindlichen Ursprung Neu-Englands, aber auch auf die fortdauernde, schon von Tocqueville veranschlagte „religion civile“ und die Persistenz des fundamentalprotestantisch orientierten „Amerikanismus“ verweisen<sup>20)</sup>.

Amerikanische Liberale bemühen nicht die Religion; ihnen geht es nicht um die „Wiederkehr des Heiligen“<sup>21)</sup>. Sie wollen dort, wo sie über ihr enges ökonomisches Anliegen hinaustreten, die republikanisch-kommunitäre Tradition Amerikas als einigendes und verbindendes Prinzip der amerikanischen Gesellschaft wiederbeleben<sup>22)</sup>. Der im gegenwärtigen Amerika vorherrschenden, von links wie rechts beklagten<sup>23)</sup>, von der Reagan-Administration aus ökonomischen Gründen aber hoffierten sozialen Maxime wirtschaftlichen Ei-

gennutzes und individuellen Hedonismus versuchen die Neoliberalen eine „Vision“ von „community“ und „nationalem Interesse“ entgegenzustellen. Dieser Ansatz entspringt aber im Gegensatz zu neokonservativen Positionen nicht der Klage über den Verlust der Religion als sozialer Bezugs- und Kompensationsgröße für das verlorengegangene Gemeinschaftsgefühl. Neoliberale würden eher die funktionelle Expertokratie von staatlichen Programm-Agenturen und Interessengruppen, also das Zusammenspiel von Interessengruppen-Liberalismus und „big government“, für den Verlust von nationaler Idee und Öffentlichkeit verantwortlich machen<sup>24)</sup>.

Die Vorstellungen einer gemeinsamen nationalen „Vision“ nehmen dort gedanklich konkretere Formen an, wo die aus dem puritanischen Kongregationalismus stammende „neighborhood democracy“ oder die aus der republikanisch-humanistischen Tradition und den Bürgerrechtsbewegungen der sechziger Jahre entnommene Konzeption der Bürgerbeteiligung (participation) oder der Arbeitermitbestimmung (worker participation) angemahnt wird. Diese Formen kommunitärer oder ökonomischer Demokratie stimmen mit der Forderung nach Dezentralisierung politischer Artikulations- und Entscheidungsebenen („weg von Washington“ als der Hauptstadt des „big government“) zusammen.

Diese Vorstellungen sind indessen mikropolitische Ersatzstrategien für das bisherige Fehlen einer „großen“ makropolitischen „Vision“, die eine Alternative zum vordergründigen, rhetorisch brillant inszenierten nationalen Patriotismus der Reagan-Republikaner darstellen könnte. Der den „alten“ Liberalen zugerechnete Mario Cuomo, nach Meinungsumfragen zur Zeit der ernsthafteste Konkurrent Gary Harts um die Präsidenten-

<sup>19)</sup> Für Deutschland vgl. etwa Wilhelm Hennis, in: ders./Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hrsg.), Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, Bd. 1, Stuttgart 1977, S. 18.

<sup>20)</sup> Zum „American Creed“ mit den einschlägigen Belegen: Samuel P. Huntington, American Politics: The Promise of Disharmony, Cambridge (Mass.) — London 1981.

<sup>21)</sup> Daniel Bell, The Return of The Sacred? The Argument on the Future of Religion, in: ders., The Winding Passage (Anm. 15), S. 324—354.

<sup>22)</sup> Zu den Traditionen Robert N. Bellah u. a., Habits of the Heart. Individualism and Commitment in American Life, Berkeley 1985.

<sup>23)</sup> Irving Kristol und Daniel Bell einerseits, andererseits z. B. Christopher Lasch, The Culture of Narcissism. American Life in an Age of Diminishing Expectations, New York 1979.

<sup>24)</sup> Zu diesen Problemen vgl. Theodor J. Lowi (Anm. 12) und Samuel H. Beer, In Search of A New Public Philosophy, in: Anthony King (ed.), The New American Political System, Washington D. C. 1978, S. 21 f. — In der teils sozialphilosophisch, teils politisch geführten Debatte um über individuellen Konsumhedonismus hinausgehende Ziele wird der Liberalismus als zugrundeliegende Philosophie haftbar gemacht. Vgl. etwa von einem eher konservativen Standpunkt aus Michael Sandel, Liberalism and the Limits of Justice, Cambridge (Mass.) 1982 und ders., The State and the Soul, in: The New Republic vom 10. Juni 1985, S. 37—40, von links etwa Michael Walzer, Nervous Liberals. Ähnlich der neoliberalen Robert S. Reich (Anm. 17), S. 72: „... liberal pluralism lacked any definition of the public good apart from the sum of individual claims“. Grosso modo kreist die Debatte um die Kompatibilität von republikanischen Gemeinschafts- und Bürgertugenden einerseits und dem Individualismus des liberalen Menschenbildes andererseits.

schaftskandidatur 1988, hat hier einen Vorsprung gegenüber den Neoliberalen. Der charismatische und rhetorisch beeindruckende Gouverneur des Staates New York konnte schon 1984 in seiner viel bewunderten Rede auf dem Nominierungskonvent der Demokraten in San Francisco mit einem Visionsangebot aufwarten: „America: The Great Family.“ Dieser Slogan eines „Altliberalen“ ist deshalb besonders geschickt gewählt, weil er im Gegensatz zur abstrakten „Great Society“-Formel Johnsons die konservativen Träger traditioneller amerikanischer (Familien-) Werte anspricht. Und noch ein weiteres Problem stellt sich für die Neoliberalen. Sie müssen nachweisen, wie sich ihr Community-Anspruch mit dem von ihnen verfolgten Konzept der „Befreiung“ der Unternehmersgesellschaft vereinbaren läßt. Schließlich liegt das Schwergewicht neoliberaler Anstrengung auf dem ökonomischen Thema.

5. Das Zielbild neoliberaler *Wirtschaftspolitik* ist alt: wiederbelebter Unternehmerkapitalismus und Reindividualisierung der „society of opportunity“. Im Gegensatz zu den „alten“ Liberalen wollen Neoliberale keine Umverteilung. Insofern fallen die Neoliberalen in die liberalkapitalistische Tradition der USA zurück und stimmen mit den Republikanern überein. Doch die Instrumente unterscheiden die Ansätze neoliberaler Wirtschaftsphilosophie von den „Reaganomics“, die de facto keinen wirtschaftspolitischen Purismus, sondern eine Mischung aus Fiskalkonservatismus, Monetarismus, konservativer Klientelpolitik und „military Keynesianism“ darstellen.

Neoliberale haben von Vorstellungen einer keynesianisch gesteuerten Nachfragepolitik Abschied genommen, ohne zu Anhängern einer reinen angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zu werden. Sie verstehen sich eher als Theoretiker eines „supply-side liberalism“, der qua Steuerpolitik Forschungs- und Investitionsanreize setzt, andererseits aber durch effektives Staatshandeln die Reindustrialisierung der amerikanischen Wirtschaft befördert. Damit teilen sie nicht den Neolaisser-faire-Kapitalismus der Konservativen, der allein über private Akkumulation und nach den „Gesetzen des Marktes“ die Ökonomie steuern will.

Neoliberale beziehen sich auf Schumpeter, der Innovation über die Risikobereitschaft der Unternehmer sichergestellt sieht. Zugleich üben die Neoliberalen Kritik an unternehmerischer Unbeweglichkeit und Unfähigkeit des Managements großer Konzerne. Die Manager seien in ihrem ökonomischen Verhalten an der Erzielung kurz-

fristiger Profite orientiert, ohne mittelfristig und innovativ zu planen. Lester Thurow, Pate neoliberaler Wirtschaftstheorien und Ökonom am Massachusetts Institute of Technology, hat die Politik der kurzfristigen Profitmaximierung bei gleichzeitiger Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktivität ein „Nullsummenspiel“ genannt. Robert Reich, Harvard-Ökonom, plädiert aus eben diesen Gründen für eine gezielte Industriepolitik, die — anders als Reagans „versteckte“ Industriepolitik qua Haushaltsdefizit, Steuerreform und Verteidigungsausgaben — den Modernisierungs- und Wandlungsprozeß veralteter Industrien sowie die Anpassung der Arbeitskräfte abstimmt und die Produktivität stimuliert<sup>25</sup>).

Damit soll nach neoliberaler Auffassung aber kein planender Staat geschaffen werden. Gerade der über Programme und Agenturen eingreifende Staat des „alten“ Liberalismus wird abgelehnt. Die Rolle des „government“ wird auf die Formulierung einer Industriepolitik und die Förderung einer effektiven Bildungsinfrastruktur beschränkt. Die Reindustrialisierung soll nicht „von oben“ implementiert, sondern in „Kooperation“ von Wirtschaft, Arbeit und kommunaler oder einzelstaatlicher Politik programmiert und umgesetzt werden<sup>26</sup>). Damit kommen neoliberale Wirtschaftsinstrumentarien einem dezentralen Korporatismus-Modell nahe<sup>27</sup>).

Neoliberale — wie auch Neokonservative — beziehen sich immer wieder auf das liberale und kapitalistische Credo, das dem Amerikanismus,

<sup>25</sup>) Robert S. Reich, *The Next American Frontier*, New York 1983; ders. *Reagan's Hidden „Industrial Policy“*, in: *The New York Times* vom 4. August 1985. Reich wie auch Lester Thurow, *The Zero-Sum Society* (1980), grenzen sich deutlich von der konservativen „Bibel“ Georg Gilder, *Wealth and Poverty*, New York 1981, ab. Vgl. zum Gesamtkomplex der Ökonomie auch Randall Rothenberg (Anm. 11), S. 147 ff.; zu den Problemen einer „offenen“ Industriepolitik: Charles R. Foster, *Warum gibt es in den USA keine koordinierte Industriepolitik?*, in: *PVS*, 26 (1985) 2, S. 146—159.

<sup>26</sup>) Über Beispiele auf einzelstaatlicher Ebene berichtet *The New York Times* vom 9. Juni 1985, S. 1 und 54 („New Democratic Governors Seek Blend of Right and Left“).

<sup>27</sup>) Neoliberale attackieren prinzipiell die von Konservativen hingenommene, wenn nicht gar geförderte Vermachtung der Märkte durch konzentriertes Großkapital. Diese Stoßrichtung führt sie aber nicht ganz mit den bundesdeutschen Neo- oder Ordoliberalen der Freiburger Schule (Röpke, Eucken, Rüstow) zusammen. Denn die amerikanischen Neoliberalen greifen nur dort Kartelle an, wo sie der innovativen Modernisierung der amerikanischen Industrie im Wege stehen, aber nicht dort, wo sie zur Erhaltung internationaler Wettbewerbsfähigkeit gebraucht werden. Hier zollen Thurow, Reich und andere dem Primat der Effizienz und Leistungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft Tribut.

der amerikanischen Ideologie und Tradition, inhärent sei. Der Neokonservatismus sieht sich als Verteidiger einer politischen und gesellschaftlichen Nachkriegsordnung, die fest in der liberalen Tradition verankert sei. Dabei sind Neokonservative nach ihrem Selbstverständnis „New-Deal-

Liberales“; ihre Diagnose des Staatsversagens in den sechziger und siebziger Jahren hat sie jedoch zu Skeptikern von sozialstaatlichen Instrumentarien eben dieses New-Deal-Liberalismus werden lassen. Wo ist also der Platz der Neoliberalen in der „liberalen Tradition“ der USA?

## Der Neoliberalismus und die amerikanische liberale Tradition

Der amerikanische Neoliberalismus setzt sich von einem „alten“ Liberalismus ab, der seine Prägung in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts erfahren hat. Daneben bezieht sich das Beiwort „liberal“ aber auch auf die Kennzeichnung der politischen Kultur Amerikas, der politischen Tradition der Vereinigten Staaten. Der Liberalismus der dreißiger Jahre, begrifflich von Franklin D. Roosevelt „erfunden“ und zum Terminus „New Deal Liberalism“ geprägt, stellt für manche Historiker und Sozialwissenschaftler die Abweichung von einer ansonsten durchgängig andersgearteten liberalen Tradition dar. Vielfach auch wird der New-Deal-Liberalismus als das amerikanische Äquivalent zum europäischen Sozialdemokratismus, die Demokratische Partei der Vereinigten Staaten dann als die amerikanische Sozialdemokratie angesehen. Nach dieser Sicht wäre dann der „neue“, der Neoliberalismus wiederum die Abkehr von sozialdemokratischer Politik und die Rückführung liberaler Politik auf die eigentliche „liberale“ amerikanische Traditionslinie. Schließlich fordern Tsongas, Kerry und andere Neoliberale ja die Demokratische Partei auf, sich dem amerikanischen „mainstream“ wieder anzupassen.

Schon Tocqueville hatte vor über 150 Jahren im Hinblick auf die USA bemerkt, daß sich das Land der Früchte der in Frankreich und Europa „geschehenen demokratischen Revolutionen erfreut, ohne daß es diese Revolution durchgemacht hat“<sup>28)</sup>. Die Vereinigten Staaten wurden als bürgerliche Gesellschaft geboren. Es gab in den Kolonien keine Feudalgesellschaft nach europäischem Muster, die durch eine bürgerliche Revolution hätte überwunden werden müssen. Auch der Prozeß der Loslösung vom englischen Mutterland, von manchen Historikern als die eigentliche Revolution betrachtet, verursachte nicht erst die Entwicklung zu einem modernen bürgerlichen Staat, sondern setzte sie fort und schloß sie zum

Teil ab, indem sie vereinzelte feudale Relikte konsequent abschaffte und wesentlich zur Durchsetzung kapitalistischer Produktionsmethoden beitrug<sup>29)</sup>. Diese Einmaligkeit der Entstehung einer bürgerlichen (weißen) amerikanischen Gesellschaft und der Etablierung eines Freiheit und Eigentum schützenden demokratischen Staates ohne Revolution hat den Historiker Louis Hartz zu der These geführt, daß die USA die „liberale Tradition“ schlechthin verkörpern. Die Vereinigten Staaten seien eine weithin ideologiefreie Gesellschaft, dafür aber repräsentierten sie eine Ideologie: die des Liberalismus. Die amerikanische politische Kultur leite sich von Locke ab, sie sei eine „Lockesche Massenbewegung“. Eigentum und freies Unternehmertum, ökonomischer Individualismus und Wettbewerb wurden ganz folgerichtig von Richard Hofstadter als die amerikanischen Glaubenssätze bezeichnet.

Die „ökonomischen Tugenden einer kapitalistischen Kultur“ bildeten den von allen politischen und philosophischen Traditionen — und den Männern, die sie prägten — geteilten Wertekanon<sup>30)</sup>. Die tiefe Verankerung und die über zwei Jahrhunderte fortdauernde Gültigkeit des amerikanischen besitzindividualistischen Liberalismus als Muster von Selbstinterpretation und politischer und privater Handlungsorientierung ist eine Konstante, die das ökonomistische Credo der USA geprägt hat. Mit „America's business is business“ hat Präsident Calvin Coolidge diesen „mainstream“ auf den Begriff gebracht; er ist bestimmend gewesen von den Verfassungsberatungen vor nunmehr knapp 200 Jahren bis zur aktuellen Reaganschen Wirtschaftspolitik, von den ersten Plantagen bis zu den Hochtechnologieparks in Kaliforniens Silicon Valley und an Bostons Route 128.

<sup>29)</sup> Vgl. Horst Dippel, *Die Amerikanische Revolution 1763—1787*, Frankfurt/M. 1985.

<sup>30)</sup> Louis Hartz, *The Liberal Tradition in America*. New York 1955, 5 ff.; Richard Hofstadter, *The American Political Tradition and the Men who Made it*, New York 1973, Einleitung.

<sup>28)</sup> Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, München 1976.

Natürlich hatte und hat ein so extrem individualistischer Liberalismus eine libertär-politische Implikation, die ihn auch vom europäischen — und besonders deutschen — Liberalismus unterscheidet: Dieser Liberalismus ist antietatistisch, er setzt auf Selbsthilfe und Selbstorganisation. Schon Tocqueville hatte die vielen freien Assoziationen beschrieben; Bürgerrechtsbewegungen und Nachbarschaftsinitiativen sind noch heute Ausdruck eines lebendigen „Graswurzel“-Liberalismus. Und auch die unter den Regierungen Carter und Reagan wiederauflebenden Stimmungen und Bewegungen gegen das „big government“ und gegen „Washington“ als den Ort „zentralisierter staatlicher Bevormundung“ sind nicht nur als konservative oder neoliberale Kürzungsstrategien von bundesstaatlichen Sozialprogrammen zu Lasten der Ärmsten oder als Steuerrevolten des prosperierenden Mittelstandes zu deuten, sondern sie sind auch als aktualisierte Manifestationen traditionellen Mißtrauens gegenüber „zuviel Staat“ zu verstehen, was wiederum Kürzungen des Sozialstaates legitimierbar macht. Schließlich ist es dieser individualistische, ins Libertäre tendierende Liberalismus, der — zusammen mit dem kapitalistischen Erfolg(smythos) und der mittelstandsorientierten Politik — Sozialismus und sozialistische, ja ebenfalls sozialdemokratische Parteien zu „ausgeschlossenen Alternativen“ der amerikanischen politischen Kultur macht<sup>31)</sup>.

Wenn die Neoliberalen sich gegen den „alten“ Liberalismus plazieren, meinen sie nicht diesen, im europäischen Kontext der Liberalismus-Ent-

wicklung „klassisch“ genannten politischen wie ökonomischen Individualliberalismus. Mit dem „alten“ Liberalismus meinen sie vielmehr jene Transformation, die Roosevelt in den Jahren der Depression nach 1932 einleitete und teils in Anlehnung an den „New Liberalism“ der englischen Liberalen Partei der Jahrhundertwende, teils um das durch die amerikanische „Progressive Bewegung“ nach 1900 schon besetzte Adjektiv „progressiv“ zu vermeiden, „New Deal Liberalism“ nannte<sup>32)</sup>. Dieser heute so bezeichnete „alte“ Liberalismus war — bezogen auf die amerikanische politische Tradition — aber ein „neuer“, sozialer Liberalismus.

Roosevelt führte den Terminus Liberalismus zum ersten Mal in die politische Umgangssprache ein, um damit seine neue nationale Politik zu kennzeichnen, die mit staatlicher Hilfe aus der Depression und Arbeitslosigkeit herausführen sollte. Es war dies die erste Periode bewußter Ideologisierung von Politik mittels eines „europäischen“ Richtungsbegriffs und zugleich die einzige Periode klassenmäßig gespaltener politischer Landschaft in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Bewußt nannte Roosevelt seine Politik nicht Sozialismus oder sozialistisch, ein solches Etikett hätte nicht der amerikanischen Tradition entsprochen. Selbst die Kennzeichnung seiner Politik nimmt mit dem Begriff des „New Deal“ die ökonomischen Aspirationen des Landes auf und fügt sie, für die nächsten dreißig Jahre der amerikanischen Innenpolitik prägend, mit einem sozialliberalen Politikverständnis zusammen.

## Der Soziale Liberalismus des Roosevelt'schen „New Deal“

Roosevelts Programm des New Deal wich insofern vom bislang dominanten Individualliberalismus ab, als es die Idee der Gleichheit zum expliziten Ausgangspunkt der Politik machte. Es war aber kein egalitärer Sozialismus, den Franklin D. Roosevelt realisieren wollte. Er blieb im ideenpolitischen Rahmen des Liberalismus, veränderte le-

diglich die individualistische Schiefelage des ökonomischen Liberalismus in sozialer Richtung. Die im sogenannten „güldenen Zeitalter“ nach dem Bürgerkrieg bis in die 1920er Jahre erfolgte Konzentration von Kapital in großen Konzernen bei gleichzeitiger Proletarisierung großer Massen machte den amerikanischen Traum des self-made-businessman zu einer hohlen Illusion. Zudem stand der einzelne Arbeiter ohne Verhandlungsmacht und soziale Sicherung den industriellen Monopolen gegenüber. Wo es in anderen industrialisierten Staaten längst entweder eine sozialistische Bewegung oder eine sozialdemokratische Partei und soziale Grund- und Absicherungen gegen die existentiellen Lebensrisiken gab, blühte in den USA immer noch der Liberalkapitalismus.

<sup>31)</sup> Warum es in Amerika keinen Sozialismus gibt, war schon 1906 Werner Sombarts bleibende Frage gewesen. Zu den „excluded alternatives“ der individualistisch-liberalen Tradition Amerikas: Walter Dean Burnham, *The Current Crisis in American Politics*, Oxford — New York 1982, S. 17, 95 ff., 264.

<sup>32)</sup> Im einzelnen dazu Ronald D. Rotunda, *The Liberal Label: Roosevelt's Capture of a Symbol*, in: John D. Montgomery/Albert O. Hirschman (eds.), *Public Policy*, Vol. 17, Cambridge (Mass.) 1968, S. 377 ff.

Erst Roosevelt führte die Sozialversicherung ein. Im Gegensatz zu sozialistischen Programmen aber dachte der New-Deal-Liberalismus nicht daran, Reichtum umzuverteilen. Die einzige Umverteilung, die Roosevelt beabsichtigte, war die von Macht. Die Gewerkschaften konnten zur kollektiven Verhandlungsmacht werden, weil den Industriearbeitern durch den Wagner Act das uneingeschränkte Koalitionsrecht gesichert wurde. Mit Ausnahme des Farmer-Programms, das Preise für landwirtschaftliche Produkte festsetzte, hielt sich aber der Staat des New Deal mit direkten Interventionen in den kapitalistischen (Monopol-) Markt weitgehend zurück. Der New Deal blieb dem amerikanischen liberalen Credo treu: Egalitarismus im Sinne der Herstellung von Chancengleichheit („equal opportunity“) bedeutete die durch den Staat gegebene und gesicherte Möglichkeit der Gegenmachtbildung der Arbeiter auf dem industriellen Markt<sup>33</sup>).

Der Staat als öffentlicher Unternehmer blieb auf wenige Infrastrukturmaßnahmen (Tennessee Valley-Projekt) beschränkt. Allerdings war zum ersten Mal dem „Staat“ eine positive und — durch den National Industrial Recovery Act — rahmenplanende sowie wirtschaftsstimulierende Rolle zuerkannt worden.

In beiden Aspekten bedeutet der New-Deal-Liberalismus eine Angleichung an den europäischen sozialen Liberalismus der Jahrhundertwende<sup>34</sup>). Indes war der soziale Liberalismus Amerikas erfolgreicher. Der Staat konnte sich lange Zeit auf die Rolle des Maklers im Geschäft des Interessengruppen-Liberalismus beschränken. Die Kriegswirtschaft und der Nachkriegsboom ließen ihn auch ökonomisch reüssieren, ohne planwirtschaftliche Instrumentarien anwenden zu müssen. Keynesiansche Wirtschaftspolitik florierte, ohne daß der öffentliche Sektor im gleichen Maße wie in den europäischen Industriestaaten hätte anwachsen müssen<sup>35</sup>).

## Scheitern der „Great Society“ Johnsons

Zugleich markiert der soziale Liberalismus des New Deal, wie er als politische Philosophie in der amerikanischen Innenpolitik bis in die sechziger Jahre bestimmend blieb, die äußerste, durch die individualistisch-liberale politische Kultur der USA determinierte und begrenzte Form sozialstaatlichen Handelns. Dies sollte der Versuch der „Great Society“ Johnsons zeigen, sozialliberale Politikansätze zu sozialdemokratischen Wohlfahrtsprogrammen weiterzuentwickeln. Wo das bundesstaatliche „government“ in Washington eine aktivere wohlfahrtsstaatliche und ökonomische

planende Rolle zu spielen sich anschickte, brach der Konsens des New-Deal-Liberalismus auseinander, attackierten zuerst die Republikaner und Neokonservativen die Ausgabenpolitik und den Interventionismus des Washingtoner „Establishments“, kündigten die Südstaaten-Demokraten, schließlich die Neoliberalen dem „alten“ Liberalismus die Gefolgschaft.

Dabei scheiterten die Programme der „Great Society“, eines sozial weiter vorangetriebenen Liberalismus, nicht durchgängig. Im Kampf gegen die Armut konnte vor allem die Armutsrate unter den Älteren drastisch gesenkt werden. Auch waren die Bürgerrechtsprogramme der Johnson-Administration, die im Zeichen einer kulturellen Gleichheit der amerikanischen Ethnien nicht nur die Gleichheit der Ausgangschance, sondern auch die tatsächliche Gleichberechtigung beabsichtigten, relativ erfolgreich. Beispielsweise hat sich die Anzahl schwarzer Funktionsträger auf allen staatlichen Ebenen drastisch erhöht. Auch ist der Führungsschicht der schwarzen Bürgerrechtsbewegung der ökonomische Aufstieg in die Mittelklasse geglückt (was sie den „amerikanischen Weg“ gehen ließ, die black community nun aber weitgehend führungslos zurückgelassen hat).

<sup>33</sup>) Diesen Aspekt der industriellen Gewaltenteilung als spezifisch amerikanischer Ansatz zur Behebung der Wirtschaftskrise betont: Theo Schiller, „Sozialliberalismus“. Thesen zu einem transatlantischen Vergleich, in: Karl Holl/Günter Trautmann/Hans Vorländer (Hrsg.), Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 171—186. Vgl. zur New Deal-Ära: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Die große Krise in Amerika. Vergleichende Studien zur politischen Sozialgeschichte 1929—1939, Göttingen 1973; Peter Lösche, Industriegewerkschaften im organisierten Kapitalismus. Der CIO in der Roosevelt-Ära, Opladen 1974.

<sup>34</sup>) Zum europäischen Sozialliberalismus jetzt: Karl Holl/Günter Trautmann/Hans Vorländer (Hrsg.) (Anm. 33).

<sup>35</sup>) Vgl. Andrew Shonfield, Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power, London 1965, S. 298 ff.



Schließlich haben eine Reihe von Transferleistungen die (Über-) Lebensbedingungen der Unterschichten verbessert.

Und doch gelten die wohlfahrtsstaatlichen Programme der „Great Society“ in der Sicht der meinungsführenden Schichten heute als gescheitert. Dabei hat der amerikanische Wohlfahrtsstaat — soweit er tatsächlich so zu nennen ist — ein im Vergleich zu Europa bescheidenes Maß an Transferleistungen, Sicherungen und öffentlichen Dienstleistungen entwickelt. Der Steueranteil des Bundes am Bruttosozialprodukt liegt am Ende der

Tabelle westeuropäischer Vergleichszahlen. In der individualistisch-liberalen Grundströmung der amerikanischen politischen Kultur ist selbst ein moderater Wohlfahrtsstaat nicht akzeptabel. Amerika kann sich Umverteilung „nicht leisten“<sup>36</sup>). Auch das neoliberale Bemühen geht nicht um den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, und „alte“ New-Deal-Liberale wollen allenfalls den jetzigen Zuschnitt der Armutsprogramme erhalten und die ärgsten Schnitte gegen eine Koalition von Republikanern und konservativen Südstaaten-Demokraten verhindern.

## Politik für die weiße Mittelschicht

Solange das individualistisch-kapitalistische Credo mit seinem Glauben an Aufstieg und Erfolg — der „amerikanische Traum“ — die Interpretation sozialer Realität und die Orientierung politischen Handelns prägt und die andere erfahrbare Realität von individueller Ohnmacht und Armut einerseits und von kollektiver ökonomischer Machtzusammenballung in den großen Korporationen andererseits überlagert, ist eine auf Umverteilung abstellende Politik nicht legitimierbar. Daß gerade zu einer Zeit, in der jeder siebte Einwohner der USA offiziell als arm registriert ist, fast die Hälfte aller schwarzen Kinder in Armut leben, die Armutsrate auf den Stand von 1963 angestiegen ist, die bescheidenen Ansätze des amerikanischen Sozialstaates ideologisch angegriffen und durch drastische Sparprogramme gestutzt werden<sup>37</sup>), läßt sich zum einen mit einer

verblüffend wirksamen „kognitiven Dissonanz“ zwischen amerikanischer Realität und amerikanischem Mythos erklären. Zum anderen bestimmt die mittelschichtorientierte Interessengebundenheit der amerikanischen Politik gesellschaftliche Interpretation und Orientierung. Die Wahlbeteiligung weist eine klassenmäßige Schieflage auf. Nicht nur, daß die Wahlbeteiligung mit 50—55 Prozent generell sehr viel niedriger ist als in europäischen Staaten. Entscheidend ist, daß die gut ausgebildeten und situierten weißen Mittelschichten des Elektorates in gleichem Maße wie ihre europäischen Äquivalente an Wahlen teilnehmen, daß es aber die Armen und schlechter ausgebildeten Unterschichten nicht tun<sup>38</sup>). Die Folge ist einmal, daß die Interessen der „have-nots“ völlig unzureichend auf dem politischen Markt repräsentiert sind. Und zum zweiten muß eine Partei, die auf der höchsten bundesstaatlichen Ebene Mehrheiten bilden will, die Interessen der weißen Mittelklasse Amerikas ansprechen. Genau das beabsichtigen die Neoliberalen, wenn sie fordern, die Demokratische Partei solle sich dem „mainstream“ Amerikas öffnen.

<sup>36</sup>) So der New Yorker Bankier Felix Rohatyn, in: *The Encounter*, zitiert nach Randall Rothenberg (Anm. 11), S. 148. Zahlen zur „Great Society“ in: *The New York Times* vom 17. April 1985, S. 23. Vergleichszahlen bei Walter Dean Burnham (Anm. 31), S. 296.

<sup>37</sup>) Neueste Zahlen zur Armut in: *The New York Times* vom 28. August 1985; *The Boston Globe* vom 28. August 1985; *The New York Times Magazine* vom 2. und 16. Juni 1985; *Los Angeles Times* vom 28., 29., 30. und 31. Juli 1985. In der Berichtsreihe der *Los Angeles Times* finden sich Zahlen zur Sparpolitik. Die ideologische Kontroverse angeheizt hat das aus konservativer Feder

stammende Buch von Charles Murray, *Losing Ground: American Social Policy 1950—1980*, New York 1984. Dazu die Replik von Christopher Jencks, *How Poor are the Poor?*, in: *The New York Review of Books*, 32 (1985) 8, S. 41 ff.

<sup>38</sup>) Vgl. Walter Dean Burnham (Anm. 31), S. 92 ff.

## Das Ende der New-Deal-Koalition

Die New-Deal-Koalition der Demokraten — Weiße aus den Südstaaten, nordöstliche Industrieregionen, Gewerkschaften, weiße Neueinwanderer irischer, italienischer und polnischer Herkunft und katholischen Glaubens — hatte sich während der Depression der dreißiger Jahre gebildet und dauerte bis in die sechziger Jahre fort. 1968 aber verlor sie ihren Mehrheitsstatus<sup>39</sup>). Die demokratischen Parteiapparate des industriellen Mittleren Westens und der Ostküste verloren an Macht, die Gewerkschaften stagnierten, und der Rückgang des Anteils der gewerkschaftlich Organisierten an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist seitdem dramatisch. Der Sozialaufstieg der Kinder und Enkel der Neueinwanderer machte das Wahlverhalten dieser Gruppe konservativer. Gleichzeitig organisierten sich neue Gruppen innerhalb der Demokratischen Partei, die aus den politischen Bewegungen der sechziger Jahre hervorgegangen waren: Schwarze, Jugendliche, Studenten, Frauen, Hispanics, Homosexuelle und liberale Ostküstenintellektuelle. Die Demokratische Partei wurde im Zeichen der „New Politics“ zu einer Koalition von Minderheitengruppen und geschwächten Gewerkschaften.

Parteianalysen haben dazu angemerkt, daß die überwiegende Mehrheit der — so wäre zu ergänzen: politisch aktiven — amerikanischen Bevölkerung nicht jung, nicht arm, nicht schwarz und nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Gleichzeitig verloren die Demokraten erheblich unter den weißen Südstaatlern, den mittleren Einkommensgruppen und den sogenannten „baby boom yuppies“, den nach dem Zweiten Weltkrieg gebore-

nen, jungen, sehr leistungs- und konsumorientierten Professionellen.

Der ökonomische Konservatismus dieser Gruppen hat wesentlich zum Erfolg der Reagan-Koalitionen 1980 und 1984 beigetragen. Reagan gewann 1984 die Stimmen von 75 Prozent der weißen Südstaatler, 67 Prozent der Jungprofessionals, 52 Prozent derjenigen, die zwischen 10 000 und 20 000 Dollar im Jahr verdienen und sogar 47 Prozent der Mitglieder eines Gewerkschafter-Haushaltes. Für Mondale votierten mehrheitlich die Unterschichten mit weniger als 12 500 Dollar im Jahr (53 Prozent), Schwarze (90 Prozent), Hispanics (65 Prozent), Juden (69 Prozent) und die liberale Ostküstenintelligenz.

Den Hintergrund dieser Änderungen in Wahlverhalten und politischen Mehrheiten bilden die bekannten ökonomischen und demographischen Wandlungen, die sich als Verschiebung des politischen und sozialen Schwergewichts der USA vom „Frostbelt“ zum „Sunbelt“ beschreiben lassen. Dem Niedergang der Montan- und alten Massengüterindustrien steht der Aufstieg neuer Industrien, der Erdöl- und chemischen wie der elektronischen „High-Tech“-Industrien gegenüber. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem im „Sonnengürtel“ der USA hat zwischen 1970 und 1980 eine Binnenwanderung von 20 Millionen Menschen vom Nordosten und Mittleren Westen in die Süd- und Weststaaten ausgelöst<sup>40</sup>). Der traditionelle amerikanische Traum von Unternehmertum und Sozialaufstieg lebt, zusammen mit den konservativ gestimmten Wählern, im Süden und Westen der USA.

### Neoliberalisierung der Demokratischen Partei?

In dieser Situation haben die Demokraten zwei Möglichkeiten, in Präsidentschaftswahlen wieder mehrheitsfähig zu werden. Die kurzfristig erfolgreiche, auch mittel- und langfristig zweifelhafte Strategie wäre die, auf ein Abflauen des seit 1983 anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs oder gar

auf die nächste Depression zu warten und dann in der ökonomischen Krise eine neue New-Deal-Koalition zusammenzustellen. Wer nicht auf die Krise setzt, wird versuchen, dadurch Mehrheiten zu bilden, daß die geographische, rassische und Klassenpolarisierung zwischen Republikanern und Demokraten aufgebrochen, eine Koalition über die Mondale-Wähler hinaus etabliert, ein Präsidentschaftskandidat, der Süd- und Weststaaten-Appeal hat, aufgestellt und schließlich das Thema Wirtschafts- und Sozialpolitik besetzt wird. Die Neoliberalen haben sich für die zweite Strategie entschieden.

<sup>39</sup>) Vgl. zum folgenden Michael Nelson (ed.), *The Elections of 1984*, Washington 1985; Samuel P. Huntington, *The Visions of the Democratic Party*, in: *Public Interest*, (1985) 79, S. 63 ff.

<sup>40</sup>) Im einzelnen: Peter Lösche, *Konservative Wende in den Vereinigten Staaten?*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1985) 2, S. 230 ff.

Die erklärte Absicht neoliberaler Politiker ist es, die demokratische Koalition von Minoritäten und Gewerkschaften zum Mittelstand hin zu öffnen. Damit ist einmal der weiße Mittelstand aus den Vororten der großen Industrie- und Finanzstädte der Ostküste gemeint. Zum anderen sollen die weißen Südstaatler zurückgewonnen werden. Nur jeder vierte weiße Südstaatenbewohner hatte für Mondale gestimmt, und in den verlorenen Wahlkämpfen der Jahre 1968, 1972, 1980 und 1984 haben demokratische Präsidentschaftskandidaten insgesamt nur zwei Staaten des traditionellen Südens gewonnen. Schließlich ist auch an die im neuen Wohlstand lebenden Westküstler gedacht. Seit 1964 hat nur ein nationaler Kandidat der Demokraten einen westlichen Staat für sich gewinnen können: Carter errang 1976 die Mehrheit in Texas. Die Rekonstruktionsbemühungen der Demokraten werden damit insbesondere auf die Mentalität südwestlicher Mittelklassebürger und Politiker eingestellt.

Der zunehmende Druck von Politikern aus dem Sunbelt auf die nationale Organisation der Demokratischen Partei und der große Anteil von Südstaaten-Demokraten unter den Neoliberalen gibt den Demokraten insgesamt ein konservativeres

Image, das nicht mehr vom „altliberalen“ Ostküsten- und Mittelwesten-Establishment bestimmt ist. Schon bei der Präsidentschaftswahl 1984 hatten sich Südstaaten-Demokraten, die sich um ein Mandat in ihrem Heimatstaat oder im Kongreß bewarben, ostentativ von Mondale distanziert und sich geweigert, mit ihm zusammen bei Wahlveranstaltungen oder in Werbespots aufzutreten. Süd- und Weststaaten-Demokraten haben ein eigenes Politikbüro („Democratic Leadership Council“) gegründet, das die Vorstellungen der Sunbelt-Demokraten gegen das von einem „altliberalen“ ehemaligen Mitarbeiter Edward Kennedys (Paul Kirk) geleitete „National Democratic Committee“ öffentlichkeitswirksam vertreten und Geld für Wahlkämpfe ihrer Mitglieder sammeln soll. Auch nimmt der Einfluß der Sunbelt-Demokraten im amerikanischen Kongreß über die Gruppe der traditionell konservativen Demokraten aus den Südstaaten hinaus zu. Um über regionale Majoritäten hinaus auch auf nationaler und höchster Ebene neue Mehrheiten zu schaffen, versuchen die neoliberalen Demokraten an die Werte des weißen Mittelklasse-Amerikas über die Herausstellung neuer Politikthemen zu appellieren. Absolute Priorität kommt dabei der Ökonomie zu<sup>41)</sup>.

## Amerika nach Reagan: Gibt es ein neoliberales Realignment?

Politische Analytiker warten auf das umfassende konservative „Realignment“ in der amerikanischen Innenpolitik wie Estragon und Wladimir auf Godot. Was sich in der amerikanischen Politik alle 28 bis 36 Jahre als entscheidende und dauerhafte parteipolitische Umgruppierung großer sozialer Gruppen darstellen läßt, die neue Wählerkoalitionen, den Wahlausgang und eine Wende in Politik und politischer Agenda bestimmt, hat sich aber entgegen den Erwartungen auch nach den großartigen Wahlsiegen von Reagan 1980 und 1984 nicht eingestellt<sup>42)</sup>. Es ist unbestritten rich-

tig, daß Reagan Ausdruck des neuen Konservatismus ist. Es ist auch zutreffend, daß die Vereinigten Staaten durch den demographischen und geopolitischen Aufstieg des Sonnengürtels in sozialer und ökonomischer Hinsicht konservativer geworden sind. Auch hat der Sozialaufstieg der von den Programmen des New Deal und der „Great Society“ profitierenden Gruppen zu einem politischen Präferenzwandel ehemals demokratisch wählender ethnischer Minderheiten geführt<sup>43)</sup>. Und schließlich hat das intellektuelle Amerika mit dem Neokonservatismus endlich jenen „echten

<sup>41)</sup> Umfragen zeigen, daß die Demokraten einen erheblichen Kompetenzverlust im Bereich der Ökonomie haben hinnehmen müssen, und zwar sowohl bei eigenen Anhängern wie in der Gesamtpopulation und unabhängig von der ideologischen Selbsteinschätzung der Befragten. Vgl. The Washington Post National Weekly Edition vom 25. März 1985, S. 31 (Washington Post-ABC News Pools: Democrats Are No Longer Deemed Better at Reducing Joblessness).

<sup>42)</sup> Zum Begriff und zu den historischen Erscheinungsformen des „realignment“ vgl. die bahnbrechende Arbeit von Walter Dean Burnham, *Critical Elections and*

*the Mainsprings of American Politics*, New York 1970. Den Vergleich mit Beckett macht ebenfalls Burnham, *Revitalization and Decay: Looking Toward the Third Century of American Electoral Politics*, in: *Journal of Politics*, (1976) 38, S. 147.

<sup>43)</sup> Diese Gründe führt Peter Lösche (Anm. 40) als Argumente für ein conservatives Realignment an. Ähnlich: Michael Zöllner, *Die neue Mehrheit und das Ende des New Deal Liberalismus*, in: *Zeitschrift für Politik*, 32 (1985) 4, S. 393 ff. So jetzt auch Jakob Schissler, *Über die Demokratie in Amerika. Amerika nach der Wahl*, in: *Zeitschrift für Politik*, 33 (1986) 1, S. 67—86.

und seriösen Konservatismus“ bekommen, den sich die Linke schon immer gewünscht hatte<sup>44</sup>).

Diese konservativen „Errungenschaften“ mögen als Indizien für eine umfassende konservative Wende angesehen werden. Doch Vorsicht vor einem zu schnellen Urteil scheint geboten, denn von einem europäischen Standpunkt aus gesehen erscheinen die USA in vieler Hinsicht ohnehin als eine sehr „konservative Demokratie“. Zu diesem Urteil führen nicht nur „altväterliche Verfassungstreue“ und „unpolitische Verbraucherhaltung“<sup>45</sup>), sondern auch das Ausbleiben eines „sozialdemokratischen Jahrhunderts“, die Nichtentfaltung eines umfassenden Sozialstaates, die Dauerhaftigkeit des „amerikanischen Traums“ und die Wirksamkeit der „kognitiven Dissonanz“ zwischen amerikanischer Ideologie und sozialer Realität. Auch fundamentalreligiöse Erweckungsbewegungen und kleinbürgerlicher Populismus sind keine neuen Erscheinungen (allerdings ist es das erste Mal, daß dieser Populismus in konservativem und nicht in progressivem Gewande auftritt).

Es scheint, als ob die Vereinigten Staaten zur Zeit einmal mehr der Blüte ihres Amerikanismus, des Glaubens an sich selbst, erlügen. Die sozialliberale Ära des New Deal, die die Nachkriegszeit bis in die sechziger Jahre hinein prägte, erscheint demnach eher als eine Ausnahme in der Geschichte der USA. Die Wiederherstellung des sozialkonservativen Ökonomismus, dem — cum grano salis — auch die Neoliberalen huldigen<sup>46</sup>), bedeutet die Restauration der Normallage. Ob der Blick zurück jedoch ein politiktaugliches Rezept

<sup>44</sup>) So Peter Steinfels (Anm. 2), S. 15.

<sup>45</sup>) So Peter H. Merkl/Dieter Raabe, Politische Soziologie der USA. Die konservative Demokratie, Wiesbaden 1977, S. 3.

<sup>46</sup>) Das Körnchen Salz besteht darin, daß die Neoliberalen nicht an den Sozialleistungen, die Roosevelt während des New Deals einführte, rütteln. Unentschieden sind sie, was die Programme der „Great Society“ angeht. Letztere sind haushaltsrelevant, „empfindlicher“ für Budgetkürzungen, erstere sind größten Teils haushaltsneutrale Leistungen nach dem Versicherungsprinzip. Nach diesem Muster verfahren die bisherigen Kürzungen im Sozialetat, die vor allem die „working poor“, Sozialhilfeempfänger mit geringem Einkommen, betreffen und zu einem Teil auch von konservativen Demokraten — Neoliberalen — mitgetragen wurden. Vgl. Adrienne Windhoff-Héritier, Politik „für die Bedürftigsten und ehrlichen Armen“. Ziele und Folgen der Sparpolitik Reagans im Sozialsektor, in: PVS, 26 (1985) 2, S. 107—128. Den gleichen Effekt hat die „Reorganisation“ des Föderalismus, vgl. Andreas Falke, Der „New Federalism“: Reorganisation der Politikverflechtung oder konservative Strukturveränderung?, in: Amerika-studien, 29 (1984) 4, S. 399—415.

für die innen- und außenpolitischen Problemlagen darstellt, ist eine andere Frage<sup>47</sup>).

Auf der Ebene des Wahlverhaltens hat sich ein konservatives „Realignment“ noch nicht vollzogen. Im Kampf um die innenpolitische Hegemonie hat es die Republikanische Partei bislang nicht vermocht, zur nationalen Mehrheitspartei aufzusteigen. Obwohl sie organisatorisch und politisch vor allem im Süden gegenüber den Demokraten — in der Wählerregistrierung, im Ausmaß der Parteiidentifikation und, in geringerem Maße, in den Staatenparlamenten — aufholen konnte<sup>48</sup>), sind die Demokraten immer noch die landesweite Mehrheitspartei. Sie stellen die Mehrzahl der Gouverneure der Einzelstaaten, beherrschen mehr Legislativen, besitzen immer noch eine Mehrheit im Repräsentantenhaus und haben schließlich gute Chancen, bei den Kongreßwahlen im November 1986 die 1980 verlorengewonnene Mehrheit im Senat zurückzugewinnen. Parteipolitisch sind die Verhältnisse also unentschiedener, als der alleinige Blick auf die Präsidentschaft vermuten läßt.

Aber auch in Präsidentschaftswahlen ist die Lage für die Demokraten nicht hoffnungslos. Eine neo-liberale politische Strategie, die die ökonomischen Interessen und die Wertaspirationen des weißen, wohlhabenden Mittelstandes zusammenfügt und personell wie thematisch darstellt, hat Aussichten, die Reagan-Koalition auseinanderzubrechen.

Die sozialen Gruppen, die den Kalifornier zweimal in das Weiße Haus gewählt haben, sind zu heterogen, als daß ihr Zusammenhalt nach Abgang der Integrationsfigur sichergestellt ist. Die „Führungskraft“ Reagans, das Gefühl der wiedererlangten nationalen Größe und der ökonomische Erfolg haben die Koalitionsgruppen noch einmal geeint. Aber zum einen können neue oder wiederbelebte regionale, sektorale und soziale Reibungen und Interessenkonflikte die konservative Koalition auseinandertreiben. Sie kann auch von außen gefährdet werden, wenn es gelingen sollte, die soziale Schiefelage in der Wahlbeteiligung durch politische Aktivierung von Minoritäten,

<sup>47</sup>) Daß die Amerikaner politisch vorwärtsgehen, indem sie zurückblicken, hat Samuel P. Huntington (Anm. 20), S. 225, versucht zu zeigen.

<sup>48</sup>) Vgl. im einzelnen The Washington Post National Weekly Edition vom 13. Mai 1985 („Down South, Democrats Would Rather Switch Than Lose. The GOP [= Grand Old Party, alte Bezeichnung für die Republikanische Partei, H. V.] is advancing across the Sun Belt“).

Armen und Gruppen mit geringem Einkommen zu beheben.

Schließlich treiben die weltanschaulichen Diskrepanzen die Gruppen der Reagan-Koalition auseinander. Der moralische und religiöse Konservatismus von „Moral Majority“ und Neuer Rechte mit der populistisch vorgetragene Forderung nach dem starken Gesinnungsstaat ist nicht vereinbar mit der Staatsgegnerschaft der Libertären und den liberal-permissiven Wertvorstellungen der „Yuppies“. Die Versuche rechter Republikaner, Amerika auch moralisch umzukrempeln, sind gescheitert.

Daß die jetzige Reagan-Koalition wegen der eingebauten Konflikte und Wertgegensätze nicht sehr stabil ist, daß gar ein Auseinanderfallen in oder nach 1988 nicht ausgeschlossen werden kann, bedeutet umgekehrt noch nicht, daß eine neue Koalition oder gar ein nicht-konservatives Realignment unmittelbar bevorsteht. Die — nicht nur im amerikanischen politischen System — abnehmende Bedeutung von politischen Parteien für die Regelung sozialer Konflikte läßt starke parteipolitische Richtungscoalitionen ohnehin nicht erwarten. Die gestiegene Bedeutung von themenorientiertem und instrumentellem Wahlverhalten hat ehemals stabile Wählerpräferenzen und Wählerkoalitionen anfälliger, wenn nicht gar hinfällig werden lassen. Auch die in anderen fortgeschrittenen Industriegesellschaften zu beobachtenden Tendenzen eines „Dealignment“ machen eine dauerhafte Neugruppierung ebenfalls unwahrscheinlich<sup>49)</sup>.

Kevin Phillips, ein konservativer politischer Analytiker, sieht gar eine programmatische „Balkanisierung“ der amerikanischen Politik voraus und befürchtet eine Weimarisierung des „postkonservativen“ Amerikas. Doch die amerikanische Gesellschaft war schon immer sozial heterogen und ethnisch, religiös und geographisch segmentiert,

<sup>49)</sup> Vgl. Walter Dean Burnham (Anm. 31), S. 121 ff. (The Appearance and Disappearance of the American Voter); Scott C. Flanagan/Russell J. Dalton, Parties Under Stress: Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Societies, in: West European Politics, 7 (1984), S. 5 ff.

so daß nur der Wunsch nach einer homogenen, formierten Gesellschaft den Eindruck der „Balkanisierung“ entstehen lassen kann. Eine autoritär-faschistische Lösung segmentierter Konflikte, wie sie Phillips suggeriert<sup>50)</sup>, ist der amerikanischen politischen Kultur zudem völlig „wesensfremd“. Der starken Stellung des Präsidenten im amerikanischen Regierungssystem und der Vorliebe der Amerikaner für starke Führungspersonlichkeiten („strong leadership“) setzt das individuell liberale und antistaatliche Credo des Amerikanismus ein deutliches Gegengewicht. Wenn Phillips mit „Balkanisierung“ eine programmatische Fragmentierung meint, könnte er allerdings recht haben.

Vieles spricht dafür, daß unterschiedliche Interessen, Konfliktlagen und Werteaspirationen nebeneinander bestehen bleiben, ohne daß sie sich politisch eindeutig in eine progressive oder konservative Richtung abschleifen oder integrieren lassen. In der liberalen Tradition der USA, in der der mittelständische Wirtschaftsbürger Politik und Gesellschaft prägt, wird der „mainstream“ jedoch immer ökonomisch determiniert sein. Zugleich hat sich aber das Werteverhalten der in die Meinungsführerschaft hineinwachsenden Generation infolge der „Revolution der Werte“ der sechziger Jahre entscheidend gewandelt. Eine politische Strategie, die Ökonomismus und weltanschaulich-kulturelle Liberalität in einer neoliberal zu nennenden „public philosophy“ verbindet, hat Chancen, die Gemütslage der amerikanischen Gesellschaft zu treffen<sup>51)</sup>.

<sup>50)</sup> Kevin P. Phillips, Post-Conservative America: People, Politics and Ideology in a Time of Crisis, New York 1983, S. 73 ff., 155 ff.

<sup>51)</sup> Es ist nicht sicher, aber doch wahrscheinlich, daß sich die Demokraten erfolgreich dieser Strategie auf nationaler Ebene bedienen können. Theoretisch könnte auch ein moderater Republikaner (oder ein Kandidat, der sich dafür ausgibt) mit einem neoliberalen Programm reüssieren, wie es etwa der wiedergewählte Gouverneur von New Jersey, Thomas Kean, getan hat oder ein im Grunde sehr (wert-)konservativer Jack Kemp für die Präsidentschaftswahl 1988 versuchen könnte. Nur dürfte ein Republikaner größere Schwierigkeiten haben, eine mehrheitsfähige, liberal tendierende nationale Koalition hinter sich zu bilden.

## **Gesine Schwan: Das deutsche Amerikabild seit der Weimarer Republik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/86, S. 3—15

Seit ihrer Entstehung galten die Vereinigten Staaten von Amerika den Deutschen als negatives oder positives Symbol. Infolge ihres Eingreifens in die europäischen Geschicke im Zuge des Ersten Weltkriegs hat sich diese symbolische Bedeutung erheblich verstärkt.

Die Bilder, die sich die Deutschen von Amerika seither machen, werden maßgeblich von deren politischer Einstellung und sozialer Herkunft geprägt. Für sie lassen sich vier Indikatoren herausstellen: die liberale Demokratie, die Industrialisierung und Modernisierung, der Kapitalismus und die geistige Tradition von Rationalismus und Pragmatismus. Trotz vielfacher Facetten und gegensätzlicher, aber sich überschneidender Motive ihrer Träger kann man während der Weimarer Republik die deutschen Amerikabilder in prinzipiell proamerikanische und antiamerikanische unterscheiden. Der gemeinsame Nenner der antiamerikanischen ist die Gegnerschaft gegen den politischen und ökonomischen Liberalismus. Auf der Rechten folgt sie aus nationalistischen anti-egalitären, anti-industriellen, anti-technischen, anti-rationalistischen und anti-individualistischen Motiven, die vom Leitbild einer organischen Gesellschaft ausgehen. Auf der Linken wirken ebenfalls anti-individualistische Motive, aber im Gegensatz zur Grundidee einer egalitär-kollektivistischen Gesellschaft. Die Linke ist weder anti-industriell, noch anti-rationalistisch, noch anti-technisch. Proamerikanisch eingestellt sind die reformistischen Sozialdemokraten und Gewerkschafter, das eindeutig prorepublikanische liberale Bürgertum, technische und wirtschaftliche Berufe und eine kleine Zahl modernistischer Intellektueller. Der Antiamerikanismus findet sich bei der feudalistisch-reaktionären Rechten, beim weitgehend nationalistischen Bildungsbürgertum einschließlich der meisten Intellektuellen, bei den Kommunisten und den orthodox-marxistischen Linkssozialisten. Seit dem Ende der sechziger Jahre haben nach einer Phase des weitverbreiteten Proamerikanismus die traditionellen deutschen Leitmotive des Antiamerikanismus wieder zunehmend an Boden gewonnen. Die historische Perspektive zeigt die Gefahren deutscher Fehleinschätzung Amerikas besonders deutlich.

## **Wolfram F. Hanrieder: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den Nachkriegsjahren**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/86, S. 16—28

Eine wesentliche Zielsetzung — vielleicht ein Paradoxon — der alliierten und besonders der amerikanischen Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland der fünfziger Jahre bestand darin, daß die Westdeutschen frei werden sollten und gleichzeitig nicht frei: Die Deutschen sollten frei sein hinsichtlich der persönlichen Grundrechte und der Verfassungsgarantien; nicht frei sollten sie sein in bezug auf die Formulierung und Durchführung einer unabhängigen Außenpolitik. In ihren frühen Jahren besaß die Bundesrepublik weder die Macht noch die Legitimierung zur Gestaltung einer eigenen auswärtigen Politik. Wengleich die USA bereit waren, als Gegenleistung für Westdeutschlands Bereitschaft zur Wiederaufrüstung politische und ökonomische Konzessionen zu machen, so blieben doch die diplomatisch-politischen, wirtschaftlichen und militärischen Instrumente dieser Politik eingebettet in die Strukturen des westlichen Bündnisses. Die Schaffung integrativer westeuropäischer und atlantischer Strukturen hatte somit einen entscheidenden Einfluß auf den raschen politischen und ökonomischen Wiederaufbau Westdeutschlands.

In den sechziger Jahren bestand das zentrale Dilemma der westdeutschen Außenpolitik in der Notwendigkeit, zwischen den europäisch-atlantischen Sicherheitsinteressen und dem Aufbau der europäischen Gemeinschaft wählen zu müssen. Es entwickelten sich Spannungen zwischen Bonn an Washington orientierter Sicherheitspolitik und seiner an Paris orientierten Europapolitik. Diese Spannungen innerhalb des westlichen Bündnisses beeinflussten nicht nur Bonn Westpolitik, sondern auch seine Ostpolitik, da Washington und Paris eine voneinander abweichende Politik gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa verfolgten und Bonn Schwierigkeiten hatte, seine starre Ostpolitik an die mehr auf Verständigung ausgerichtete Haltung der Westmächte anzupassen.

In den siebziger Jahren veränderte sich das globale wie das regionale Kräfteverhältnis, wodurch für die deutsch-amerikanischen Beziehungen neue Möglichkeiten ebenso wie neue Probleme entstanden. Da war der relative Niedergang der amerikanischen Macht; die USA mußten nun ihre wirtschaftliche und monetäre Vormachtstellung mit Westeuropa und Japan teilen; sie waren gezwungen, den sowjetischen Paritätsanspruch hinsichtlich des nuklearen Potentials anzuerkennen. Mit diesen Entwicklungen sowie mit dem wachsenden Selbstbewußtsein Westeuropas verband sich die Erkenntnis auf beiden Seiten des Atlantiks, daß die amerikanischen und westeuropäischen Interessen nicht mehr so stark übereinstimmten, wie dies in der Nachkriegszeit der Fall gewesen war.

In der Bundesrepublik gibt es zwar nach wie vor ein großes Reservoir des guten Willens und Verständnisses gegenüber den Vereinigten Staaten, das die Grenzen der Generationen und des politischen Bewußtseins überspannt. Doch die Übertragung dieses guten Willens in die praktische Politik, die letztlich den Charakter der deutsch-amerikanischen Beziehungen bestimmt, erfolgt nicht automatisch. Sie verlangt Umsicht und Pflege auf beiden Seiten des Atlantiks, insbesondere bei den Sicherheitsfragen, die für die jeweiligen nationalen Interessen als zentral angesehen werden.

**Hans Vorländer: Nach dem Neokonservatismus der Neoliberalismus? Neuere politisch-ideologische Strömungen in den USA**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/86, S. 29—45

Die amerikanischen Neokonservativen haben zwar nachhaltig den öffentlichen politischen Diskurs in konservative Richtung verschoben, sie stellen aber nur den intellektuellen Teil eines umfassenden neuen Gesamtkonservatismus in den USA dar. Neoliberale dagegen versuchen, den „alten“ Liberalismus der New Deal-Koalition neu zu formulieren, um die Demokratische Partei auf nationaler Ebene in Präsidentschaftswahlen wieder mehrheitsfähig zu machen. Die den „alten“ Liberalismus tragende Koalition von ethnischen Minderheiten, Neueinwanderern, städtischer Arbeiterklasse und Ostküstenintelligenz ist aufgrund demographischer und sozioökonomischer Entwicklungen auseinandergebrochen. Diese Lektion ist nach dem überwältigenden Sieg von Ronald Reagan in der Präsidentschaftswahl von 1984 endgültig. Zugleich ist die in den siebziger Jahren gebildete Koalition von Spezialinteressen und Minoritäten nicht mehrheitsfähig. Deshalb versucht eine noch wenig zusammengefügte Gruppe von demokratischen Politikern, Anschluß zu finden an die von der Reagan-Koalition gesetzten konservativen Daten.

Im Unterschied zu den neokonservativen Intellektuellen sind Neoliberale jedoch weniger an der Behebung der sozio-kulturellen Sinnkrise durch die Revitalisierung verlorengegangener Werte wie Familie, Religion und calvinistischem Arbeitsethos interessiert, sie versuchen vielmehr die ökonomischen Aspirationen des weißen mittelständischen Wirtschaftsbürgers anzusprechen. Der Schwerpunkt neoliberaler Bemühungen liegt deshalb im ökonomischen Bereich. In Weltanschauungs- und Bürgerrechtsfragen akzeptieren Neoliberale im Unterschied zu Neokonservativen die Wertewandlungen der sechziger Jahre. In der Verknüpfung von sozialkonservativ wirkendem Ökonomismus und weltanschaulich-kultureller Liberalität zu einer neoliberalen Staatsphilosophie („public philosophy“) liegen die — allerdings noch ungewissen — Chancen einer politischen Strategie für die Demokraten. Das „Gary Hart-Phänomen“ des Nominierungsprozesses 1984 zeigt die Möglichkeit einer Umorientierung der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahlen 1988 an.